

11 mars (Le FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/debatte-bei-eu-gipfel-um-neue-schulden-wegen-des-ukraine-kriegs-17865004.html?premium>

EU-Gipfel : Der neue alte Streit ums Geld

- Ein Kommentar von [Werner Mussler](#), Brüssel
- -Aktualisiert am 10.03.2022-10:24



Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen in Paris Bild: Getty

Der Krieg in der Ukraine fordert der EU zusätzliche Ausgaben ab. Einmal mehr geht es nun um die brisante Frage: Wie viele gemeinsame Schulden soll sie machen?

Verschwunden war die Debatte nie. Dass der Krieg in der Ukraine sie wiederaufleben lässt, ist nur logisch. Zu attraktiv bleibt für viele EU-Staaten, für die EU-Kommission und die Europäische Zentralbank die Idee, die [EU](#) könne dauerhaft eigene Schulden aufnehmen, also jene Eurobonds ausgeben, die in Deutschland nicht so heißen dürfen, obwohl es sie längst gibt. Vor knapp zwei Jahren wurden die neuen Gemeinschaftsschulden mit der angeblichen Notwendigkeit eines „Wiederaufbaus“ nach der Corona-Pandemie begründet. Dem „Resilienzfonds“, den Frankreichs Präsident Emmanuel Macron jetzt zur Bewältigung der ökonomischen Kriegsfolgen in der EU ins Spiel bringt, liegt eine ähnlich wolkige Rechtfertigung zugrunde. Der ökonomische Kern beider Fonds ist derselbe: gemeinsame Schulden.

An diesen sind hoch verschuldete Mitgliedstaaten interessiert, weil sie ihre Finanzierungsmöglichkeiten steigern und die von den Finanzmärkten drohenden Risiken verringern. In Zeiten wahrscheinlich steigender Zinsen gilt das umso mehr. Die [EZB](#) erhofft sich von Gemeinschaftsschulden Entlastung für ihre eigenen Anleihekaufprogramme. Die EU-Kommission erwartet als naheliegender Emittent gemeinsamer Anleihen einen Kompetenzzuwachs. Über allem schwebt die Hamilton-Idee, wonach gemeinsame Schulden als Basis eines europäischen Bundesstaates dienen könnten.

Kosten der Aufrüstung

Die Forderungen nach einem neuen europäischen Kredittopf lassen sich ohne diesen Hintergrund nicht verstehen. Noch gilt die Beschlusslage, dass der Corona-Aufbaufonds nur einmal aufgelegt wird. [Macron](#) und Regierungschefs wie der italienische Ministerpräsident Mario Draghi wollen das korrigieren. Und da in der EU immer nur Krisen größere Veränderungen bewirken, kommt der Ukraine-Krieg gerade recht. Das mag zynisch klingen, beschreibt die Ausgangslage aber sehr realistisch.

Natürlich steht die EU angesichts der russischen Aggression in der [Ukraine](#) vor Fragen, die sie sich bisher nie stellen musste. Sie betreffen auch vielleicht notwendige neue Staatsausgaben und deren Finanzierung, von den Kosten einer erheblichen Aufrüstung über die Folgen steigender Energiepreise bis womöglich zu

einem abermaligen Wirtschaftseinbruch. Es spricht aber nichts dafür, wegen dieser noch längst nicht genau bezifferten Kosten sofort nach neuen (zumal europäischen) Mitteln zu rufen.

Neue Gemeinschaftsschulden?

Höhere Verteidigungsausgaben werden bis auf Weiteres die Sache der Mitgliedstaaten bleiben, der Bundeskanzler hat nicht umsonst kurzfristig ein Sondervermögen für die Bundeswehr aufgerufen. Das Projekt einer europäischen Verteidigungsunion mag langfristig sinnvoll sein, aktuell braucht es keine zusätzlichen Mittel.

Ob der Staat höhere Energiekosten teilweise auffangen soll, lässt sich ohnehin nicht pauschal beantworten. Neues europäisches Geld ist dafür mit Sicherheit nicht nötig. Und wer jetzt nach neuen Staatshilfen gegen die Folgen eines möglichen Wirtschaftseinbruchs ruft, sollte sich erinnern, dass es für diesen Zweck seit Ausbruch der [Corona-Pandemie](#) gleich mehrere EU-Fonds gibt, nicht zuletzt ebenjenen Aufbaufonds, aus dem aktuell eher weniger Mittel abfließen als vorgesehen. Denkbar wäre, diese Gelder für die Bewältigung der Kriegsfolgen teilweise umzuwidmen. Für humanitäre Zwecke sollten im regulären EU-Haushalt genügend Mittel eingestellt sein.

Mehr zum Thema

EU-Ratspräsident Charles Michel will die Diskussion über neue EU-Schulden vom Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs an diesem Donnerstag und Freitag in Versailles fernhalten. Das dürfte ihm gelingen, weil mindestens eine qualifizierte Minderheit von Mitgliedstaaten darüber derzeit ebenfalls nicht diskutieren will. Ein anderes Thema ließ sich aber – anders als ursprünglich geplant – nicht vom Gipfel fernhalten. Die „Chefs“ wollen erstmals über „economic governance“ reden. Dieser kaum übersetzbare Begriff meint die EU-Haushaltsregeln, also die mögliche Reform des EU-Stabilitätspakts – für die noch gar kein offizieller Vorschlag vorliegt.

Die Frontlinien sind bei diesem Punkt dieselben wie in der Diskussion über einen neuen Krisenfonds. Wenn Frankreich und Italien kein neues europäisches Schuldeninstrument durchsetzen können, wollen sie wenigstens erreichen, dass ihnen die EU beim nationalen Schuldenmachen nicht mehr dreinredet. Letzteres wäre für die ganze Währungsunion, ja die gesamte EU sehr gefährlich. Deshalb verfügen jene Länder, die neue Gemeinschaftsschulden durchsetzen wollen, gegenüber den stabilitätsorientierten Staaten über erhebliches Erpressungspotential.

11 mars (Le FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/amnesty-international-israels-apartheid-gegen-palaestinenser-17849457.html?premium>

Apartheid-System in Israel? : Dschihad der Kampf Begriffe

- Von [Christian Meier](#), Tel Aviv
- -Aktualisiert am 10.03.2022-13:47



Protest gegen Israel: Palästinensische Schülerinnen in Salfit Bild: Imago

Der Bericht von Amnesty International hat Brisanz. Er trägt den Titel „Israels Apartheid gegen Palästinenser“. Aber auch viele Kritiker des Apartheid-Vorwurfs stellen nicht grundsätzlich die Missstände in Abrede, die der Bericht beschreibt.

Israel wird regelmäßig von Befürwortern seiner Politik als die einzige Demokratie des Nahen und Mittleren Ostens bezeichnet. Laut der Einschätzung der Economist Intelligence Unit (EIU) ist das Land das nun auch wieder, erstmals seit acht Jahren. In dem kürzlich veröffentlichten „Demokratieindex 2021“ der britischen Analysefirma wird Tunesien von einer Demokratie zu einem „hybriden Regime“ herabgestuft. **Somit verbleibt in der Region nur Israel als Demokratie.** Diese ist nach Ansicht der EIU allerdings „mängelbehaftet“. **Den schlechtesten Wert erreicht das Land in der Kategorie Freiheitsrechte. Global liegt Israel auf dem 23. Platz, zwischen Frankreich und Spanien und vor etwa den USA.**

Der Index steht in markantem Kontrast zum Tenor anderer Einschätzungen der jüngsten Zeit. Wellen geschlagen hat vor allem der Bericht, den **Amnesty International (AI)** Anfang Februar veröffentlichte und dessen Brisanz schon aus dem Titel ersichtlich wurde: **„Israels Apartheid gegen Palästinenser“**. Auch wenn es um eine völkerrechtliche Definition geht, weckt der Apartheid-Begriff durch die historische Verbindung mit Südafrika klare Assoziationen und ist moralisch aufgeladen. **Das macht ihn dem Antisemitismusvorwurf ähnlich**, der in der Praxis auch oft sein Gegenüber ist. Auch AI wurde jetzt vorgehalten, Antisemitismus mindestens zu fördern. Viele gingen weiter; Israels Außenminister Jair Lapid etwa sagte, wäre Israel nicht ein jüdischer Staat, würde AI ihn nicht der Apartheid bezichtigen. Allerdings war die Menschenrechtsorganisation 2017 zu dem gleichen Urteil gekommen, was die Behandlung der Volksgruppe der Rohingya in Myanmar angeht.

Selbst die meisten Kritiker stellen auch nicht rundheraus in Abrede, dass die von AI angeprangerten Missstände den Tatsachen entsprechen. Sie werfen dem Bericht Einseitigkeit vor und weisen seine weitreichenden Schlussfolgerungen und Forderungen wie die nach Sanktionen zurück. Oder sie sagen, dass der historische Kontext nicht genügend berücksichtigt worden sei.

Basis des 280-Seiten-Berichts ist eine ausführliche Darstellung der Diskriminierung von Palästinensern. Sie betreffen **Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, beim Landerwerb und beim Bauen, beim Zugang zu Gesundheitsversorgung oder Bildung, aber auch in rechtlichen Fragen.** So wird auf die Regelung eingegangen, der zufolge Juden aus aller Welt das Recht auf Einwanderung nach Israel haben. Dagegen wird den 1948 geflohenen und vertriebenen Palästinensern die Rückkehr in ihre Heimat bis heute untersagt. Ihren

Besitz beschlagnahmte der Staat und übertrug ihn oft an jüdische Organisationen, mit dem Ziel der „Judaisierung“ des Landes. **Auch geflohenen Palästinensern, die innerhalb der Landesgrenzen verblieben und israelische Staatsbürger wurden, entzog der Staat durch ein spezielles Gesetz den Grundbesitz. Vielerorts wird ihnen und ihren Nachkommen bis heute der Erwerb oder die Pacht von Land rechtlich oder faktisch verwehrt.**

Zwei Rechtssysteme im Westjordanland

Im 1967 eroberten Westjordanland existieren zwei Rechtssysteme: **Während für die mehr als 440 000 jüdischen Siedler israelisches Zivilrecht gilt, unterliegen die etwa drei Millionen Palästinenser Militärrecht.** Bürgerliche Rechte sind eingeschränkt, etwa das Recht auf friedlichen Protest. **Immer wieder wird Palästinensern Land entzogen und den inzwischen mehr als 270 Siedlungen zugeschlagen.** In Ostjerusalem wurde bis 2017 fast 40 Prozent des palästinensischen Grundbesitzes enteignet. Dies hat dazu beigetragen, dass dort **72 Prozent der palästinensischen Familien unterhalb der Armutsgrenze leben, im Gegensatz zu 26 Prozent der jüdischen Familien.**

Israel kontrolliert auch die natürlichen Ressourcen des Westjordanlands. Der größte Teil des **Grundwassers** wird nach Israel und in Siedlungen umgeleitet, während für die Palästinenser nicht genug bleibt – sie müssen **Wasser von Israel kaufen, oft zu hohen Preisen.** Laut einem Bericht von 2013 zahlten Palästinenser im Westjordanland im Durchschnitt acht Mal so viel für Wasser wie Siedler.

Zusammengehalten werden diese und zahlreiche weitere Beispiele durch eine fundamentale Kritik. AI behauptet, dass es seit der Gründung Israels 1948 das Bestreben gebe, die demographische und territoriale Dominanz des jüdischen Bevölkerungsteils sicherzustellen. Das wird durch zahlreiche Aussagen von Politikern illustriert. Die Diskriminierung innerhalb Israels sei zwar eine andere als die im Westjordanland und im Gazastreifen. Es sei aber *eine* Politik – und sie erfülle den Tatbestand der Apartheid.

Darüber, ob das juristisch zutrifft, müssten Organe wie der Internationale Strafgerichtshof entscheiden. Ungeachtet dessen ist zu erwarten, dass der Begriff politisch weiter Karriere machen wird: etwa im Rahmen einer umstrittenen Untersuchung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen, die derzeit läuft. Einem Medienbericht zufolge hat das israelische Außenministerium es für das laufende Jahr zur „Top-Priorität“ erklärt, die Untersuchung zu diskreditieren. Wie die zu erwartenden Auseinandersetzungen aussehen dürften, zeigte sich in der vergangenen Woche im UN-Sicherheitsrat. Der Vertreter Palästinas, Riyad Mansour, trug eine Schutzmaske, auf der „End Apartheid“ stand, und brachte diesen Vorwurf auch zahlreiche Male vor. Sein israelisches Gegenüber, Gilad Erdan, konterte mit Vorwürfen gegen die UN-Untersuchungskommission sowie gegen Amnesty International und andere Organisationen. Diese, sagte er, führten „einen Dschihad“ – gegen „die einzige florierende Demokratie im Nahen und Mittleren Osten“. Die Nahostexpertin Muriel Asseburg empfiehlt in einer lesenswerten Analyse für die Stiftung Wissenschaft und Politik derweil, die Bundesregierung solle den Bericht – unabhängig vom Apartheid-Vorwurf – als „Weckruf“ verstehen. Schwere Menschenrechtsverletzungen dürften nicht länger als Normalität hingenommen werden, und die Besatzung und das „demokratische Israel“ sollten nicht als Umstände betrachtet werden, die völlig losgelöst voneinander existieren.

Gesellschaftliche Spaltung : Eher Dromedar als Trampeltier

- Von Boris Holzer
- -Aktualisiert am 10.03.2022-10:53

Die Spaltung nimmt auch in der deutschen Gesellschaft zu, heißt es oft. Doch die empirischen Belege dafür sind schwach. Viele Konflikte bedeuten noch keine Spaltung.

Gemessen an der Konjunktur des Begriffs, müsste die Spaltung der Gesellschaft unmittelbar bevorstehen oder bereits eingetreten sein. Doch was in den Vereinigten Staaten eine plausible Diagnose darstellen mag, muss anderswo nicht zutreffen. Darüber, ob sich in einem Land wie Deutschland eine Spaltung ankündigt und was belastbare Indizien dafür wären, sind die Meinungen sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den Sozialwissenschaften gespalten.

Der Soziologe Steffen Mau hat nun eine Bestandsaufnahme vorgelegt, die sich um eine begriffliche Systematisierung bemüht und den empirischen Gehalt der Polarisierungsthese prüft. Der Befund als solcher ist nicht neu: Für klassische Analysen der modernen Gesellschaft, insbesondere für die marxistische Klassentheorie, ist die Differenzierung in Großgruppen wie „Proletarier“ und „Kapitalisten“ eine zentrale Konfliktachse. Trotz der nicht zu bestreitenden Relevanz dieses Konflikts für die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts wurden bald sozialstrukturelle Entwicklungen beobachtet, die ihn entschärfen oder marginalisierten. In Deutschland hoben Soziologen wie Theodor Geiger und Helmut Schelsky die Rolle der Mittelschicht als einer „Pufferzone“ zwischen Kapital und Arbeiterklasse hervor. Ihr relativer Bedeutungszuwachs führte zur umstrittenen, aber wirkungsmächtigen Diagnose der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“.

Eher Wimmelbild als Klassenkampf

Gleichzeitig entwickelten sich in vielen westlichen Ländern Parteiensysteme, die zwar soziale Konfliktlinien widerspiegeln – aber eben nicht nur eine, sondern mehrere: Neben Konflikten zwischen Kapital und Arbeit fanden auch solche zwischen Kirche und Staat oder Zentralmacht und Regionen ihren Niederschlag in Parteien mit konträren Positionen. Diese vielschichtige Konstellation, die immerhin noch auf Loyalitäten innerhalb einzelner Großgruppen hinauslief, wurde durch die weitere Pluralisierung und Differenzierung der Milieus jedoch zunehmend unübersichtlich – „mehr Wimmelbild als Klassenantagonismus“, so Mau.

Doch seit Ende der 1990er Jahre scheint eine neue Konfliktlinie den Antagonismus wiederzubeleben: Als „Kosmopoliten“ und „Kommunitaristen“ beziehungsweise „Somewheres“ und „Anywheres“ stehen sich demnach die mobilen, akademisch gebildeten Profiteure der Globalisierung und die lokal verwurzelten, traditionell orientierten Verlierer gegenüber. Die einen begrüßen Diversität und Öffnung, die anderen homogene Gemeinschaften und Grenzen – und beide sind sich in gegenseitiger Abneigung verbunden. Doch bedeuten Unterschiede von Einstellungen und Lebensstilen, die mit dem sozioökonomischen Status zusammenhängen, bereits eine Polarisierung? Sortierten sich Einstellungen tatsächlich so, dass sie voneinander klar unterscheidbare Gruppen mit entsprechenden Einstellungssyndromen erzeugten, sähe die gesellschaftliche Konfliktlandschaft aus wie ein Trampeltier, dessen beide Höcker für die Extreme stünden.

Europafreunde, die gegen das Gendern sind

Doch viel spricht dafür, dass wir es eher mit einer auf die Mitte zentrierten Verteilung zu tun haben, die der Silhouette eines Dromedars entspricht. Eine Sortierung von Einstellungen entlang sozioökonomischer Kategorien lässt sich ebenso wenig feststellen wie klar abgegrenzte Gesinnungslager, in denen bestimmte Einstellungen eng miteinander korreliert wären, etwa in der Form, dass Freunde der europäischen Integration immer auch für Gendersternchen wären. Die empirische Evidenz für eine derart über mehrere Themen

hinweg polarisierte Bevölkerung ist schwach. Die Mehrheit lässt sich weder dem einen noch dem anderen Pol klar zuordnen, sondern liegt, mit wechselnden Sympathien, irgendwo dazwischen. Damit dürfte es die Ausnahme sein, dass Meinungsunterschiede den Bruch sozialer Kontakte begründen. Solange aber „Kosmopoliten“ und „Kommunitaristen“ in die gleichen Schulen und Sportvereine gehen, sogar gemeinsam in einer Ehe leben können, ist es – glücklicherweise – noch ein weiter Weg bis zur Spaltung der Gesellschaft.

Die pluralistischen Orientierungen der Bevölkerung schließen nicht aus, dass einzelne Themen stark polarisieren können. Doch ob dies geschieht, hängt vor allem davon ab, wie diese Themen öffentlich aufgegriffen und aufgeladen werden. Mit der Spaltungsdiagnose, so Mau, blicken Politik und Massenmedien letztlich in den Spiegel und sehen dort die Folgen der von ihnen selbst betriebenen Simplifizierung und Inszenierung gesellschaftlicher Konflikte. In der weniger dramatischen Einschätzung der Soziologie werden sie sich hingegen kaum wiedererkennen.

Mau, Steffen (2022): Kamel oder Dromedar? Zur Diagnose der gesellschaftlichen Polarisierung. In: Merkur 76 (874), S. 5–18. Online verfügbar unter <https://volltext.merkur-zeitschrift.de/article/99.120210/mr-76-3-5>.

Flugverbotszone : Wenn man sich von Putin einschüchtern lässt

- Von Klaus Steigleder
- -Aktualisiert am 10.03.2022-06:56



Könnte eine Flugverbotszone solche Zerstörungen verhindern? Aufnahme vom 6. März aus Kramatorsk
Bild: AFP

Die NATO hat ausgeschlossen, über der Ukraine eine Flugverbotszone durchzusetzen, weil man dadurch zur Kriegspartei würde. Womöglich wäre das aber langfristig weniger gefährlich. Ein Gastbeitrag.

Seit dem 24. Februar führt [Wladimir Putin](#) einen Angriffskrieg vor allem gegen die Zivilbevölkerung der Ukraine. Angesichts der sich entfaltenden Kriegsverbrechen, der fortgesetzten Vertreibung und des Angriffs auch auf die Werte des Westens sind die Fragen wichtig, wie weit und wie lange Europa und die USA Putin in seinem Angriffskrieg gewähren lassen. Der Westen versucht Putin durch ökonomische Sanktionen zu treffen und die Ukraine zunehmend mit Waffen zu unterstützen, doch haben jüngst noch einmal die Außenminister der NATO erklärt, dass man nicht direkt militärisch in den Krieg eingreifen, also etwa keine Flugverbotszone über (Teilen) der Ukraine durchsetzen wird. Ist das eine richtige Entscheidung?

Wladimir Putin hat erklärt, dass er den Versuch, eine Flugverbotszone über der Ukraine durchzusetzen, als Kriegserklärung betrachten würde. Er hat außerdem mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht. Deshalb befürchtet man, dass die Durchsetzung einer Flugverbotszone, die den Abschuss russischer Militärflugzeuge über der Ukraine beinhalten würde, zu riskant sei. Ein solches Vorgehen würde die [NATO](#) zu einem direkten Konfliktpartner machen, würde aus dem Ukrainekrieg einen weite Teile Europas erfassenden Krieg, wenn nicht gar einen dritten Weltkrieg machen und würde eine nukleare Auseinandersetzung riskieren. Deshalb verbiete sich ein solches Vorgehen.

Dies alles sind sicherlich ernst zu nehmende Überlegungen. Doch dürfen die Risiken nicht einfach isoliert betrachtet werden. So ist vor allem auch nach den Risiken zu fragen, die damit verbunden sind, dass auf die Einrichtung einer Flugverbotszone verzichtet wird und man Putin bei Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung und Vertreibung gewähren lässt. Der Verzicht und die ihn tragende Argumentation bedeuten, dass Putins Kriegsdrohungen und seine Drohung des Einsatzes nuklearer Waffen erfolgreich sind. Man zeigt, dass man sich einschüchtern lässt und kein Vertrauen hat in das eigene Bedrohungs- und Abwehrpotential.

Zurückhaltung senkt Putins Hemmschwelle

Aber wenn man dieses Vertrauen nicht unter den jetzigen Umständen hat, dann sind die Aussichten nicht gut, dass man es zu einem späteren Zeitpunkt entwickeln wird. Denn zu jedem späteren Zeitpunkt kann

Putin auf den Erfolg seiner jetzigen Drohungen zurückblicken. Wenn man sich jetzt einschüchtern lässt, dann gibt es auch keinen Grund einzugreifen, wenn Putin sich andere ehemalige Sowjetrepubliken einzuverleiben oder diese gleichzuschalten versucht. Mit jedem weiteren Zurückschrecken dürfte die Hemmschwelle Putins sinken, die Bereitschaft der NATO zu testen, „jeden Quadratmeter“ eines neuen Mitgliedstaates zu verteidigen. Ein solcher Test könnte aber genau das wahrscheinlicher machen, was man derzeit fürchtet, einen zumindest weite Teile Europas erfassenden Krieg.

Für diese Argumentation spricht auch, dass die Bereitschaft Putins, den gegenwärtigen Angriffskrieg zu wagen, auch vor dem Hintergrund der Zurückhaltung des Westens gegenüber den vorausgegangenen Aggressionen gegen Georgien und die Ukraine und gegenüber der verbrecherischen Zerstörung der syrischen Stadt Aleppo zu sehen ist. Außerdem konnte er sich auf die vielfachen Erklärungen stützen, dass man die Ukraine nicht militärisch schützen oder verteidigen wird.



[Klaus Steigleder ist Professor für Angewandte Ethik an der Ruhr-Universität Bochum : Bild: Foto Christine Heinemann](#)

Im Falle der Einrichtung einer Flugverbotszone über der Ukraine muss sich Putin sicher sein, dass man diese durchsetzen wird. Er muss sich auch sicher sein, dass man militärische Maßnahmen gegen den Westen jenseits seiner Reaktion auf die Flugverbotszone militärisch beantworten wird. Es scheint mir keineswegs ausgemacht zu sein, dass er tatsächlich eskalieren wird und dass eine eventuelle Eskalation zu einem Europa erfassenden Krieg führen wird.

Es ist deshalb nicht unwahrscheinlich, dass es weniger gefährlich ist, die Flugverbotszone einzurichten, als sie nicht einzurichten. Auch sollten sich die Regierenden darüber im Klaren sein, dass die Forderungen nach einem militärischen Eingreifen zunehmen werden, wenn Putin Städte der Ukraine im Aleppo-Stil in Schutt und Asche zu legen versucht. Ein späteres militärisches Eingreifen würde sicherlich nicht einfacher werden. Der ausdrückliche Verzicht auf ein Eingreifen angesichts des täglich sich weiter entfaltenden Grauens wird eine schreiende Demonstration der Zaghaftheit des Westens sein.

Aus diesen wenigen Überlegungen folgt nicht schon, dass der Westen in den Ukrainekrieg militärisch etwa durch Einrichtung einer Flugverbotszone eingreifen sollte. Aber es dürfte sich bei der Frage nach Einrichtung einer Flugverbotszone um eine Frage handeln, über die nachzudenken und die zu diskutieren sich nicht von vornherein verbietet. Auch wenn man zu dem Ergebnis kommt, dass man nicht eingreifen sollte oder will, ist nicht zu erkennen, warum man dieses Ergebnis als unverrückbar verkünden sollte. Denn warum sollte man Putin die Sicherheit geben, dass er militärisch gegenüber der Ukraine letztlich freie Hand hat?

10 mars (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/monde/luc-ferry-poutine-et-le-declin-de-l-occident-20220309>

Le Figaro, jeudi 10 mars 2022 725 mots, p. 25

Poutine et le déclin de l'Occident

Ferry, Luc

Que veut Poutine ? C'est la question que tout le monde se pose. Veut-il vraiment faire assassiner Zelensky ? Jusqu'où peut-il aller pour « russifier » l'Ukraine ? Et comment l'arrêter ? Ses propos sur les néonazis sont si absurdes qu'on voudrait se persuader que les sanctions et la condamnation unanime du monde libre vont produire leurs effets, sinon sur lui, du moins sur son entourage ou sur son peuple. Ces interrogations et ces critiques, pour légitimes qu'elles soient, n'en passent pas moins à côté d'un aspect essentiel de l'agression russe qui, malgré son apparente folie, repose sur une vision globale du monde aussi inquiétante que cohérente.

La propagande de guerre excluant la nuance jusque dans nos débats franco-français (les patrons de restaurants russes qui reçoivent des menaces de mort en font l'expérience...), précisons les choses pour ceux qui veulent à tout prix nous imposer leur moralisme dogmatique comme seule grille de lecture : oui, comme Emmanuel Macron l'a dit, rien ne peut excuser qu'on envahisse une nation souveraine, qu'on y commette des crimes de guerre, qu'on force deux millions de femmes et d'enfants à fuir leur pays. La responsabilité de Poutine est totale.

Est-il pour autant interdit de réfléchir à nos responsabilités dans la rupture de la Russie avec l'Union européenne, à nos erreurs qui, certes, n'excusent rien, mais qu'on doit garder à l'esprit pour comprendre sur quoi porteront les négociations (entre autres : la neutralité de l'Ukraine, envisagée par Zelensky lui-même, l'autonomie des territoires séparatistes, le statut de la Crimée...) ?

Il est clair que Poutine aurait pu obtenir des discussions autrement, mais sa volonté de « russifier » l'Ukraine et plus encore son indifférence à nos exhortations s'éclairent si nous cessons de nous prendre pour le nombril du monde, si nous comprenons enfin qu'il juge l'Occident moribond.

C'est la clef de son attitude. À ses yeux, l'avenir de la planète a basculé du côté de l'Asie, de l'Inde, du monde islamique et de l'Afrique. Dans ces conditions, être à la fois craint et haï par des « démocraties molles » n'est qu'anecdotique. Culturellement, scientifiquement, démographiquement, économiquement, militairement, l'avenir sera chinois. Cette analyse lui semble d'autant plus évidente qu'elle rejoint celle de nombreux Occidentaux qui, à l'image de nos déclinologues et de nos pessimistes, pensent eux aussi que notre continent est fichu, que notre civilisation est morte, que plus personne n'est prêt à mourir pour elle.

Dans ces conditions, perdre l'appui de l'Occident mais gagner celui de la Chine, s'associer avec elle pour conquérir le monde, pousser ses pions en Afrique, et pourquoi pas inviter un jour l'Iran, le Brésil, l'Asie du Sud-Est et même l'Inde à rejoindre ce club, est un pari qui hélas n'a rien d'absurde.

L'humiliation et la vengeance sont des passions tristes assez puissantes pour expliquer chez Poutine cette volonté d'une guerre totale destinée à russifier l'Ukraine. Reste que sa vision d'un nouvel ordre du monde fait qu'il se moque désormais d'une Europe inféodée à l'Otan, attendu qu'il a abandonné tout espoir d'être reconnu par elle.

On s'ébaubit, comme si c'était décisif, que l'Allemagne se réarme. Et alors ? Qu'est-ce que cela changera au nouvel ordre international ? J'entends dire aussi que la Chine n'approuve l'agression russe que du bout des lèvres. De fait, la Chine a trop d'intérêts économiques en Occident, trop envie aussi de reprendre un jour Taïwan pour éprouver le besoin de clamer urbi et orbi son soutien. Reste qu'elle l'a quand même réaffirmé, que si elle peut jouer les médiateurs, elle le fera, et qu'en toute hypothèse, au-delà des paroles, ses actes sont significatifs : après leur exclusion de Swift, les banques russes vont utiliser le CIPS, le système chinois de transactions qui remercie ironiquement l'Union européenne pour ses sanctions qui poussent la Russie dans ses bras. La semaine dernière, Pékin a signé un contrat avec Poutine pour la construction d'un gigantesque gazoduc capable de livrer 50 milliards de mètres cubes de gaz chaque année, autant que Nord Stream 2 ! Alors oui, je persiste et signe : même s'il n'a pas obtenu ce qu'il souhaitait, Macron a eu raison de parler à Poutine. Nous aurions dû le faire bien plus tôt, éviter de le pousser vers cette alliance sino-russe qui constitue désormais la plus grande menace pour le monde libre. Reste à tout faire maintenant pour obtenir une désescalade, pour ouvrir, s'il est encore temps, des négociations globales sur la sécurité et la coopération en Europe.

Behind enemy lines

Ordinary Ukrainians are resisting Vladimir Putin's occupying force in Kherson and elsewhere

They might not withstand his darker tactics



Mar 9th 2022

VINNYTSIA

THE TANKS that left Crimea on February 24th took five days to get to the centre of Kherson, 120km or so to the north-west. But on March 1st they reached the centre of the city—normally a sleepy, provincial place, similar in population and distance from the sea to Bordeaux, but now a strategically important part of Russia's attempt to take control of a corridor along Ukraine's entire coast. Russian state media heralded the fall of the city as the campaign's first "liberation".

The people of Kherson were having none of it. They met the soldiers waving Ukrainian flags and screamed at them to leave. Some of them stood in the way of tanks, refusing to move when soldiers fired warning shots. The city's mayor and the governor of the Kherson oblast, both of them in effect hostages, insisted that they would take orders only from Kyiv. A week after the occupation began they were sticking to their guns.

Spirited resistance across Ukraine—from Berdyansk on the Azov Sea to Sumy in the north-east—has been backed up by a widespread unwillingness to acquiesce in the parts of the country where Ukraine has lost control. There is no evidence of Vladimir Putin's soldiers being welcomed anywhere. The mood is generally one of contempt. In Konotop, a town in Sumy oblast, a local woman was filmed asking a Russian tank-driver if he knew about the town's literary association with the occult. "Every second woman is a witch here," she told him. "Tomorrow you won't be able to get your dick to stand up."

The invading Russians appear ill-prepared for this. This is not that surprising; they have proved ill-prepared for a lot of fairly predictable things. But they do seem to have anticipated a less hostile reception. Mr Putin has told his nation that Ukraine's drug-addled neo-Nazi elite has been perpetrating genocide and that Ukrainians, especially Russian-speaking ones, needed saving. Film of prisoners of war shows that at least some of the rank and file expected to be welcomed.

In Kherson, Russia has turned off Ukrainian television broadcasts and positioned artillery batteries in the centre of town, but unabashed pro-Ukrainian rallies have continued daily. Initially flummoxed, on March 9th Russian forces detained over 400 protesters in a violent escalation that Ukrainian authorities said represented the beginning of a new repressive regime.

Alexander Mogilinkov, one of thousands to attend the rallies, said by phone on March 8th that the violence of the Russian army has galvanised people in town. Protesters are nervous, he says, and they face a new threat they do not understand. But they are even more fearful of the repression and poverty that Mr Putin has imposed on the nearby regions of Donetsk and Luhansk, which have been controlled by Russia since 2014.

There are ways to win over occupied populations, for example by mending some of the damage and meeting some of their needs. Philip Ingram, once a colonel in British military intelligence, says that civil engineers, medical support and civil-affairs staff are essentials for a successful occupying force. But this has not been an area in which Russian forces have ever excelled. “They are not designed, from a military perspective, to occupy and rebuild,” he says. “Just hold and destroy.”

Locals report an invading army that is hungry, looting, and “out of control”. Viktor Merinkov, the director of a boarding school for deaf children in the centre of Kherson, says the disrespectful behaviour of soldiers had made them no friends. “As far as locals are concerned, Russia has become a by-word for fascist invaders,” he says. His wife Valentina intervenes on the call to urge him to temper his language; the couple have responsibility for eight young students, stranded in Kherson, she reminds him.

The effort to instil fear and thereby compliance is likely to be stepped up as Russia looks to regain the upper hand. On March 8th the Ukrainian armed forces claimed that Russia had begun sending in security operatives to “work” the local population in Kherson. That would indicate an approach to dissent not dissimilar to that already employed in Crimea. Intelligence services there have a tried and tested approach, says Anton Naumlyuk, a Russian journalist who has reported from the annexed peninsula since 2016, which differs little from schemes used by Tsarist political police to sniff out revolutionaries at the start of the 20th century. “First, they map networks to understand who the real opinion leaders are, and they target them. If people co-operate, fine. If not, they start to disappear.” Crimea SOS, a non-governmental organisation, says at least 24 men have vanished in Crimea since 2014.

The Russians may have already started using such schemes in Kherson. On March 7th local media suggested that Oleksandr Tarasov, an activist, had been reported missing after that evening’s protest rally. Mr Tarasov emerged 24 hours later, apparently distressed, and said in a bizarre, filmed “confession” that he had been working for the Ukrainian security services to destabilise Kherson.

Elsewhere in Ukraine, reports are emerging alleging the use of extreme violence against local populations in areas under notional Russian control. The claims include tanks being deliberately rammed into houses, mock executions, hostage-taking, extrajudicial killing and sexual violence. The resistance of ordinary Ukrainian people is strong, but it might not survive such tactics for long.

10 mars (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/wladimir-putin-ist-ein-faschist-wie-er-im-lehrbuch-steht-ld.1673256>

GASTKOMMENTAR

Der Faschismus ist das, was folgt, nachdem sich der Kommunismus als Illusion erwiesen hat – Wladimir Putin ist ein gelehriger Schüler Benito Mussolinis

Von seinen Gegnern wird Wladimir Putin gern als «Putler» bezeichnet. Die historische Analogie indes stimmt nicht, Putin ist kein Nazi. Dafür erfüllt er mustergültig den Katalog dessen, was Faschismus ausmacht. Das Gebot der Stunde ist daher, Russland zu entfaschisieren.

Wladislaw Inosemzew

10.03.2022, 05.30 Uhr



Russische Il-76 Militärtransportmaschinen überfliegen Moskau anlässlich der Feiern zum Sieg über Nazideutschland, 4. Mai 2020.

Als Präsident Putin am 24. Februar grünes Licht für den Überfall auf die Ukraine gab, bestand er darauf, dass die russischen Streitkräfte im Nachbarland nur eine «Spezialoperation» durchführen würden, um es zu «entnazifizieren». Es beliebte ihm, das Vorgehen der Ukraine gegen die russischsprachige Bevölkerung im Donbass als «Völkermord» zu bezeichnen. Dabei handelt es sich um eine einzige grosse Lüge. Denn nicht die Ukraine, welche einen jüdischen Präsidenten hat und in welcher der Gebrauch der russischen Sprache weit verbreitet ist, ist unter die Kontrolle von «Nazis» geraten, sondern Russland selbst hat sich unter Putin zu einem klassischen faschistischen Staat entwickelt.

Die ukrainischen Kämpfer bezeichnen die russischen Invasoren nicht zufällig ständig als Faschisten und nennen den russischen Präsidenten «Putler», um die Parallelen zu Hitler zu unterstreichen. Spätestens nach dem Ausbruch des Krieges erscheint eine solche Formulierung naheliegend, aber die Debatte über die Ähnlichkeiten begann kurz nach der russischen Annexion der Krim, als Mikhail Iampolski (New York University) oder Alexander Motyl (Rutgers University) versuchten, Putins Staat als faschistisch darzustellen – ohne sichtbar Unterstützung aus der Zunft der Politikwissenschaftler zu bekommen.

Ein Nazi ist Putin nicht

Ich habe damals in der russischen freien Presse positiv auf diesen Versuch reagiert und wurde später dafür verurteilt, unter anderem von Marlène Laruelle (George Washington University), die einen Sonderband zur Verteidigung von Putins Russland verfasst hat.

Ich möchte hier versuchen, mich dem Thema aus einer theoretischen Perspektive zu nähern und auf politische Etiketten zu verzichten. Dabei gehe ich von Robert Paxtons Definition des Faschismus aus. Danach ist Faschismus «eine Form politischen Verhaltens, die durch eine obsessive Beschäftigung mit dem Niedergang der eigenen Gemeinschaft, ihrer Demütigung oder Opferrolle sowie durch kompensatorische Kulte von Einheit, Stärke und Reinheit gekennzeichnet ist, in denen eine Partei nationalistischer Kämpfer, die in loser, aber effektiver Zusammenarbeit mit den traditionellen Eliten arbeitet, demokratische Freiheiten aufgibt und mit messianischer Gewalt und ohne ethische oder rechtliche Beschränkungen Ziele der internen Säuberung und externen Expansion verfolgt».

Was Putin in seiner Regentschaft reproduzierte, ist das prototypische faschistische Modell, wie es Benito Mussolini propagierte.

Fast jeder dieser Punkte widerspiegelt, was sich seit Jahren in Putins Russland abspielt. Man könnte auch Merkmale hinzufügen, die Umberto Eco zum Verständnis des Faschismus beigesteuert hat, wie den «Kult der Tradition» (oder des «Konservatismus»), den Umstand, dass «Uneinigkeit Verrat ist» (was sich in der Suche nach «ausländischen Agenten» niederschlägt), die «Angst vor dem Unterschied» (präsent als fixe Idee von «Stabilität»), das Vertrauen auf «Antiintellektualismus und Irrationalismus» (was in Russland zur religiösen «Erweckung» geführt hat), die «Besessenheit von einer Verschwörung» (sprich: die Einflussnahme des «untergehenden Westens»), sodann «selektiver Populismus», «Neusprech» und Lüge.

Es sei hier an einen Satz erinnert, den der Wirtschaftswissenschaftler Peter Drucker vor mehr als achtzig Jahren formulierte: «Der Faschismus ist das Stadium, das erreicht wird, nachdem sich der Kommunismus als Illusion erwiesen hat.»

In Bezug auf Putins Faschismus sei hier festgehalten, dass das Regime, das er in Russland seit den nuller Jahren aufgebaut hat, sehr wenig mit dem Nationalsozialismus gemein hat, wie er von Historikern seinerseits mit dem Faschismus in der Sowjetunion in Verbindung gebracht wurde. Putin ist kein Nazi. Selbst er fand heraus, dass die russische Nation nicht durch «Rasse», sondern durch einen «gemeinsamen kulturellen Code» zusammengehalten wird, der umso «wertvoller» ist, als er aus einer «jahrhunderte-», ja sogar «jahrtausendealten» Vermischung der Kulturen hervorgegangen ist. Aus diesem Gedanken, der von der russisch-orthodoxen Kirche gestützt wird, speist sich die Doktrin der «russischen Welt». Was Putin in seiner Regentschaft reproduzierte, ist das prototypische faschistische Modell, wie es Benito Mussolini entwickelt hat – versetzt mit sozialdemokratischen Elementen, einem starken Gefühl der Grösse des verlorenen Reiches, einer korporativen Organisation der nationalen Wirtschaft und einer eher massvollen Unterdrückung des politischen Gegners.

Vier Säulen

Die erste Säule des russischen Faschismus ist das Lob des Irredentismus (des Ziels also, möglichst alle Angehörigen eines «Volkes» in einem Staat zu einigen) und der Militarisierung. Beides hat Putin zu einem Kernstück seiner Ideologie gemacht. Die jüngeren Feierlichkeiten zum Tag des Sieges über die Nazidiktatur übertrafen alles, was in der Sowjetunion stattfand – einige übereifrige

Politiker schlugen sogar vor, den noch lebenden Angehörigen der Kriegsoffer ein Wahlrecht bei den nationalen Wahlen zu gewähren.

Der Kult um die gloriose Vergangenheit lieferte den allerbesten Vorwand für die militärische Aufrüstung. Daneben pflegte Putin einen Hass auf den Westen, von dem her er das Ende des Kalten Krieges als Ergebnis einer Verschwörung und eines Verrats interpretierte, die zur Niederlage und zum Untergang der Sowjetunion geführt hatten. Zuletzt behaupteten Putin und seine Getreuen gar, der Westen wolle die Russische Föderation selber demontieren und zerstören. Ebendiese Gefahr wurde als Hauptgrund für einen «präventiven» Angriff auf eine Ukraine angeführt, deren Präsident Selenski nichts weiter sei als eine russophobe Marionette Washingtons.

Die zweite Säule war die fortschreitende Etatisierung der russischen Wirtschaft. Vor einem Jahrhundert hatte Mussolini verkündet: «Der faschistische Staat beansprucht die Herrschaft auf dem Gebiet der Wirtschaft nicht weniger als auf anderen Gebieten; er entfaltet seine Wirkung in der ganzen Ausdehnung des Landes mithilfe seiner korporativen Institutionen, wobei alle wirtschaftlichen Kräfte der Nation, die in ihren jeweiligen Verbänden organisiert sind, innerhalb des Staates zirkulieren.»

Nach Emilio Gentile ist eines der wichtigsten Merkmale des Faschismus die «korporative Organisation der Wirtschaft, welche die Gewerkschaftsfreiheit unterdrückt, die Sphäre der staatlichen Intervention ausweitet und versucht, durch Technokratie und Solidarität die Zusammenarbeit der «produktiven Sektoren» unter der Kontrolle des Regimes zu erwirken – dies, um die gesteckten Machtziele zu erreichen, aber gleichzeitig das Privateigentum und die Klassenunterschiede zu erhalten». Auch die russische Wirtschaft ist unter Putin von Bürokraten beherrscht. Zugleich wird das Wort «Technokrat» verwendet, um die besten Köpfe der Kreml-Administration zu bezeichnen.

Drittens ist Russland unter Putin zum Land der «Vollstreckungsbehörden» geworden. In den letzten Jahren erfolgte eine zunehmende Umstrukturierung der Administration zu dem Zwecke, dem neuen Duce einen absoluten Durchgriff von Macht und Gewalt zu ermöglichen. Zu den Streitkräften, zum Innenministerium und zum Föderalen Sicherheitsdienst kam 2002 der Föderale Wachdienst hinzu. 2007 erweiterte sich der Machtapparat um das Untersuchungskomitee und 2016 um die Nationalgarde. Alle diese Entitäten werden von Putins treuesten Weggefährten geleitet und finden nicht einmal in der aktualisierten Fassung der russischen Verfassung eine Erwähnung. Im Weiteren entstanden in ganz Russland paramilitärische Einheiten – von «Privatarmeen» staatlicher Unternehmen bis hin zu «ethnischen Garden» wie jenen in Kadyrows Tschetschenien (die jetzt in den Aussenbezirken Kiews gegen die ukrainische Armee kämpfen).

Viertens dürfen hier Symbolik und Propaganda nicht unerwähnt bleiben, beides sind für faschistische Regime wesentliche Faktoren. Im heutigen Russland lassen sich sowohl eine «rechtmässige» Kodifizierung der Geschichte als auch der Versuch beobachten, alternative historische Lesarten zu verfolgen. Es gibt eine willkürliche Definition von «Extremismus» und eine willkürliche Einschränkung politischer Aktivitäten. Die wichtigsten Massenmedien unterstehen staatlicher Kontrolle. Deren populistische Rhetorik über eine «nationale Renaissance», über die «Stärke des Landes» und das «Kräftemessen mit dem Feind» hat sich von Jahr zu Jahr verstärkt.

Kurioserweise zeigt das vor Jahren neu entworfene Wappen einer russischen Strafverfolgungsbehörde nichts anderes als ein Bündel jener «faschi», die auf dem Emblem der italienischen faschistischen Partei prangten, nur dass sie jetzt stolz in den Fängen eines doppelköpfigen Adlers liegen. Putins Propaganda ist mit allen Wassern gewaschen und derart wirksam, dass die Russen kein Problem damit haben, wenn der Kreml-Herrscher Charkiw als «russische Stadt» bezeichnet und gleichzeitig die Bombardierungen als «Kampf gegen die Nazis» proklamiert. Im Jahr 2022 sind die durchschnittlichen Russen genauso indoktriniert und unbeleckt von Moral wie die Italiener und Deutschen in den späten dreissiger Jahren.

Der Westen muss sich engagieren

Putins Faschismus wurde Anfang der 2000er Jahre geboren, als er den Untergang des sowjetischen Imperiums zur grössten geopolitischen Katastrophe des 20. Jahrhunderts erklärte und die Überführung der sterblichen Überreste des berühmtesten russischen faschistischen Philosophen, Iwan Iljin, vom schweizerischen Zollikon nach Moskau als Staatsakt inszenierte. Er verstärkte sich in den folgenden Jahren durch die Aggression gegen Georgien und die Annexion der Krim.

In all diesen Jahren gab es naive westliche Gelehrte, die Russland als «normales Land» beschrieben und versuchten, dessen «souveräne Demokratie» tiefer und besser zu verstehen. Mittlerweile ist das Thema des russischen Faschismus nicht mehr nur von theoretischem Interesse. Die russischen Faschisten haben sich mittlerweile daran gemacht, die ukrainische Zivilbevölkerung zu kujonieren und wenn nötig zu töten, während der Herr im Kreml vorgibt, dass die ukrainische Armee diese als lebenden Schutzschild benutze, so wie es während des Zweiten Weltkriegs die Faschisten taten.

Der Krieg in der Ukraine ist mehr als nur ein Konflikt zwischen den Teilen des ehemaligen Imperiums. Er ähnelt dem Vormarsch der faschistischen Brüder im Vorkriegseuropa, wie man ihn von der italienischen und der deutschen Hilfestellung im Spanischen Bürgerkrieg kennt. Um einen neuen Weltkrieg zu verhindern, sollte sich die freiheitliche westliche Welt entschlossen hinter die tapfer kämpfenden Ukrainer stellen. Sie sollte die Schraube der wirtschaftlichen und politischen Sanktionen gegen Russland, aber auch gegen Weissrussland dermassen stark anziehen, bis beide Regime ins Wanken geraten. Was auf dem Spiel steht, ist nicht mehr und nicht weniger als eine vollständige und tiefgreifende Entfaschisierung Russlands.

Wladislaw Inosemzew ist ein bekannter russischer Ökonom sowie Gründer und Direktor des Zentrums für postindustrielle Studien in Moskau. – Aus dem Englischen von Andreas Breitenstein.

10 mars (Le Point)

https://www.lepoint.fr/politique/macron-pret-a-repousser-l-age-de-depart-a-la-retraite-a-65-ans-09-03-2022-2467582_20.php

Macron prêt à repousser l'âge de départ à la retraite à 65 ans

Le candidat veut repousser l'âge légal de départ à la retraite à 65 ans. Objectif : augmenter le taux d'emploi des séniors.

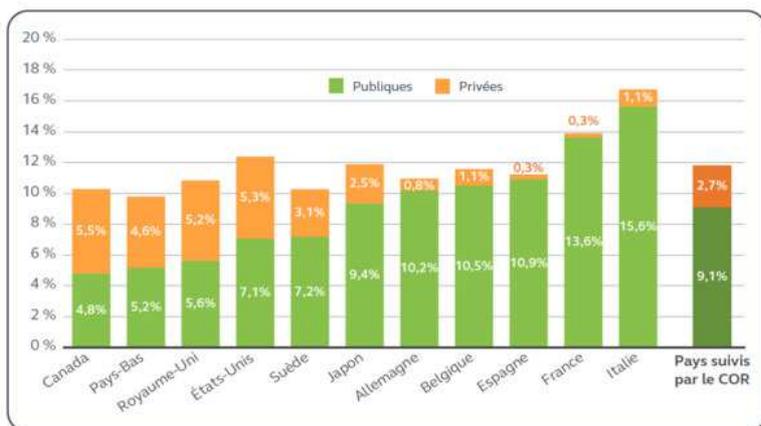
Par Mathilde Siraud et Marc Vignaud

Publié le 09/03/2022 à 19h05

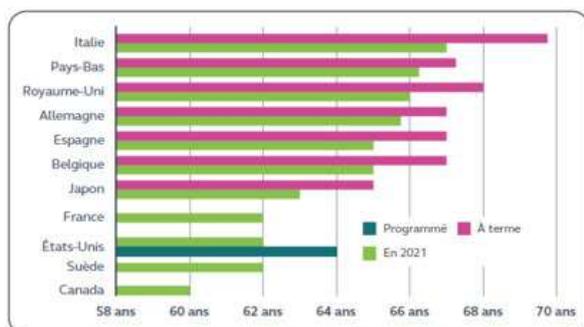
Le président y est prêt. Il devrait s'engager à repousser l'âge légal de départ en retraite à 65 ans, comme l'écrivent Les Échos. Une information également glanée par *Le Point* auprès de l'entourage du candidat. « Il y avait un débat entre 64 et 65 ans, mais il y a de grandes chances pour que ça atterrisse sur 65 ans », commentait un proche d'Emmanuel Macron.

Lundi, à Poissy dans les Yvelines, le président candidat n'avait pas cité de chiffre quand il avait évoqué le sujet. Il avait simplement précisé qu'il prendrait en compte la pénibilité du travail ainsi que les « carrières longues ». Actuellement, l'âge légal de départ en retraite est fixé à 62 ans, à condition d'avoir cotisé au moins 42 ans. Ce qui porte déjà l'âge de départ à 64 ans pour un jeune ayant commencé à travailler à 22 ans. Ce nombre d'années de cotisations nécessaire s'allonge progressivement à 43 ans, comme le prévoit la réforme de 2014 de Marisol Touraine votée sous François Hollande.

Graphique n° 1 : part des dépenses de retraite dans le PIB en 2017



Graphique n° 2 : âges d'ouverture des droits à retraite au 1^{er} janvier 2021 et à terme



Source : annexe du PLF 2021 sur les pensions de retraite de la fonction publique et les données en 2020

Source : Cour des comptes© Cour des comptes

Une surprise

Un tel report de l'âge de départ serait une surprise car ce serait aller plus loin que l'âge pivot à 64 ans inscrit dans la réforme du régime universel abandonnée lors de l'émergence de la pandémie de Covid. « 64 ans, ça ne suffisait pas à produire suffisamment d'économies », commente un membre des groupes de travail qui souligne les nombreuses dépenses que la puissance publique devra assumer lors des cinq prochaines années. Des mesures de compensation comme le passage de la retraite minimale pour une personne qui a cotisé toute sa vie à au moins 1 000 euros, devrait accompagner le relèvement de l'âge de départ.

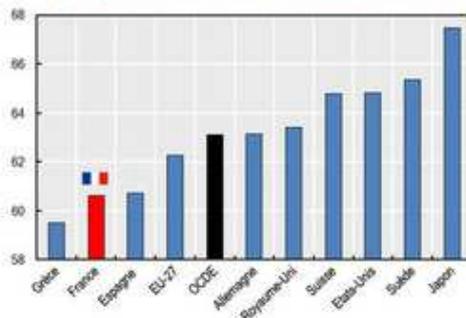
Repousser l'âge légal de départ a l'avantage de générer des cotisations supplémentaires et de faire baisser les dépenses de retraites, mais cela augmente aussi à court terme les dépenses d'assurance chômage et de minima sociaux pour les personnes qui n'arrivent pas à conserver leur emploi. Le rythme devrait se faire très progressivement, de sorte que l'âge légal de 65 ans ne serait pas atteint avant plusieurs années.

Bruxelles met aussi la pression sur la nécessité de réformer les retraites même si la condition n'a pas été formellement retenue comme condition au financement européen du plan de relance de 100 milliards d'euros en 2020.

Un des principaux gisements d'économies

Le système de retraite constitue le principal gisement d'économies budgétaires pour la France, comme le soulignait récemment l'économiste responsable de l'analyse de l'économie française au Fonds monétaire international (FMI), Jeffrey Francks dans une conférence pour le Cepii. Les dépenses de retraite représentent environ 25 % des dépenses publiques françaises. En 2019, la France consacrait un pourcentage élevé de son PIB, de 13,8 %, au système de retraite. Une exception intenable pour de plus en plus d'économistes alors que des besoins de dépenses se font sentir dans de multiples secteurs (éducation, santé, etc.) et alors que les Français passent plus de temps à la retraite que dans la plupart des pays de l'OCDE.

L'âge moyen de sortie du marché du travail est très bas



Source : Cour des comptes© Cour des comptes

Évidemment, politiquement, fixer l'âge de départ à 65 ans aurait l'avantage de couper l'herbe sous le pied à Valérie Pécresse, qui a mis la barre au même niveau, tout en soignant l'image d'un Macron toujours réformateur alors qu'il a été accusé de ne pas avoir mené le chantier à son terme. Le camp des Marcheurs fait le pari que l'opinion publique est prête à accepter un tel report. Dès septembre, l'ancien Premier ministre Édouard Philippe avait plaidé pour que le chantier soit le premier d'un éventuel second mandat d'Emmanuel Macron, plaidant pour une réforme allant jusqu'à « 65, 66 ou 67 ans ».

Le livret programmatique du président candidat est en cours d'impression. Il devrait contenir 24 ou 26 pages. Plus de sept millions seront diffusés, probablement à partir de la fin de la semaine prochaine. D'ici là, le chef de l'État devrait « perler » les annonces. « Il y a de la place pour mener campagne sur les idées », défend un stratège de la campagne, qui cite les droits de succession, le régalién, la transition écologique, comme autant de thèmes sur lesquels Emmanuel Macron devrait s'engager. Le locataire de l'Élysée pourrait présenter l'ensemble de ses propositions à l'occasion d'un rendez-vous formel. Le projet de convoquer une conférence de presse est à l'étude. Pour l'instant, un nombre très restreint de personnes a pris connaissance du document finalisé. Selon nos informations, Emmanuel Macron a informé Édouard Philippe oralement lundi matin, lors d'une courte entrevue au QG de campagne. Avec plus de 30 % d'intentions de vote dans les sondages, le chef de l'État est confiant. « De toute façon, l'élection est pliée, lâche l'un de ses confidents. Mais nous n'avons pas le droit de le dire. »

10 mars (Le Point)

https://www.lepoint.fr/monde/guerre-en-ukraine-faut-il-montrer-les-morts-09-03-2022-2467537_24.php

Guerre en Ukraine : faut-il montrer les morts ?

ENTRETIEN. Rendre compte d'un conflit armé passe par la diffusion d'images choquantes, même si toute guerre a ses « tabous », selon l'historien Fabrice d'Almeida.



Une famille ukrainienne touchée par des tirs russes à Irpin. © Andriy Dubchak/AP/SIPA

Propos recueillis par Valentine Arama

Publié le 09/03/2022 à 15h00

On a vu le visage fatigué du président Zelensky, les traits glaçants du maître du Kremlin, les bombardements russes détruire les principales villes d'Ukraine, les millions de civils fuir la guerre, les adieux déchirants des familles sur le quai de la gare de Kiev, ces interminables files d'embouteillages tentant de rejoindre l'Ouest. Mais où sont les morts ? Leurs visages ensanglantés ont pour la première fois surgi en une du *New York Times* lundi. En ce onzième jour de guerre, un tir de mortier russe a décimé une famille de quatre personnes qui fuyait à Irpin. On les voit inanimées sur l'asphalte, enchevêtrées. Un enfant porte encore son sac à dos d'écolier. Voilà les conséquences de la guerre. Elles sont brutales. Fallait-il les montrer ? Éléments de réponse avec Fabrice d'Almeida, historien et vice-président de l'université Panthéon-Assas.

Le Point : Lundi, le quotidien américain *The New York Times* mettait en une des corps tués et blessés de civils ukrainiens par les forces russes. Toutes les rédactions se posent cette question : que montrer de la guerre ?

Fabrice d'Almeida : On ne montre jamais toute la guerre, tout conflit a ses tabous. Celui de la Première Guerre mondiale, c'était de montrer le soldat mort, de crainte de réveiller le pacifisme. Celui de la Seconde Guerre mondiale, c'était de montrer les juifs exterminés, car les nazis voulaient masquer le crime de masse. **Le tabou de la guerre actuelle, c'est de montrer les victimes civiles d'une barbarie qui reste sans réponse...** Et le fait de montrer ces images-là, comme l'a fait le *New York Times*, provoque tout de suite une discussion. **Bien sûr qu'il faut les montrer, donner à voir la guerre telle qu'elle est, dans la réalité, son réalisme. Mais**

depuis trois décennies, les Occidentaux ont pris l'habitude de ne pas représenter les morts par crainte de voyeurisme, par dégoût de la violence pornographique.

Le sujet est évidemment à la une de tous les médias, mais voit-on réellement ce qui se passe en Ukraine ? Il y a ce sentiment qu'il y a peu d'images « dures » qui circulent.

Il faut rappeler qu'il existe un accord tacite au sein des chaînes occidentales qui remonte à l'invasion de l'Irak, au moment où il y avait de plus en plus de prises d'otages et de massacres filmés en direct. Cet accord vise à ne pas montrer les images les plus criminelles et sanglantes qui peuvent circuler lors d'un conflit armé. À l'époque, la plupart des grandes chaînes occidentales françaises, américaines et anglaises s'étaient accordées pour ne plus montrer ces vidéos d'égorgement, par exemple. Le monde arabe leur en a fait grief quand un désaccord radical a surgi avec Al-Jazira. C'est d'ailleurs un débat qui a eu lieu tout au long des années 1990-2000 : face à ce refus de diffuser certaines images, la chaîne qatarie estimait que le monde occidental jouait la « sensiblerie » alors qu'elle était dans la « vérité et la réalité » de la guerre. Par ailleurs, la convention de Genève signée en 1949 interdit de montrer et filmer les prisonniers de guerre.

Il y a donc une volonté de protéger les citoyens ?

Il existait, en tout cas à l'époque, l'idée qu'il ne fallait pas qu'on devienne otage de la violence, d'autant plus quand il peut s'agir d'images de propagande.

Un accord tacite qui s'est rompu lors de la guerre en Syrie, d'où beaucoup d'images nous parvenaient ?

Beaucoup d'images ont été publiées, mais on n'a jamais montré les images du tabou ultime : les prisonniers égorgés. **Il y avait aussi à l'époque une forme de minimisation des exactions que pouvait commettre Daech en Syrie, car il y a toujours une limite et elle correspond à ce qu'on ne veut pas admettre : un sentiment de honte.**

Les unes françaises de cette semaine (nationales et régionales) ont beaucoup montré les paysages détruits, l'exode des civils vers l'Europe, leurs visages pleins d'effroi... Seul le journal *Libération* a mis en une lundi un bras ensanglanté, mais le reste du corps est caché par un drap, la victime pas identifiable. Est-ce une question de respect ou refuse-t-on de montrer la réalité ?

Il y a aussi cette idée selon laquelle les journalistes ne veulent pas montrer le plus terrible de la guerre pour ne pas ajouter de la violence à la violence. **Il y a aussi en France une volonté de ne pas ramener le conflit dans quelque chose qui relève de la pure émotion.** On peut en jouer dans les textes écrits, car cela permet le double discours raison/émotion. Le format court de la télé le permet moins, le risque serait d'arriver très vite à saturation.

En ce qui concerne les chaînes de télévision, et surtout celles d'info en continu, il y a plus de « plateaux » que de directs...

C'est une question de modèle économique. **Les chaînes d'info ont découpé leur temps d'antenne par plateau, avec des invités, des experts... Elles ont proportionnellement moins de reporters sur place que les chaînes anglo-saxonnes, c'est un fait.** C'est ce qui donne ce sentiment d'absence de variété, d'absence d'images venues directement du cœur des opérations. Au-delà de l'aspect économique, il y a aussi le fait qu'on a tendance à tout politiser en France. On évalue, on discute, on débat... Là où d'autres sont plus sur le terrain. À noter que cette guerre intervient dans un contexte très particulier chez nous : celui de campagne présidentielle.

Est-ce que les Anglo-Saxons sont plus enclins à montrer l'horreur que nous ?

Je ne partage pas ce constat. Comme eux, nous montrons ce qui se passe sur place. Peut-être les seuils de violence ne sont-ils pas exactement les mêmes. Il existe, par exemple, une accoutumance différente à la

violence aux États-Unis. Dans les guerres depuis 1941, les médias américains ont pris l'habitude de montrer les rapatriements de corps de soldats et la violence des combats.

N'a-t-on plus l'habitude en France de couvrir des conflits armés ? Nombreux sont les journalistes aguerris qui dénoncent l'arrivée de journalistes inexpérimentés en Ukraine, comment l'expliquer ?

Les journalistes qu'on va envoyer sur le terrain ne sont normalement pas des jeunes. Aller couvrir un conflit armé suppose une autonomisation et une capacité de résistance qui va de pair avec l'expérience. Il faut quelqu'un qui aura les bons réflexes. Or les jeunes sont toujours volontaires pour partir couvrir ce type de conflits. Ils partent cependant sans la sécurisation que confère le statut de grand reporter, à leurs risques et périls. Ce n'est qu'une fois sur place qu'ils cherchent des correspondances ou des piges, sans arrimage sécuritaire, ce qui provoque évidemment une précarisation de la profession. Partir en zone de guerre représente des risques considérables, les grands médias doivent donc trouver un équilibre entre le fait de donner l'information la plus fiable au plus près du conflit – dire ce qui se passe – et l'obligation de prudence pour leurs envoyés. Enfin, il faut saluer le travail des femmes grands reporters, Dorothee Ollieric, Maryse Burgot, Catherine Norris Trent. Avec leurs confrères, elles sont l'honneur d'une profession trop souvent décriée.

Après l'attentat contre *Charlie Hebdo*, *Le Point* était le seul journal français à mettre en une la photo du policier **Ahmed Merabet** froidement exécuté par un des frères Kouachi. Certaines critiques avaient été émises quant à ce choix. À l'époque, Étienne Gernelle, directeur de la publication, écrivait ceci : « Fallait-il vraiment publier cette photo ? On peut évidemment être en désaccord avec ce choix. Nous y avons longuement réfléchi. Oui, cette image est insoutenable pour la famille. Comment ne pas y être sensible ? Elle est également insoutenable pour la police dans son ensemble, et pour le pays tout entier, qui est très touché par le sacrifice de ceux qui le protègent avec courage. Ce qui est le cas d'Ahmed Merabet, mort en héros.

Nous pensons, malgré tout, qu'il fallait la montrer. Parce qu'elle raconte l'horreur, la barbarie et la lâcheté des terroristes, plus fortement qu'aucun mot ne saurait les décrire. Pour affronter l'horreur, il ne faut pas avoir peur de la nommer ni de la regarder en face. “**Notre métier, disait Albert Londres, n'est pas de faire plaisir, non plus que de faire du tort, il est de porter la plume dans la plaie.**” Cette recommandation s'applique aussi à l'image. **Est-elle révoltante, cette photo ? Oui, mille fois, oui. C'est précisément pour cela que nous avons décidé de la publier.** » « En Ukraine aujourd'hui, comme en Irak, en Afghanistan, à New York ou à Paris hier, la violence et la mort existent, et notre métier, c'est d'en rendre compte », confirme Étienne Gernelle.

10 mars (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kommentar-zu-219a-wille-und-weg-17864344.html>

Schwangerschaftsabbruch : Wille und Weg

Ein Kommentar von [Daniel Deckers](#)

Aktualisiert am 10.03.2022-06:29



Eine Frau hält bei einer Kundgebung vor Beginn eines Berufungsprozesses einen Zettel mit der Aufschrift „219a nicht zeitgemäß!“. Bild: dpa

Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien sind fest entschlossen, das Werbeverbot für Abtreibungen abzuschaffen. Redlich ist ihre Argumentation nicht.

Als der Deutsche Bundestag im Jahr 1974 mit der Mehrheit der Regierungsfractionen von SPD und FDP die Fristenregelung für die Vornahme eines Schwangerschaftsabbruchs einführte, waren alle Parteien in einem einig: Niemals dürfe die Tötung eines Embryos in der Öffentlichkeit als etwas Normales dargestellt und kommerzialisiert werden.

Zum Ausdruck kam dieser Konsens in dem Paragraphen 219a StGB. In seiner erst vor drei Jahren von Union und SPD modifizierten Form verbietet er es Ärzten bis heute, für eine Abtreibung als Teil ihres Angebots zu werben.

SPD, Grüne und FDP haben diesen Konsens und das dahinterstehende Schutzkonzept für das ungeborene Leben schon mit ihrem Koalitionsvertrag aufgekündigt. Der Gesetzesentwurf zur Abschaffung des Werbeverbots, den das Kabinett am Mittwoch gebilligt hat, ist nur noch der Vollzug der Absicht, das Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren als Grundrecht dem grundgesetzlich verbürgten Schutz des werdenden Lebens überzuordnen.

Dass sich die Bundesregierung dabei der Zustimmung großer Teile der veröffentlichten Meinung sicher sein kann, ist freilich nicht allein die Folge eines Wertewandels, sondern auch bewusster Desinformation. Dass Frauen sich unter der geltenden Rechtslage über Abtreibungsmethoden nicht informieren könnten, ist schlicht unwahr.

Aber wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg – und sei es durch Tricksen und Täuschen.

9 mars (Les Echos)

<https://www.lesechos.fr/idees-debats/editos-analyses/le-demantelement-force-de-luniversalisme-1392074>

Les Echos, no. 23660

idées, mardi 8 mars 2022 550 mots, p. 9

La chronique

Le démantèlement forcé de l'universalisme

d'Augustin Landier et David Thesmar

AUGUSTIN LANDIER; DAVID THESMAR

Les événements en Ukraine signent la fin d'une ère, celle de la mondialisation portée par l'universalisme. La chute du mur de Berlin semblait ouvrir sur le grand aplatissage du monde : classes moyennes en marche, téléphone portable en main, vers la démocratie et la prospérité, sur fond de globalisation des échanges commerciaux. La valeur clé de ce paradigme était l'universalisme, mais elle devient progressivement inopérante. En voici quelques exemples.

Sur le front économique tout d'abord, la mondialisation des échanges procédait de l'abstraction universaliste, formulée dans la doctrine même de l'OMC : tous les pays doivent être sur un pied d'égalité pour accéder au panier de la ménagère. Cela assure la livraison du meilleur produit au meilleur coût. L'universalisme du marché, c'est donc l'égalité de traitement entre les producteurs. Aujourd'hui, cette doctrine est remise en cause : les consommateurs veulent connaître l'origine des biens qu'ils consomment. On appelle à cesser de consommer le gaz russe, d'importer les biens produits par les Ouzbègues, etc. Un baril de pétrole n'est plus une abstraction, son lieu de production compte autant que les molécules qui le composent. Les Etats, les activistes encouragent les multinationales occidentales à quitter la Russie. Les investisseurs envisagent de se séparer de leurs actifs russes. Le marché n'est plus le règne de l'anonymat, du meilleur prix : les biens ont une provenance, l'argent a une odeur.

Sur le front humanitaire, on redécouvre avec la crise ukrainienne un fait anthropologique dérangeant : l'altruisme est spontanément bien plus fort pour ceux qui nous sont proches (famille, communauté, nation, culture). Il est dur en effet de nier que le malheur des Ukrainiens frappe bien davantage les Européens que celui, disons, des Syriens, des Irakiens ou des Soudanais. La mobilisation pour aider les réfugiés est extraordinaire par son ampleur, sa rapidité, l'émotion qui l'accompagne. Cet altruisme « communautaire » est suspect du point de vue de l'universaliste, qui rejette la compassion à géométrie variable autant que les élans nationalistes. L'héroïsme des Ukrainiens, leur amour d'un endroit particulier, de leur propre terre, émeut viscéralement et contraste avec la morale universaliste abstraite des élites globalisées.

Enfin, la rupture avec la logique universaliste touche aujourd'hui l'Etat de droit. Un des piliers de la globalisation heureuse, c'est que le droit de propriété soit protégé indépendamment de l'identité de son détenteur. Cette logique vole en éclats avec la crise ukrainienne. Les avoirs russes ont été gelés, mais il est question d'aller plus loin : de les taxer de manière exceptionnelle, voire de les confisquer. Dans le monde de l'altruisme communautaire, l'Etat de droit est lui aussi à géométrie variable : il priorise ceux qui partagent nos valeurs.

Cet effacement de l'universalisme nous condamne-t-il à une ère de confrontation violente entre communautés ? Le retour à la guerre froide est-il le meilleur équilibre auquel il nous soit désormais permis de rêver ? Nous ne le pensons pas. Initialement universaliste, la mondialisation doit maintenant se définir dans le pluralisme : reconnaître et accepter des règles du jeu communes, sans imposer l'homogénéité des institutions, des biens et des valeurs entre les différents blocs. La Terre n'est plus plate, il est temps de l'accepter. Ce chemin sera compliqué car certains de nos problèmes, le climat en particulier, sont, eux, partagés.

Augustin Landier

The truth is out there

Vladimir Putin has brutally muzzled Russian media

But word of what is really happening in Ukraine is getting through



Mar 8th 2022

The last thing viewers saw on March 3rd was a Soviet-era black-and-white recording of Tchaikovsky's ballet, "Swan Lake". A few minutes later TV Rain, Russia's only remaining independent internet television channel, went dark.

It had branded itself the "optimistic channel" when it first came on air in 2010. Its young, liberal journalists had hoped for their country to be part of an open, civilised world. This week they walked out of their studio live on air. Many of them have now left the country.

So have many other liberal or middle-class Russians. Over the past few days they have piled on to the few remaining flights out, to places like Baku, Dubai, Tbilisi or Yerevan; EU and American airspace is closed to Russian planes. The exodus of Russia's brightest is probably the fastest in the country's history.

The choice of "Swan Lake" was symbolic. It is what Soviet television channels showed on August 19th 1991, as the KGB and the army attempted a coup against Mikhail Gorbachev and declared a state of emergency in Russia. It was at that time that Ekho Moskvy, Russia's main liberal radio station, was briefly taken off air and newspaper printing presses were stopped. Since then, Ekho Moskvy has been a staple of life for millions of Russians, who have tuned in for news, discussions and talk shows.

Today there is no Ekho Moskvy either. Its editor, Alexei Venediktov, is still in Russia, and is continuing to report via his Telegram messenger channel. Online media outlets, such as Mediazona, have been shut down. The BBC and Radio Liberty are blocked. So are Facebook and Twitter. YouTube may be next, since it hosts broadcasts by the team of Alexei Navalny, Russia's jailed opposition leader, which has long been outside Russia. However, YouTube also carries Russian propaganda, so it may be spared.

[Vladimir Putin](#), who invaded Ukraine on February 24th, is also waging a kind of war on his own people. He has imposed military-style censorship without formally declaring a state of emergency. A law passed on March 4th bans dissemination of any information about the war other than the official version, and threatens a prison sentence of up to 15 years for those who flout it. The mere mention of the word "war" is prohibited. The state has aped George Orwell's "Nineteen Eighty-Four": Russia's shelling of Ukrainian civilians is an act of liberation. War is Peace and Ignorance is Strength.

Russian talk shows are getting longer and angrier. Mr Putin sets the agenda. The main news programme on March 6th on the Russia Channel led with the president's bizarre meeting with Aeroflot stewardesses. Mr Putin was shown trying to preserve an air of normality while, oddly enough, not observing his usual extreme social distancing. This is not an emergency, he said; there will be no martial law; the military operation is going according to plan; only military targets are being struck with precision weapons; all other damage is caused by Ukrainian Nazis who have already killed 13,000 people in Donbas over the past eight years and are now shelling their own cities and killing Ukrainian soldiers; Russia is de-Nazifying a brotherly country and will soon complete this difficult and noble task.

For the following three hours of this "news and current affairs" programme, the propagandists hammered out Mr Putin's message, filling it with more lies, music, historic flashbacks, and stories of Russian volunteers heroically sacrificing their lives in their fight against fascism, just as they did during the Great Patriotic War of 1941-45. Contradictions are drowned out by sheer volume. Russian television makes full use of the same footage that is seen around the world: shelled cities, destroyed houses, dead civilians, bleeding children, burning refineries. But it blames it all on those Ukrainian Nazis.

The scale of the lies, the intensity of the propaganda and its thudding repetitiveness are all designed to overwhelm the audience, leaving no space for questions, let alone doubt. But although Mr Putin controls Russian television and has muzzled alternative sources of information, reality continues to break through. Accurate news seeps into Russia via the internet, via social media and even via phone calls from relatives in Ukraine. When their loved ones in Kyiv, Ukraine's capital, say the city is being bombarded by Mr Putin, some Russians stop their ears and believe Russian television instead. But many do not.

In the days since the war began, Russian public opinion has shifted drastically, according to internet-based polling conducted by Mr Navalny's team in Moscow, where 80% of people have access to the internet.

On February 25th, the second day of the war, only 29% of those polled described Russia's role as that of an aggressor, while 31% saw it as a liberator and 25% as a peacekeeper, with the remaining 15% undecided. By March 3rd the share who saw Russia as an aggressor had nearly doubled, to 53%, while the share who saw Russia as a peacekeeper or who were undecided had fallen by half. The share of those who still thought Russia was a liberator remained roughly steady, falling by three percentage points, to 28%.

Similarly, whereas at the start of the war only 14% blamed Russia for the fighting and 39% blamed [the West](#), a week later 36% blamed Russia and only 34% blamed the West. The proportion who blamed the Ukrainians fell from 15% to 7%.

Internet polls like this one should be taken with a pinch of salt—they are often less accurate than telephone polls, though at least the data set is consistent, as the same group has been sampled four times. Nonetheless, in a country where those who dispute the official line on the war face possible jail, the results are startling. People have every incentive to say they swallow Mr Putin's lies. Yet a large and increasing number refuse to.

Another reality that is hard to disguise is the economic consequences of Mr Putin's "special operation". As sanctions bite, Russian supermarkets have started to ration food sales, the rouble has depreciated by half and most international travel has become impossible. The disruption in supply chains is bringing some factories to a halt. A boycott by Boeing and Airbus is threatening to ground the entire Russian air fleet for lack of maintenance or spare parts.

As global brands such as Adidas and Apple pull out, Russia has become visibly more isolated. The closure of Ikea symbolises the end of a certain way of life. When it opened in 2000, people took it as a sign that Russia was becoming gloriously normal. Now it plainly is not.

Even before the war, some 43% of Russians between the ages of 18 and 24 said they wanted to leave the country for good. Since the war began, [more Russians have been asking Google](#) "how to leave Russia". In the past few days 25,000 Russians have entered Georgia alone.

Those who are staying are downloading vpn or privacy apps to their smartphones and continuing to protest and resist. Many young Russians decry the war despite the increasing thuggishness of the Russian security services, now openly waging a Belarus-style campaign of terror against protesters. Anti-war rallies on March 6th ended in 5,000 detentions, half of them in Moscow. The number of detentions was double that of the previous Sunday, not because there are more protests, but because there are several times more police. “It felt as if thousands and thousands of troops were brought to Moscow. They were everywhere—in courtyards, on the main squares,” one witness said.

It is not just the number of goons on the streets, but also their tactics that terrorise. Young women speak of being humiliated and beaten in police cells. In one such recording published by *Novaya Gazeta*, the only independent newspaper left in the country, the officers are heard telling a woman who is repeatedly struck and sexually humiliated: “Fucking marginal. What do you think we're going to get for this? Putin told us to fucking kill them. That's it! Putin is on our side! You're the enemies of Russia, you're the enemies of the people. We'll also get a bonus for this.”

Like the rest of the Russian media, *Novaya Gazeta* is not allowed to report on the war itself, so it is reporting instead on its consequences, in both Russia and Ukraine. In an editorial note it said: “We will no longer be able to report truthfully on the fighting in Ukraine. We will have to temporarily forget [about reporting] the shelling in the cities of the brotherly country. But military censorship does not extend to the fact that the war is going on inside [Russia].” That war may grow in intensity, to the sound of “Swan Lake”.

Beruhet auch scheinbar einvernehmlicher Sex im Prinzip auf männlichem Zwang?

Viele Dinge, die Frauen zu wollen meinen, wollen sie womöglich doch nicht wirklich: Die Philosophin Amia Srinivasan denkt in Essays zum «Feminismus im 21. Jahrhundert» über strukturelle Prägungen nach – und scheint selber in einem ideologischen Raster gefangen zu sein.

Claudia Mäder 09.03.2022, 05.30 Uhr



Wissen wir, was wir wollen? Nicht unbedingt, sagt die Philosophin Amia Srinivasan: Vielleicht erfüllen wir nur vermeintliche Erwartungen.

Annick Ramp / NZZ

Zur Vorbereitung auf diese Rezension habe ich ein Musikvideo geschaut. Es war eine ziemlich schreckliche Erfahrung. Auf dem Bildschirm wogten drei singende Männer in Anzügen hin und her, permanent umtänzelt von vier spärlich bekleideten Frauen, die ihre Beine in die Kamera streckten, sich mit leicht geöffneten Mündern durch die Haare strichen und irgendwann ein Schaf herbeischleppten, um das Tier vor ihre nackten Brüste zu halten.

4 Minuten und 31 Sekunden dauerte diese Darbietung. Eine lange Zeit für meine Nerven – eine kurze Zeit in einem ganzen Berufsleben. Aber für Emily Ratajkowski waren es die entscheidenden Minuten ihrer Karriere: Mit dem lasziven Auftritt im Video zum Song «Blurred Lines» von Robin Thicke ist das Model 2013 schlagartig berühmt geworden. Es folgte Auftrag um Auftrag, die Amerikanerin zählt bald zu den Top-Grössen der Modebranche, heute vermarktet sie erfolgreich ein eigenes Label.

Das Video, in dem sie sich halbnackt vor den singenden Männern räkelt, hat sie seinerzeit als emanzipativen Akt empfunden: Die junge Emily Ratajkowski verstand sich als Feministin, die selbstbewusst mit ihrem Körper umging und sich keine Vorschriften machen liess. So schildert es die heute 30-Jährige in ihrem kürzlich erschienenen Buch «My Body».

Nichts ist nur persönlich

Natürlich wurde dem Model widersprochen; ihr Auftritt zeuge nicht von Emanzipation, sondern von der anhaltenden Unterwerfung der Frauen, hiess es in Kommentaren. Im Prinzip aber geht der Trend im Feminismus dahin, Frauen wie die junge Ratajkowski beim Wort zu nehmen.

Das jedenfalls beobachtet die Philosophin Amia Srinivasan. Im Verlauf der Zeit sei es üblich geworden, einer Frau zu glauben, wenn sie nach eigener Aussage zum Beispiel gerne als Pornodarstellerin arbeite oder sich in Highheels besonders emanzipiert fühle. Moralische Wertungen, die früher dominierten, seien einer einzigen Frage gewichen: Ist etwas, was eine Frau tut, gewollt oder nicht, und ist ein sexueller Kontakt, den sie hat, einvernehmlich oder nicht?

Die in Oxford lehrende Srinivasan findet das nicht grundsätzlich falsch. Aber es ist ihr zu einfach. Denn die 37-Jährige ist überzeugt, dass wir das, was wir wollen, nur vermeintlich frei wählen. Gerade im körperlichen und sexuellen Bereich seien «persönliche Vorlieben» selten «einfach nur persönlich» – das ist ein Hauptgedanke in Srinivasans Essaysammlung zum «Feminismus im 21. Jahrhundert».

Besonders bei intimen Handlungen, möchte man meinen, weiss der mündige Mensch tatsächlich nicht immer genau, was er warum macht und inwieweit er sich in seinem Gegenüber verliert. Aber um dieses mitunter auch aufregende Unverständnis seiner selbst geht es hier nicht, oder eher: Srinivasan schlägt vor, die Geheimnisse auf relativ einfache Weise zu lüften.

Unsere Entscheidungen, meint sie nämlich, seien von der Politik, von Systemen und Strukturen geprägt. Konkret kann das beispielsweise die Wahl des Sexualpartners betreffen: Sie werde oft von rassistischen Kriterien beeinflusst. Und auch psychosoziale Muster spielen laut der Philosophin eine grosse Rolle beim Tun und Lassen in sexuellen Fragen. Zur Illustration dient etwa ein Fall, der sich vor einigen Jahren an einer amerikanischen Universität ereignete.

An Halloween haben eine Studentin und ein Student gekifft und sich geküsst; ohne dass er es verlangt hätte, hat sie ihn oral befriedigt. Als sie sich unwohl fühlte und dies sagte, hat er sie zu nichts Weiterem gedrängt. Allerdings hat er sie auch nicht nach Hause geschickt, sie blieb noch eine Weile, es kam nochmals zu Küssen.

Kurz darauf hat die Studentin den Studenten beim Dekan und bei der Polizei wegen sexueller Nötigung angezeigt. Zwar habe sie die fraglichen Akte selber initiiert. Doch aufgrund der herrschenden «Studentenkultur» habe sie das Gefühl gehabt, dass sie dem Mann in der erotisch aufgeladenen Situation die sexuelle Handlung schulde. Das klingt bizarr, ist es für Srinivasan aber nicht: Sie glaubt, dass durchaus ein «gewisser Zwang» gewirkt haben könnte, den wohl nicht der spezifische Student, aber «das informelle Regelsystem geschlechtsspezifischer sexueller Erwartungen» ausgeübt habe.

Der Staat ist keine Lösung

Die Universität belegte den Studenten tatsächlich mit Restriktionen, die Polizei hingegen sah nach Prüfung der Vorwürfe von einer Strafverfolgung ab. Liessen sich solche Fälle besser lösen, wenn sexuelle Handlungen einer expliziten Einwilligung bedürften, um als straffrei zu gelten? Srinivasan

ist skeptisch gegenüber verschärften Gesetzen, und in dieser Skepsis liegt ein zweiter Hauptgedanke ihres Bandes.

In all ihren Texten, sie mögen Pornografie, Prostitution oder das Campus-Leben betreffen, vertritt die Philosophin die Ansicht, dass der Feminismus durch eine «reflexartige Neuauflage von Verbrechen und Strafe» nicht weiterkomme. Seit den 1980er Jahren, meint Srinivasan, setzten die Frauen auf den Staat als «Erlöser», was sie aus zwei Gründen bedauert.

Einmal ist sie der Meinung, dass staatliche Massnahmen oftmals problematische Nebenwirkungen zeitigten. Verschärfte Sexualstrafgesetze zum Beispiel drohten Schwarze übermässig stark zu treffen: Schon heute sei die Wahrscheinlichkeit, unschuldig wegen sexueller Nötigung ins Gefängnis zu kommen, für schwarze Amerikaner dreieinhalb Mal so hoch wie für weisse.

Sodann und vor allem aber ist Srinivasan davon überzeugt, dass das Schräubern an Gesetzen von den wahren Problemen ablenke. Letztlich unterstütze die «Wegsperrpolitik» nämlich ein Herrschaftssystem, das die systemischen Grundfehler, die ganze «krankende Gesellschaft», ignoriere und den Fokus stattdessen auf das Verhalten oder Vergehen einzelner Individuen richte.

Ein paar Fragen zum Individuum

Damit sind wir zurück bei der Allmacht der Strukturen, und so anregend Srinivasans Essays im Einzelnen sind, an diesem einen Punkt bleibt man immer wieder hängen: Ein Denken, das alle unliebsamen Erscheinungen auf ein böses «Regelsystem» zurückführt und das Individuum aus der Verantwortung nimmt, entmündigt letztlich den Menschen. Dieser Ansatz ist nicht nur irritierend, er ist auch logisch schwer zu verstehen.

Srinivasan schreibt es selber: Das Bewusstsein für feministische Fragen ist gerade bei jungen Leuten stark gestiegen. Ganz grundsätzlich wird heute über das Empfinden von weiblichen, männlichen, nonbinären, homo-, hetero- oder transsexuellen Menschen mehr geredet als je zuvor in der Geschichte. Soll das denn etwa nicht zu dem Zweck geschehen, dass einzelne Menschen ihre Sensibilitäten auch selbstbewusst zum Ausdruck bringen und eine Studentin zum Beispiel aufsteht und geht, wenn sie beim ersten Kuss eine Erwartung spürt, die ihr nicht passt?

Und ist nicht auch denkbar, dass manche jungen Menschen die geschlechtsspezifischen Rollenbilder luzide durchschauen, sich aber nicht weiter um sie scheren oder sie selbstbestimmt zu ihrem eigenen Vorteil nutzen?

Das Model Emily Ratajkowski beispielsweise hat ihre Ansichten parallel zu ihrer Karriere weiterentwickelt. Dass sie sich emanzipiert, indem sie ihren verführerischen Körper präsentiert – das glaubt sie heute nicht mehr. Vielmehr, schreibt sie, habe sie begriffen, dass die Prominenz, die sie erlangte, wesentlich darauf beruhe, dass sie mit ihrer Schönheit eine männliche Begierde gestillt habe.

Aber auch wenn sie in ihrem Buch kritisch über alles nachdenkt, was sie von Kindsbeinen an zum Schönsein drängte: Für ihre Karriere setzt sie weiterhin auf Bikinifotos von sich selber. Sie genießt es, solche Bilder ins Netz zu stellen, und macht im vollen Wissen um alle Gesellschaftsstrukturen gutes Geld mit ihrem Körper.

Wer quält die Afghaninnen?

Srinivasan dürfte es selber nicht so sehen, aber eigentlich ist ihr Buch ein positives Zeichen: Wenn der Feminismus im 21. Jahrhundert intensiv darüber nachdenken kann, ob gewolltes und einvernehmliches Handeln womöglich nur vermeintlich gewollt und einvernehmlich ist, dann war die Lage der Frauen wahrscheinlich schon schlechter. Sicher ist, dass sie in unseren Breiten heute komfortabler ist als in anderen Weltgegenden, über die Srinivasan denn auch seltsam verzerrt berichtet.

Zwar verfolgt die Philosophin im Grunde eine globale Perspektive. Sie schreibt nicht ausschliesslich über Studentinnen an westlichen Hochschulen, sondern auch über arme Frauen im globalen Süden oder Migrantinnen im globalen Norden. Deren Probleme interpretiert sie jedoch durch eine vornehmlich ökonomische Brille, in der Feminismus und Antikapitalismus verschwimmen: Das Leid der Frauen resultiert demnach aus der Logik des Kapitalismus, eines Systems, das «wenige glückliche Gewinner» und «unendlich viele Verlierer» produziert.

Folglich hat die Spitzenmacht des Kapitalismus, Amerika, laut Srinivasan auch eine «historische Rolle» dabei gespielt, Afghanistan zu einem «notorisch schlechten Ort für Frauen» zu machen. Mit ihren militärischen Interventionen hätten die USA die Wirtschaft zerrüttet und die Menschen in Verzweiflung gestürzt, den höchsten Preis dafür müssten die Frauen bezahlen: «90 Prozent der Afghaninnen haben bereits häusliche Gewalt erlebt, und 80 Prozent der Selbstmordopfer sind Frauen.»

Dass die frauenverachtende Ideologie von fanatischen Islamisten etwas mit diesen erschreckenden Zahlen zu tun haben könnte, wird mit keiner Silbe erwogen. Spätestens an dieser Stelle wird die ideologische Verblendung der Autorin deutlich – und schwer erträglich.

Es ist nicht zu bestreiten: Im kapitalistischen Westen entstehen Musikvideos, die ein Frauenbild transportieren, von dem man wünschte, es würde nicht existieren. Es gibt sexuelle Gewalt und prekäre Arbeitssituationen, die überwiegend Frauen betreffen. Im kapitalistischen Westen ist aber auch eine Gesellschaft entstanden, die Frauen weltweit gesehen die meisten Rechte bietet, ihnen den grössten Wohlstand beschert und ihnen wie allen Menschen die Freiheit zugesteht, kritische Bücher über das gegenwärtige System zu schreiben.

Emily Ratajkowski: *My Body*. Was es heisst, eine Frau zu sein. Aus dem Englischen übersetzt von Stephanie Singh. Penguin-Verlag, München 2022. 236 S., Fr. 29.90.

Amia Srinivasan: *Das Recht auf Sex*. Feminismus im 21. Jahrhundert. Aus dem Englischen übersetzt von Claudia Arlinghaus und Anne Emmert. Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 2022. 320 S., Fr. 37.90.

8 mars (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/monde/stephane-courtois-le-revisionnisme-de-poutine-et-la-veritable-histoire-de-la-nation-ukrainienne-20220301>

Le Figaro, mercredi 2 mars 2022 1152 mots, p. 16

Débats

Le révisionnisme de Poutine et la véritable histoire de la nation ukrainienne

« L'Ukraine contemporaine a été entièrement créée par la Russie communiste », a affirmé Vladimir Poutine. Une contre-vérité digne d'Orwell explique le célèbre historien du communisme et directeur de recherche honoraire au CNRS.

Courtois, Stéphane

Dans son discours de guerre du 21 février, Vladimir Poutine a fait une déclaration qui stupéfie l'historien : « *L'Ukraine contemporaine a été entièrement et complètement créée par la Russie, plus exactement par la Russie communiste, bolchevique. Ce processus a commencé presque immédiatement après la révolution de 1917, et Lénine et ses camarades ont agi de façon vraiment peu délicate avec la Russie : ils ont pris à celle-ci, lui ont arraché, une partie de ses territoires historiques.* »

En situant ainsi la naissance de l'Ukraine, il « oublie » que celle-ci avait déjà une existence historique de plus de 1 200 ans, quand fut créée la Rus - le premier État slave - dans ce vaste espace qui allait de la mer Baltique à la mer Noire, et compris entre le Dniepr et le Dniestr, avec pour capitale Kiev - alors que Saint-Pétersbourg et Moscou étaient encore dans les limbes. Elle ne fut rattachée de force à l'empire tsariste qu'à la fin du XVIIIe siècle et vit émerger au milieu du XIXe siècle, comme dans toute l'Europe de 1848 et son « printemps des peuples », un puissant mouvement nationaliste autour de sa langue, de sa littérature et de la mémoire des grandes révoltes cosaques contre toute oppression.

Or, évoquant 1917, le « professeur » Poutine « oublie » qu'il y eut deux révolutions en 1917 : celle démocratique de Février et celle d'Octobre qui permit à Lénine, le 7 novembre, de créer le premier régime totalitaire de l'histoire. Or l'abdication de Nicolas II, le 15 mars, avait provoqué l'effondrement de l'empire tsariste, connu alors comme « la prison des peuples ». Alors que les Russes ethniques ne constituaient que 44 % de sa population, toutes les nationalités s'émancipèrent : Polonais, Finlandais, Estoniens, Lettons, Lituaniens, Bessarabiens, Géorgiens, Arméniens, Azerbaïdjanais. Les Ukrainiens, eux, créèrent dès le 17 mars une Rada - une assemblée, présidée par Mykhaïlo Hrouchevski - qui le 23 juin proclama son autonomie par rapport au gouvernement central. Peu après fut créé un gouvernement autonome dirigé par Volodymyr Vynnychenko. Et Lénine ayant instauré, le 8 novembre, le Conseil des commissaires du peuple, la Rada proclama, le 3 décembre, la République populaire d'Ukraine. Lénine réagit avec rage et violence. Il savait que si l'Ukraine échappait à son pouvoir, il perdrait le grenier à blé de l'Europe et une puissante industrie charbonnière et métallurgique. Mais surtout, en marxiste radical, il savait que la puissance du sentiment national ukrainien ferait exploser le principe de la guerre des classes qui commandait toute son action. Il annonça la couleur dès le 5 décembre : « *Nous sommes aujourd'hui témoins d'un mouvement national en Ukraine et nous disons : nous sommes partisans sans réserve de la liberté totale, illimitée du peuple ukrainien. (...) Mais nous tendons une main fraternelle aux ouvriers ukrainiens et nous leur disons : avec vous, nous lutterons contre votre bourgeoisie et contre la nôtre.* » Déjà Orwell !

Le 16 décembre, la Rada riposta par un manifeste donnant la terre aux paysans, la journée de huit heures aux ouvriers et l'amnistie politique pour tous. Lénine réagit dans la *Pravda* du 18 décembre par un « Manifeste au peuple ukrainien » accompagné d'un ultimatum. Après avoir rappelé, pour la galerie, le droit de toutes les nations « *de se séparer de la Russie* », il attaqua frontalement dans une superbe « langue de bois » : « *Nous accusons la Rada d'Ukraine de mener, sous le couvert de phrases patriotiques, une politique bourgeoise de double jeu qui s'exprime depuis longtemps par le refus de reconnaître les Soviets et le pouvoir des Soviets en Ukraine (...). Ce double jeu, qui nous empêche de reconnaître la Rada en qualité de représentant plénipotentiaire des masses laborieuses et exploitées de la République d'Ukraine, l'a conduite ces derniers temps à prendre des mesures qui, en fait, suppriment toute possibilité d'entente.* »

La conclusion était sans appel : « *Au cas où une réponse satisfaisante à (nos) questions ne serait pas reçue dans les 48 heures, le Conseil des commissaires du peuple considérera la Rada d'Ukraine en état de guerre déclarée contre le pouvoir des Soviets en Russie et en Ukraine.* » Le Sovnarkom s'ingérait grossièrement dans les affaires intérieures de l'Ukraine et

accusait la Rada d'être responsable de la guerre qu'il lui déclarait ! Un modèle de mensonges, de désinformation et de menaces qui connaîtrait une belle postérité totalitaire. En l'absence de réponse, Lénine fit proclamer à Kharkov, le 25 décembre, une République soviétique d'Ukraine qu'il reconnut à l'instant. Puis des groupes de gardes rouges s'emparèrent de Kiev le 8 février 1918. Ainsi, moins de six semaines après sa prise de pouvoir, le chef bolchevique avait déclaré sa première guerre à une nation dont, publiquement, il reconnaissait le droit à l'indépendance. Toujours Orwell !

Néanmoins, l'Ukraine participa en novembre aux premières élections organisées en Russie au suffrage universel des hommes et des femmes, qui aboutit à la formation de l'Assemblée constituante, réclamée depuis un demi-siècle tant par les démocrates que les révolutionnaires. Celle-ci, réunie à Saint-Pétersbourg le 18 janvier 1918, fut dispersée par la force dès le lendemain, sur ordre personnel de Lénine. En réaction, la Rada proclama le 22 janvier l'indépendance définitive de l'Ukraine, et, le 29 avril, Hrouchevski fut élu président de la République populaire ukrainienne.

À partir de ce moment et jusqu'en 1991, le pouvoir soviétique ne cessa de combattre par une terreur de masse les aspirations nationales des Ukrainiens, essayant, par le fer et par le feu, de l'obliger de se soumettre à l'URSS : en 1920 lors de l'offensive de l'Armée rouge sur Varsovie, en 1932-1933 lors de la famine génocidaire organisée par Staline contre la paysannerie - environ 4 millions de morts de faim, le Holodomor -, en 1937-1938 avec la Grande Terreur menée par Khrouchchev, en 1939-1941 avec l'annexion de l'Ukraine occidentale lors de la destruction conjointe de l'État polonais par Staline et Hitler, entre 1944 et 1956 avec l'extermination de tous les maquis nationalistes antisoviétiques par les troupes du KGB. Un KGB dont Vladimir Poutine est resté le fidèle lieutenant-colonel.

Ce même Vladimir Poutine qui, dans *Le Figaro* du 7 mai 2005, déclarait qu'il fallait « *affirmer les principes de la tolérance et du respect des peuples les uns envers les autres, inculquer que l'unité de l'humanité est indispensable pour venir à bout des difficultés communes et des menaces. Créer, en fin de compte, une atmosphère de compréhension autour de l'idée que les peuples ont des droits identiques, qu'ils soient ou non numériquement importants. Y compris le droit de terminer les voies de leur propre développement.* » Que ne met-il en oeuvre les principes qu'il proclame.

8 mars (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/ukraine-klare-grenzen-noetig-um-einen-flaechenbrand-zu-vermeiden-ld.1673320>

KOMMENTAR

Damit der Krieg in der Ukraine nicht zum europäischen Flächenbrand wird, braucht es klar definierte «rote Linien»

Militärhilfe an die Ukraine im Kampf gegen Russland ist richtig. Westliche Regierungen müssen sich jedoch einig darüber werden, welche Eskalationsschritte sie ganz bewusst vermeiden sollten.

Andreas Rüesch 56 Kommentare 08.03.2022, 05.30 Uhr



Ein ukrainischer Soldat testet den Einsatz einer Panzerabwehrrakete. Mit der Lieferung von Tausenden solcher Waffen stärken westliche Länder den ukrainischen Widerstand, machen sich aber auch angreifbar.

Ukrainian Armed Forces / Reuters

Kriege besitzen, abgesehen vom unermesslichen Leid für die direkt Betroffenen, noch eine weitere unheilvolle Eigenheit: Sie haben die Tendenz, sich auszudehnen. Das gilt einerseits in zeitlicher Hinsicht. Die Kaiser von Russland und Deutschland stürzten sich im August 1914 in ein Kriegsabenteuer, von dem sie glaubten, es werde an Weihnachten bereits vorbei sein. Als der Erste Weltkrieg nach vier langen Jahren endete, gab es beide Kaiser nicht mehr.

Aber auch in räumlicher Hinsicht weiten sich Kriege oft aus – in einer Weise, wie sich das die Akteure anfangs nicht vorstellen konnten. Die USA intervenierten in den sechziger Jahren in Indochina in der Absicht, die proamerikanische Regierung Südvietnams gegen die Vietcong-Guerilla zu stützen. Bald sahen sie sich jedoch gezwungen, auch die Nachbarländer Laos und Kambodscha zu bombardieren, um feindliche Nachschubwege zu treffen.

Kühle Strategie statt kopfloses Draufgängertum

Solche historischen Erfahrungen gilt es mit Blick auf die Ukraine zu beherzigen. Zwölf Tage nach Beginn der russischen Invasion lässt sich nicht mit Gewissheit prognostizieren, dass dieser Krieg auf das Gebiet zwischen Schwarzem Meer und Karpaten beschränkt bleiben wird. Um das Risiko einer Ausweitung zu minimieren, braucht es kühle Köpfe auf allen Seiten und gewisse Vorkehrungen.

So ist es zu begrüßen, dass die USA schon vor Monaten Transparenz über ihre Absichten geschaffen haben. Präsident Biden machte klar, dass Amerika die Ukrainer in ihrem Widerstand unterstützen, aber ihnen nicht mit Truppen beistehen wird. Das ist kein Ausdruck von Feigheit, sondern der simplen Erkenntnis, dass der Einsatz amerikanischer Soldaten die Welt einer Konfrontation der beiden grössten Atommächte gefährlich nahe brächte. Das Ziehen solcher «roten Linien» hebt sich ab vom kopflosen Schwadronieren jener, die nun – wie beispielsweise Deutschlands einflussreichster Verleger – einen Kriegseintritt der Nato vorschlagen.

Aus demselben Grund kommt auch die Schaffung einer Flugverbotszone über der Ukraine nicht infrage. Man kann Sympathie haben für diese Forderung der Regierung Selenski, denn ohne russische Flugzeuge am Himmel gäbe es auch keine Bombenabwürfe mehr über ukrainischen Städten. Aber die einzige Organisation, die ein solches Verbot durchsetzen könnte, wäre die Nato. Das westliche Bündnis geriete damit automatisch in einen offenen Krieg mit Russland.

Der Teufel liegt im Detail

All dies ist im Westen weitgehend unbestritten. Doch die Sachlage ist heikler, als es diese relativ einfachen Fälle erscheinen lassen. Ab welchem Punkt sind die USA und ihre Verbündeten nicht mehr blosse Unterstützer der Ukraine, sondern beteiligte kriegführende Nationen? Eine klare Trennlinie lässt sich nicht ziehen. Entsprechend bleibt im Nebel, ab wann Russland auch die Nato-Staaten als Kriegsparteien betrachten wird.

Richtigerweise machte Biden seinem Gegenspieler Putin im Voraus deutlich, wie weit die USA gehen wollen. Neben der Lieferung von Waffen und nachrichtendienstlicher Hilfe verkündete Washington die Absicht, im Falle einer Okkupation eine ukrainische Untergrundbewegung zu unterstützen. Solche Signale helfen, gefährliche Missverständnisse zu verhindern. Der Kreml wusste frühzeitig, dass der Westen nicht nur mit Sanktionen, sondern auch mit Militärhilfe an die Ukrainer reagieren würde.

Diese Hilfe liegt im sicherheitspolitischen Interesse Europas. Eine Unterwerfung der Ukraine unter russische Herrschaft gilt es zu verhindern, weil damit nicht nur eine Niederlage dieses einen Landes verbunden wäre, sondern weit mehr – eine katastrophale Schwächung der liberalen Weltordnung und das Risiko, dass sich solche kruden Eroberungszüge häufen werden.

Aber die Zurückdrängung Russlands sollte mit Mass verfolgt werden. Manche Eskalationsrisiken kann der Westen sehr einfach vermeiden. Beispielsweise stellt es eine sinnlose Provokation dar, wenn nun einige europäische Staaten ihren Bürgern offiziell erlauben, als Freiwillige in den Krieg gegen Russland zu ziehen. Wenig überraschend fasst Moskau dies als Verletzung einer «roten Linie» auf.

Ebenso empfiehlt es sich, die westlichen Ziele sorgfältig zu definieren. Als gewöhnlicher Bürger mag man sich wünschen, dass Putin gestürzt wird und vor dem Internationalen Strafgerichtshof landet. Aber das sollte nicht zum offiziellen Ziel der westlichen Sanktionspolitik deklariert werden. Deren Aufgabe ist es, Russland zu einer Verhaltensänderung zu bewegen, und nicht, den Kremlherrn in eine Ecke zu drängen, in der er nichts mehr zu verlieren hat.

Unterstützung von ausserhalb der Ukraine

Solche Abwägungen sind in vielen Bereichen nötig. Beispielsweise unterstützen Spezialisten des Pentagons die Ukraine darin, russische Hackerangriffe zu vereiteln. Aber richtigerweise tut dies das Cyberkommando der USA nicht mehr in Kiew selber, sondern von Stützpunkten ausserhalb der Ukraine aus. Wenn die Nato-Staaten nicht als kriegführende Nationen wahrgenommen werden wollen, müssen sie auch weiterhin auf die Entsendung von Militärberatern und Waffeninstruktoren verzichten.

Heikel ist der von der Regierung in Warschau erwogene Plan, polnische Kampfflugzeuge der Ukraine zu überlassen. Formal ist das eine Waffenlieferung wie andere auch. Doch durchgeführt würde ein solcher Transfer durch ukrainische Kampfpiloten, was aus russischer Sicht wie ein Luftwaffeneinsatz von Nato-Territorium aus wirken könnte. Zumindest müsste Polen zuvor klarstellen, dass es nicht die Absicht hat, der Ukraine Stützpunkte für Angriffe auf russische Ziele zur Verfügung zu stellen.

Das Tempo und die Entschlossenheit, mit der westliche Staaten den ukrainischen Widerstand stärken, sind beeindruckend. Allein schon die verblüffende Zahl von über 20 000 Panzerabwehrraketen, die in diesem Jahr die Ukraine erreicht haben sollen, geben Hoffnung auf ein Debakel Putins. Es wäre eine Wiederholung der Niederlage, die einst die Sowjetunion in Afghanistan erlitten hatte und die zum Kollaps dieser Grossmacht führte. Moskau nahm damals die amerikanische Militärhilfe für die afghanischen Widerstandskämpfer hin, ohne den Krieg auf die Nachschublinien im Ausland auszuweiten. Der Westen kann nun seinerseits mit der Einhaltung klug definierter «roter Linien» dazu beitragen, eine solche Eskalation zu vermeiden.

8 mars (Marianne)

<https://www.marianne.net/agora/tribunes-libres/une-cour-supreme-unique-permettrait-ledification-dune-veritable-jurisprudence-nationale>

"Une cour suprême unique permettrait l'édification d'une véritable jurisprudence nationale"



Hans Lucas via AFP

Tribune

Par Béatrice Brugère et Jean-Christophe Muller

Publié le 07/03/2022 à 19:30

Alors que la nomination au Conseil Constitutionnel de deux proches de la macronie fait polémique, Béatrice Brugère, magistrat et secrétaire générale du syndicat Unité-Magistrats SNMFO, et Jean-Christophe Muller, magistrat, proposent une vraie réforme institutionnelle.

À l'occasion des polémiques et commentaires acides sur les dernières nominations des juges au Conseil Constitutionnel, il est permis de s'interroger sur le fait de savoir si une fois de plus la France fait figure de singularité sur son incapacité à nommer des magistrats qui présentent des garanties fortes d'indépendance et de compétence ? Néanmoins, il faudrait beaucoup de candeur et peu de mémoire pour découvrir aujourd'hui que la nomination des membres du Conseil Constitutionnel n'est pas dépourvue de toute considération politique. C'est le cas depuis l'origine même du Conseil Constitutionnel en 1958 et le passé, proche comme lointain, abonde en nominations d'anciens ministres, d'anciens collaborateurs de membres du gouvernement, panachées çà et là de quelques nominations de professeurs de droit, juristes et magistrats administratifs ou judiciaires.

« Ces préoccupations ne sont pas nouvelles et plusieurs réformes ont tenté d'y répondre »

Plusieurs éléments sont toutefois venus changer la perception démocratique des choses et l'attente légitime des citoyens au regard du rôle suprême de cette Cour sur les décisions politiques, sociales et économiques. D'abord la montée en puissance de la notion d'impartialité objective, intimement liée au statut de tout juge et qui doit le conduire à être non seulement indépendant et impartial dans son for intérieur, mais également à être dans

une situation qui ne puisse objectivement nourrir aux yeux des tiers de doute sur son indépendance et son impartialité. Ensuite le débat ontologique sur la nomination des juges quels qu'ils soient, dont on imagine mal qu'ils procèdent d'une sorte de génération spontanée. Enfin, la question du contrôle démocratique de la nomination des juges, particulièrement en ce qui concerne les membres du Conseil Constitutionnel.

LA RÉFORME DE 2018

Ces préoccupations ne sont pas nouvelles et plusieurs réformes ont tenté d'y répondre. Pour les juges « ordinaires » des tribunaux et des cours d'appel jugeant les affaires civiles et pénales, un équilibre a été lentement trouvé avec un système de nomination fondé sur le recrutement par concours et la nomination validée par un conseil supérieur de la magistrature distincte de l'exécutif auquel on a par ailleurs confié la responsabilité de proposer lui-même la nomination des plus hauts magistrats. Reste l'épine des nominations des magistrats du Parquet et de leur dépendance hiérarchique au garde des Sceaux, mais également la possibilité de faire et défaire les carrières entre les mains du pouvoir politique. Pour les juges des juridictions administratives, moins sous le feu des médias, il existe un système mixte basé sur le recrutement par concours complété par la possibilité de nominations au Conseil d'État, juridiction collégiale, à l'initiative du gouvernement. En ce qui concerne les membres du Conseil Constitutionnel, de manière assez étonnante et peu satisfaisante, le seul critère est celui du choix opéré respectivement par le président de la République et les présidents du Sénat et de l'Assemblée nationale.

« On perçoit immédiatement les vertus et les imperfections de ces dispositifs »

La réforme constitutionnelle initiée en 2018 par le président de la République, mais non aboutie à ce jour, a prévu de priver les anciens présidents de la République de leur qualité de membres de droit à vie, à laquelle les deux anciens présidents encore en vie ont toutefois renoncé. Encore faut-il que les propositions de nomination faites par les présidents de chaque assemblée soient soumises pour avis à la commission des lois de l'assemblée concernée. Les projets de nomination formés par le président de la République sont soumis à l'avis de ces deux commissions et il ne peut être procédé à la nomination lorsque l'addition des votes négatifs dans chaque commission représente au moins trois cinquièmes des suffrages exprimés au sein des deux commissions.

On perçoit immédiatement les vertus et les imperfections de ces dispositifs : l'intervention dans chaque procédure de nomination d'un organe distinct du gouvernement est un indéniable progrès pour garantir l'indépendance et l'impartialité du juge. Mais dans le même temps, l'existence même d'un organe distinct du gouvernement comporte mécaniquement le risque de voir se reporter sur lui un soupçon comparable mais d'une autre nature (influence corporatiste ou politique). On pourrait multiplier à l'infini ces filtres, conseils ou autres commissions, ce défaut ne pourrait être totalement écarté. Faute de pouvoir résoudre ce problème, on ne peut donc que le diluer. Dilution dans la collégialité des décisions, dans le double degré de juridiction pour la justice du quotidien. Pour la justice constitutionnelle, dilution au moyen du choix de profils de juges marqués, devrait-on l'espérer, par la richesse de l'expérience et des parcours professionnels et personnels aboutis, réduisant pour les impétrants la tentation d'espérer obtenir ensuite autre chose (sauf la grand-croix de la Légion d'honneur s'ils ne l'ont déjà, aurait malicieusement ajouté Clemenceau).

CHANGER DE STRUCTURE

Cette élévation des standards de nomination des juges est une constante dans les démocraties occidentales. La France n'y fait pas exception, même si notre système doit être largement amélioré en renforçant par exemple le poids du contrôle parlementaire des nominations au Conseil Constitutionnel (actuellement le simple avis ou le rejet par trois cinquièmes de votes des commissions parlementaires pourraient sembler trop peu exigeants). De même on pourrait imaginer d'unifier des règles déontologiques actuellement disparates : les membres du Conseil Constitutionnel ne sont, par exemple, pas soumis à certaines obligations déclaratives auxquelles d'autres juges de rang inférieur ou même certains hauts fonctionnaires sont soumis. Qu'on songe enfin un instant aux modalités de nomination des membres de la cour suprême des États-Unis ! Mais nos voisins allemands et espagnols sont plus rigoureux sur le choix de juges expérimentés et surtout n'ayant pas de liens avec l'exercice du pouvoir passé ou présent. C'est un enjeu éthique et démocratique surtout au moment où les politiques critiquent la politisation des magistrats ou le fameux « gouvernement des juges », il semble en être les premiers acteurs.

Dans une lecture institutionnelle, le train de nominations qui vient d'intervenir pour renouveler le tiers des membres du Conseil Constitutionnel pourrait surtout être l'occasion de s'interroger sur l'architecture de notre système judiciaire supérieur : trois juridictions supérieures (Conseil Constitutionnel, Conseil d'État, Cour de cassation), trois catégories de juges, trois statuts et trois modes de nomination... pour une mission unique : assurer l'interprétation et l'application unifiées du droit.

« Ne serait-il pas temps de remettre de l'ordre dans cette architecture complexe ? »

Encore une singularité française qui conserve deux ordres de juridictions administrative et judiciaire. Cette mission se décompose en segments très subtils : le Conseil Constitutionnel veille à la conformité des traités internationaux avec la Constitution, mais ce sont le Conseil d'État et la Cour de cassation qui sont chargés de l'application des traités en cas de conflit avec une loi nationale. Dans le même temps, s'ils doutent de la conformité d'une loi avec la Constitution, le Conseil d'État et la cour de cassation peuvent saisir le Conseil Constitutionnel d'une question prioritaire de constitutionnalité, avant même de s'interroger sur l'application directe des traités internationaux. En parallèle, les juridictions européennes entendent marquer leur prééminence dans l'ordre juridique interne... en réinterprétant des principes généraux issus pour la plupart des préambules de nos propres constitutions...

Cette architecture, qui donne des sueurs froides aux étudiants et réjouit les professeurs de droit, a dans un premier temps, contribué à l'édification et à la solidité de notre état de droit. Mais au regard de la montée en puissance de la justice européenne, ce que l'on qualifie de dialogue des juges entre juridictions supérieures nationales et justice européenne tourne désormais à la polyphonie et même parfois à la confusion : aux trois juridictions suprêmes françaises, qui peinent parfois déjà à dialoguer entre elles, s'ajoutent les deux juridictions européennes (Cour de Justice de l'UE et Cour européenne des droits de l'homme). Ne serait-il pas temps de remettre de l'ordre dans cette architecture complexe ? La fusion, dans une cour suprême unique, des fonctions exercées par le Conseil Constitutionnel, la Cour de cassation et le Conseil d'État permettrait l'édification d'une véritable jurisprudence nationale. Elle permettrait également de mêler les légitimités propres à chaque catégorie de

juges, chacune de ces différentes légitimités, technique, démocratique et politique se renforçant mutuellement au sein d'une cour suprême reflétant la vie et l'unité de la nation.

8 mars (The Economist)

<https://www.economist.com/by-invitation/malala-yousafzai-international-womens-day-girls-education>

[By Invitation](#) | International Women's Day

Malala Yousafzai explains why girls must be free to learn—and to lead

The Nobel peace-prize laureate is [By Invitation](#)'s first guest editor. She introduces her series on girls' education



Mar 8th 2022

YOUNG WOMEN want equal access to education. We want leaders to invest in our future. We also want our perspectives to inform the plans and policies that affect us. In honour of International Women's Day, I'm excited to collaborate with The Economist to expand my work to amplify young women's voices as [By Invitation](#)'s first guest editor.

I have invited four young women to each contribute a guest essay to [By Invitation](#) on issues that are deeply connected to girls' education: conflict, climate, digital inclusion and discrimination. [Freshta Karim](#), an Afghan women's rights activist, writes about her experience fleeing her home and about the future for Afghanistan's women and girls. [Kiara Nirghin](#), an inventor from South Africa, considers how the pandemic has widened gender gaps in science and the value of getting more girls involved in technical subjects. [TK Saccoh](#), an anti-colourism advocate from Sierra Leone, reflects on the ways in which racism and gender discrimination affect girls' learning and how teachers can help. [Vanessa Nakate](#), a climate activist from Uganda, calls for an inclusive approach to discussing, teaching and legislating on global environmental issues.

I've worked with each of these young experts before. They are friends or advisers, or have written for [Assembly](#), a digital publication and newsletter from my organisation Malala Fund. On [Assembly](#), girls share stories of their lives and offer analysis on topics they care about, from climate change and racial justice to inclusive feminism and mental health. I believe the world should hear more from these girls and young women, and give them bigger platforms to speak out.

Young women know all too well how the world fails them. From schools in Nigeria to refugee camps in Iraq or arts workshops in Brazil, the girls I meet around the world always share insightful personal stories and astute critiques of power that inform and influence my campaign for girls' education through Malala Fund. The essays in my guest series demonstrate that. I hope you will reflect on their perspectives, share them and heed their calls to action. I hope they remind you of what girls and women can contribute when given the tools to succeed—and why we must find a way to ensure every girl can complete 12 years of free, safe and quality education.

In the 25 years since the Beijing Declaration, a landmark UN framework for achieving gender equality, momentum for the rights of women and girls has stalled. Nearly 130m girls are out of school, and I fear we are moving further away from a solution. The pandemic, climate change, racism and inequality are

exacerbating the problems girls face. This is ushering in an emergency when it comes to their education. But there is little urgency on these issues.

Since the pandemic started, two-thirds of low-income and lower-middle-income countries have cut education spending. Malala Fund estimates that if dropout rates across these countries increase in the same way as they did in Sierra Leone in the 2014-15 Ebola epidemic, the pandemic could force almost 20m girls aged between 11 and 18 out of school.

Some girls leave school to care for sick loved ones and manage household responsibilities. Others, trying to ease their families' financial burdens, take low-paying, insecure jobs. There are also girls who get pregnant or marry too young. Some education systems are so underfunded that schools are unable to facilitate remote learning using video-calling platforms. In many places, girls can't learn from home when schools shut anyway as local gender norms limit their access to technology. A pandemic-response survey Malala Fund conducted in marginalised, low-income communities in Pakistan found that, although access to smartphones was fairly high (60%), girls were almost 40% more likely than boys to say that they never have access to a mobile device. Many of these girls reported being too scared to ask.

This often happens in times of crisis. Governments divert attention and funding away from critical services, such as education, to respond to emergencies. But failing to invest in education only exacerbates and extends these crises. We see this in Afghanistan, where the Taliban has imposed a de facto ban on secondary school for girls. In response to its takeover, high-income countries have cut aid and frozen the country's assets. With so many people starving and out of work or school, donor countries must increase humanitarian aid, and ensure it supports the education system, too. Young Afghans are not going to be able to help create a future that is peaceful, democratic and sustainable without quality education.

There is also a clear link between climate change and girls' education. Severe storms or flooding can destroy schools. Droughts can mean school bathrooms lack running water, which makes girls more likely to miss school when they are on their periods. By 2025 climate change will be a contributing factor in preventing at least 12.5m girls from completing their education each year—unless urgent climate action is taken now.

The biggest barrier of all is funding. In 2019, 24 low-income and lower-middle-income countries spent more on outstanding debts than on education. Covid-19 has increased pressures for many countries, limiting government spending on education and on welfare programmes. If the international community works to reduce the debt service burden of lower-income countries owed to private lenders and other governments—set to increase from between \$700bn-1trn per year to \$2.6trn-3.4trn per year owing to the pandemic—it could free up countries' own resources to invest more in education.

When my father and I started Malala Fund we knew that accelerating progress for girls' education would be a collective effort. Our model at Malala Fund was built with this in mind. We understood that local teachers, administrators and activists provide the great insight, innovation and energy needed to remove the barriers that keep girls out of school. A global movement for girls' education will require all of us to take some initiative and seek diverse perspectives. There's always more to learn from those with direct experiences. I hope more leaders recognise the limits of their experience and start seeking out girls' viewpoints.

Girls know how these various global issues affect their lives and their education. That's why, whether it's through public awareness, fundraising or community organising, girls are—in big and small ways—finding ways to fill the gaps that leaders overlook.

I often feel this work is well received. When young women speak up, we're brave. When we succeed, we're inspiring. Yet our voices, though louder and more lauded than ever, remain sidelined. Our youth and enthusiasm get more attention than our expertise. And it's rare for leaders to offer substantive responses to our demands.

If we want to live in a more equal future, leaders must prioritise quality education. It prepares students to secure future jobs, think critically, solve problems and advocate for themselves. Educating young women can also help to prevent wars, mitigate the effects of climate change and make economies grow. By offering

12 years of quality education to every girl, lifetime earnings for women could increase by between \$15trn and \$30trn, according to research by the World Bank and Malala Fund. Women with a primary education earn up to 19% more than those with none; those with a secondary education earn almost twice as much.

The world puts a lot of pressure on young women's shoulders. We put pressure on ourselves to fight for our futures, too. Right now it feels like no one else will. But it is not girls' sole responsibility to do so. We should all work together for a safer, more equal world. So despite the odds, we are trying our best. Will you?

Malala Yousafzai is a girls' education activist and the co-founder and board chair of Malala Fund. In 2014, she received the Nobel peace prize in recognition of her efforts to see every girl complete 12 years of free, safe, quality education.

8 mars (Le Point)

https://www.lemonde.fr/international/article/2022/03/07/guerre-en-ukraine-nous-nous-croyions-en-russie-nous-nous-sommes-reveilles-en-urss_6116475_3210.html

YUSUF SEVINÇLI POUR « LE MONDE »

Guerre en Ukraine : « Nous nous croyions en Russie, nous nous sommes réveillés en URSS »



Par [Marie Jégo](#) (Istanbul, correspondante)

Publié hier à 13h00, mis à jour hier à 18h07

FACTUEL De nombreux journalistes et Moscovites ont fui la Russie par avion, direction Istanbul, en Turquie.

Son téléphone portable et un minuscule sac à dos, c'est tout ce qu'Edouard Bourmistrov, 23 ans, a pu emporter avec lui lorsqu'il a quitté Moscou pour embarquer sur un vol en direction d'Istanbul, mercredi 2 mars. « *Je n'ai même pas eu le temps de prendre mon ordinateur* », se désole le jeune journaliste, qui travaillait jusqu'ici pour la chaîne indépendante en ligne Dojd, interdite par le Kremlin. Fuir la Russie de Poutine, sa guerre féroce contre l'Ukraine, sa répression brutale contre les médias indépendants, était, pour lui et ses collègues, « *une priorité absolue* ».

Il fallait faire vite, l'espace aérien se refermait, les vols vers Istanbul ou Dubaï, les seules destinations encore ouvertes, étaient pris d'assaut, « *les prix des billets grimpaient d'heure en heure* » et le nouveau tour de vis imposé par Poutine en interne « *ne laissait rien présager de bon* ».

Contrôles du FSB à l'aéroport

A l'aéroport de Moscou, « *des représentants du FSB [police politique russe] étaient présents à l'embarquement, aux côtés de l'hôtesse qui déchire les billets. Quelques passagers ont été sortis de la file pour être interrogés dans une pièce à part. D'autres ont eu leur portable scruté. Les policiers ont regardé de près leurs profils sur les réseaux sociaux et aussi les numéros ukrainiens enregistrés dans leurs carnets d'adresses...* », raconte Dmitri Varlamov, un collègue d'Edouard à Dojd, fraîchement arrivé à Istanbul lui aussi.

Rester à Moscou, c'était risquer la prison. Adoptée récemment, une loi orwellienne punit lourdement, jusqu'à quinze ans de prison, tous ceux qui diffusent « *des informations mensongères* » sur « *l'opération spéciale* » de l'armée russe en Ukraine, que le président Poutine interdit de qualifier de « *guerre* ». Pour avoir refusé d'effacer de leurs sites les mots « *guerre* », « *bombardements de villes* » ou encore « *pertes civiles* », sans parler des pertes militaires, sujet tabou s'il en est, les rares médias russes indépendants, Dojd,

Meduza, BBC, Deutsche Welle, Nastoïachtchee Vremia et la radio Echo de Moscou, ont vu leurs sites et leurs antennes bloqués à la demande du parquet, lundi 1^{er} mars.

Dans la soirée, alors que toute la rédaction de Dojd était réunie pour décider de ce qu'il convenait de faire, le garde de sécurité de l'immeuble a été averti par téléphone d'une intervention imminente des commandos spéciaux de la police, connus pour leur brutalité. « *Nous savions qu'ils risquaient de saccager nos bureaux et de nous arrêter alors nous avons fui sans demander notre reste, en laissant derrière nous, qui son ordinateur, qui son manteau* », raconte Dmitri.

Une centaine de journalistes et d'employés de la chaîne se sont alors regroupés dans la rue. Ils ont décidé de quitter le pays au plus vite, sans repasser par la rédaction. « *En l'espace de quelques jours, l'atmosphère avait changé du tout au tout. Nous nous croyions en Russie, nous nous sommes réveillés en URSS* », résume Mikhaïl Cheveliov, 23 ans, arrivé à Istanbul le 2 mars. Lui et ses collègues craignaient non seulement d'être arrêtés, mais aussi d'être enrôlés de force pour aller faire la guerre en Ukraine.

Les pertes sont désormais tellement élevées côté russe, où des jeunes appelés inexpérimentés meurent chaque jour par centaines, comme l'a dénoncé publiquement la sénatrice Lioudmila Narousova, la veuve de l'ancien maire de Saint-Pétersbourg Anatoli Sobtchak, qu'une mobilisation générale ne peut être exclue. « *Poutine a démenti, mais peut-on le croire ?* », interroge Dmitri.

« Je vais déchirer mon passeport russe »

Heureusement, la Turquie n'exige pas de visa pour les ressortissants russes. Mais aux difficultés de l'exil au quotidien – où loger ? comment s'adapter ? que faire pour gagner sa vie ? – s'en est ajoutée une autre : samedi 5 mars, leurs cartes de crédit, émises par des banques russes, ont cessé de fonctionner. Ce jour-là, les géants des cartes bancaires Visa et Mastercard ont décidé de suspendre leurs opérations avec la Russie à cause de la guerre impitoyable menée par Poutine contre l'Ukraine. Les cartes russes ne fonctionnent plus à l'étranger, les cartes étrangères ne marchent plus en Russie.

« *Quelle tuile, c'est la totale !* », plaisante Dmitri. Comme il parle couramment le mandarin, il envisage d'aller travailler en Chine, car, selon lui, « *même si la guerre s'arrête demain, les dégâts infligés à la Russie sont tels que nous, les jeunes, n'y avons plus aucun avenir. Il faudra des décennies pour réparer le mal fait par Poutine* ».

Arrivée à Istanbul il y a quelques jours avec sa petite amie et son chat Sakharov, la metteuse en scène de théâtre Olga Proskournina assure qu'elle ne remettra jamais plus un pied en Russie. « *Je vais déchirer mon passeport russe* », assure-t-elle avec des sanglots dans la voix. Née à Kryvyï-Rih, dans la partie russophone et industrielle de l'Ukraine, elle a encore toute sa famille là-bas. « *Ma mère, ma sœur, son mari et leurs enfants vivent en ce moment entassés dans un sous-sol. Malade, ma mère n'a plus accès à ses médicaments. Je me demande si je la reverrai un jour...* »

Atmosphère « trop oppressante »

Olga a quitté Moscou à cause de « *l'atmosphère* », devenue « *trop oppressante* ». Dans son immeuble, la concierge avait commencé à surveiller les locataires de près, les arrêtant pour leur expliquer la finalité ultime de l'invasion russe. « *Elle a retiré les affichettes "Non à la guerre" que nous avions collées dans l'entrée et elle s'est mis en tête de justifier la guerre à la façon de Poutine, à savoir que la Russie n'avait pas d'autre choix que d'envahir l'Ukraine* », raconte la jeune femme.

Autre déconvenue, le local où elle présentait habituellement ses spectacles à Moscou, un ancien abri antiaérien, a été fermé sur ordre des autorités municipales. « *Il s'agissait d'une décision administrative et non politique, mais cette fermeture et la folie meurtrière russe en Ukraine m'ont décidée à partir* », précise-t-elle.

Sa toute dernière pièce sera bientôt jouée au Monténégro, puis en France. Intitulé *Le Correspondant*, le spectacle raconte les échanges épistolaires entre Mariette Boncompain, une Française compassionnelle, et Carl Wayne Buntion, un prisonnier texan condamné à mort pour le meurtre d'un policier. De la Russie, elle ne veut plus entendre parler. « *Je vais demander un passeport ukrainien.* » L'avion qui l'a emmenée de Moscou à Istanbul via Tachkent en Ouzbékistan était rempli de Moscovites, en majorité des jeunes gens, mais aussi des familles, avec enfants, chats, chiens, perroquets... « *Qui sait s'ils reviendront ?* »

8 mars (Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/international/en-ukraine-les-femmes-mobilisees-sur-tous-les-fronts-20220307>

Les femmes mobilisées sur tous les fronts

Marchaud, Clara

DANS la petite ville de Solonka, près de Lviv dans l'ouest de l'Ukraine, Anastasia Pasko tient maladroitement un fusil kalachnikov. Elle s'est parée d'un peu de maquillage sur ses traits tirés, d'un sourire et, surtout, de beaucoup de concentration. Il y a quelques jours encore, cette étudiante de 18 ans n'avait jamais touché une arme de sa vie. « *Là, tu enlèves la sécurité, puis tu recharges* », lui explique Mykola Pavlovsky, le militaire instructeur en charge de cet entraînement pour civils. « *C'est ma première fois. Ce n'est pas très compliqué, et puis je veux avoir cette compétence* », sourit Anastasia. Comme de nombreuses femmes ukrainiennes, elle est prête à prendre les armes. « *Pour défendre ma maison, si les Russes viennent jusqu'ici* », précise-t-elle, même si elle espère ne jamais avoir à le faire. Si la région a été pour l'instant relativement épargnée par les bombardements russes, tout le monde, les femmes comme les hommes, se prépare à ce que la guerre arrive jusqu'ici.

« *Si en Russie seules les forces armées sont concernées par le combat, en Ukraine, toute la société est entraînée dans la guerre, donc les femmes ont forcément un rôle fort* », analyse Anna Colin Lebedev, sociologue dont le travail se focalise sur les sociétés post-soviétiques.

Depuis quelques jours, les adieux déchirants dans les gares du pays se multiplient. Alors que les hommes restent - ils ne peuvent pas quitter le pays, car ils sont mobilisables - les femmes s'en vont mettre les enfants à l'abri à l'Ouest, à la campagne ou encore à l'étranger. « *Il reste l'idée dans la société qu'il ne faut pas sacrifier ce qui fait le cœur de leur identité en tant que femme, à savoir le soin aux faibles et aux enfants* », ajoute la chercheuse. De nombreuses Ukrainiennes se portent volontaires pour collecter des vêtements, de la nourriture, des médicaments ou encore de l'équipement pour l'armée ou les déplacés, comme ce fut le cas lors de la révolution de Maïdan en 2014 ou de la guerre dans le Donbass. Mais beaucoup participent également au cœur de l'effort de guerre et de la résistance.

Ioulia Chafranska regarde avec amusement Anastasia, Mykola et leurs armes non chargées. La trentenaire travaille dans la collectivité locale de Solonka et organise des entraînements pour les civils avec l'aide des militaires locaux. « *Tous les gens du coin sont prêts à défendre leur terre : les hommes, les femmes et même les enfants* », assure Ioulia, en précisant que ceux qui s'entraînent aujourd'hui le font avec l'autorisation des parents. « *Il faut que les civils sachent comment agir, comment se défendre, au cas où par malheur les Russes arriveraient jusqu'ici* », affirme Ioulia Chafranska. Depuis le début de la guerre, plusieurs centaines de personnes viennent chaque jour pour apprendre à manier des armes... Et notamment des femmes qui n'ont pas l'obligation de faire de service militaire en Ukraine. Elles sont aujourd'hui une poignée à Solonka et, comme Anastasia, elles sont souvent très jeunes.

Un rôle vital

Depuis huit ans, dans le Donbass, les femmes jouent un rôle vital dans la guerre contre la Russie, même si leur fonction dans les combats a parfois été minimisée voire invisibilisée. Début 2021, il y avait 57 000 femmes dans les forces armées ukrainiennes, soit 22,8 % des effectifs, selon le ministère de la Défense. Le taux est beaucoup plus élevé que celui des pays voisins : l'armée russe compte par exemple 4 % de femmes. L'armée française, l'une des plus féminisées du monde, compte seulement 15 % de femmes.

Kateryna n'avait que 17 ans quand la guerre a éclaté. Aujourd'hui, la jeune femme de 25 ans, qui n'a pas souhaité donner son nom de famille pour des raisons de sécurité, patrouille dans Kiev, au milieu des batailles. Avant le début de l'offensive russe du 24 février, la jeune femme avait déjà passé deux ans dans un bataillon de secouristes volontaires puis un an et demi dans le domaine de la communication de l'armée. « *En ce moment, en tant que secouriste, je reste dans un endroit sécurisé, parce que le personnel médical doit rester vivant. Si un secouriste meurt, dix militaires meurent potentiellement parce que personne ne pourra aller les sauver* », raconte-t-elle par téléphone.

Les premiers jours de la guerre étaient « *effrayants* », ajoute-t-elle, avouant être encore sous le choc. « *Au début tu ne sais pas quoi faire : les missiles, les avions, les bombardements... Ça fait peur. Mais après tu construis ta forteresse, tu t'unis avec les tiens et il n'y a plus de place pour la peur.* » Femme ou homme, tous les Ukrainiens doivent défendre leur pays, estime-t-elle. « *Je connais ma place, je sais quoi faire et comment réagir.* »

Ziviler Widerstand in Ukraine : „Verpissst Euch! Geht nach Hause!“

- Von [Sofia Dreisbach](#)
- -Aktualisiert am 07.03.2022-21:22



Widerstand: Ein Ukrainer auf einem russischen Panzer nahe Mykolajiw Bild: Laif

Mitten im Krieg protestieren Tausende Ukrainer in besetzten Städten gegen die russischen Truppen – manch einer in Jogginghose und Schlappen. Die Menschen entlarven das russische Narrativ der „Befreiung“ als Lüge.

Aus den ersten zwölf Tagen des Krieges gibt es zahllose Beispiele dafür, in welcher unmittelbarer Gefahr Ukrainerinnen und Ukrainer dieser Tage leben. Foto- und Videoaufnahmen zeigen sterbende Kinder in den Armen ihrer verzweiferten Eltern, auf der Flucht getötete Familien, zerbombte Wohnhäuser, Schulen und Kliniken, zerstörte Autos. Sie sind Zeugnis bewusster Angriffe auf Zivilisten durch die russischen Truppen.

Und doch stellt sich die ukrainische Bevölkerung dieser Tage immer wieder friedlich gegen die Invasoren. Auch hier scheinen die russischen Besatzer die Ukrainer unterschätzt zu haben. Scheinbar überall schlagen ihnen Abneigung und Wut entgegen, auch dort, wo mehrheitlich russischsprachige Ukrainer leben. Mitten im Krieg noch gehen die Menschen gegen die Invasoren auf die Straße.

Zum Symbol ist etwa ein Mann in roter Jogginghose und mit Schlappen an den Füßen geworden. Ein verwackeltes Handyvideo zeigt ihn am Samstag, wie er in Melitopol an der Spitze eines Protestzugs gegen die Besatzer läuft. Vor ihm fünf russische Soldaten in voller Kampfmontur, die Warnschüsse abgeben. Die Menschen rufen „Verpissst Euch! Geht nach Hause!“ Die Soldaten weichen Schritt für Schritt zurück.

„Wir müssen nach draußen gehen!“

Russische Einheiten hatten die Stadt mit 150.000 Einwohnern im Südosten der Ukraine vor rund einer Woche eingenommen. Schon vor dem symbolhaften Auftritt des Mannes in der roten Hose dokumentierten Videos zivilen Ungehorsam der Einwohner gegen die Besatzer: Wie sie etwa auf der Straße Militärkolonnen blockieren – ein Mann hat sich quer über die Fahrbahn gelegt – oder mit der blau-gelben Flagge der Ukraine durch die Straßen ziehen.

Präsident [Wolodymyr Selenskyj](#) hob Melitopol in einer Ansprache am Wochenende namentlich hervor, als es um den Widerstand gegen die russischen Truppen ging: „Wir müssen nach draußen gehen!“, sagte Selenskyj in der Videobotschaft, wie in Cherson, Berdjansk oder Melitopol, „und dieses Übel aus unseren Städten vertreiben“. „Jeder Meter unseres ukrainischen Bodens, den wir durch Proteste und die Erniedrigung unserer Besatzer zurückgewonnen haben, ist ein Schritt nach vorn in Richtung Sieg.“ Aus Selenskyj, dem

Präsidenten, der viele Hoffnungen enttäuscht hatte, ist im Krieg der Mann geworden, von dessen Worten viele Ukrainer zehren. Immer wieder ruft er sein Volk auf, weiter zu kämpfen, immer wieder zeigt er sich demonstrativ nahbar, auch wenn er selbst als wahrscheinliches Ziel des russischen Geheimdiensts gilt.

Mit dem zivilen Widerstand sprechen die Ukrainer auch dem russischen Narrativ zur Rechtfertigung des Angriffs Hohn: der „speziellen Militäroperation“, mit der die ukrainische Bevölkerung von „Nazis“ befreit werde. In Cherson, der ersten vollständig besetzten ukrainischen Großstadt, hatten die Besatzer besondere Vorkehrungen getroffen: russische Fernsehsender installiert, Bewohner der Krim in die Stadt gebracht, die ihren Dank für die „Befreiung“ demonstrieren sollten, und ein Konzert organisiert, das parallel zu der Verteilung von Hilfsgütern stattfinden sollte. Doch statt Dankbarkeit schlug den russischen Truppen Zorn und Hass entgegen. Hunderte gehen seit dem Wochenende mit Ukraine-Flaggen auf die Straße, um gegen den Einmarsch zu demonstrieren; am Montag gaben russische Soldaten Warnschüsse in die Luft ab.

Auf einem Video vom Samstag ist zu sehen, wie Einwohner von Cherson die Hilfslieferungen ablehnen. Russische Soldaten stehen vor zwei Lastwagen, ein Ukrainer ruft: „Wer braucht etwas von den Besatzern? Wer braucht Essen von ihnen?“ Die Menge auf der anderen Straßenseite schreit ihr Nein herüber. „Russisches Kriegsschiff“, ruft ein Mann, und die Menge antwortet: „Fick dich!“ Diese Zeile ist zu einem Kampfruf des Widerstands geworden, nachdem ukrainische Soldaten die russischen Invasoren auf der Schlangeninsel mit diesen Beleidigungen empfangen hatten. Erst hieß es, die Verteidiger seien daraufhin alle getötet worden; später meldete die ukrainische Flotte, sie seien gefangengenommen.

Nicht immer sind die Aufnahmen zweifelsfrei zu verifizieren, häufig gibt es jedoch ähnliche Videos aus verschiedenen Winkeln, die eine Szene oder Augenzeugenberichte bestätigen. Außerdem lassen sich Städte etwa an bestimmten Plätzen im Zentrum identifizieren, angeblich russische Militärfahrzeuge sich durch Symbole zuordnen.

Wie gefährlich der zivile Widerstand sein kann, zeigte sich am Sonntag in Nowa Kachowka. Die Stadt liegt rund siebzig Kilometer den Dnipro flussaufwärts von Cherson. Von dort gab es zum ersten Mal Berichte darüber, dass russische Soldaten Gewalt anwenden, um die Demonstranten auseinanderzutreiben. Die ukrainische Nachrichtenagentur Interfax berichtete, dass auf die Protestierenden geschossen worden sei und Lärm- und Blendgranaten eingesetzt worden seien. Unter Berufung auf einen Augenzeugen berichtete sie von fünf Verletzten.

Einige Beobachter warnen davor, es sei nur eine Frage der Zeit, bis die russischen Soldaten angesichts der offenen Provokationen die Nerven verlören. Auch am Montag sind auf einem Video von Protesten in Tschaplinka im Gebiet Cherson Schüsse zu hören. Dort demonstrierten nach Angaben lokaler Medien 3000 Menschen.

Es ist nicht selbstverständlich, dass die Proteste von ukrainischer Seite aus friedlich bleiben. Die Nachrichten über die grausamen Angriffe auf die Zivilbevölkerung dürften sich, auch wenn teilweise das Mobilfunknetz und der Fernsehempfang gestört sind, längst verbreitet haben. Und auch das ukrainische Verteidigungsministerium hatte gleich zu Beginn des Krieges etwa eine Anleitung zum Bau von Molotow-Cocktails veröffentlicht – mit einer Grafik, wo sie russische Panzer am wirksamsten trafen. Für die ukrainische Bevölkerung sind die Bilder der Protestaktionen auch für die Moral wichtig. Sie werden in den sozialen Netzwerken laufend geteilt, bilden einen Gegensatz zu der Flut an Schreckensnachrichten, die nach wie vor aus allen Ecken des Landes kommen: Wo es irgend möglich ist, trotzen die Ukrainer der Invasion. Ohne Gewalt – und mit Humor.

In den sozialen Netzwerken kursieren mehrere Videos, auf denen russische Militärfahrzeuge unter dem Jubel der Zuschauer von Traktoren abgeschleppt werden. Eine Szene stammt aus dem Gebiet Charkiw in der Ostukraine. „Wir haben es geschafft!“, ruft der Mann, der filmt, in die Kamera. Nach einem Schwenk über verschneite Äcker zeigt das Video sieben Männer, offensichtlich Ukrainer, die auf einem offenbar russischen Panzer sitzen. Sie recken die Fäuste, lachen und johlen: „Es lebe die Ukraine!“ Der ukrainische Internetsender Hromadske kommentiert am Montag das Video zweier Traktoren auf Twitter, die ein russisches Militärfahrzeug abschleppen: „Es sieht aus, als könnte unser Bauernverband nach dem Krieg ein eigenständiges Mitglied der NATO werden.“

Präsident Selenskyj selbst beweist immer wieder, dass es für Stiche gegen die russischen Invasoren nicht unbedingt der Gewalt bedarf. Am Wochenende ließen Videoaufnahmen des russischen Präsidenten Wladimir Putin vermuten, dass dieser eine Rede in einem Raum voller Flugbegleiterinnen tatsächlich nur vor einem Greenscreen gehalten haben könnte. Auf einer Aufnahme wischt er mit der Hand durch das Mikrofon, und auch in der gläsernen Teekanne spiegelt sich ein leerer Raum. Selenskyj jedenfalls beendete seine Rede am Samstagabend mit den Worten „Es lebe die Ukraine“ – und schob dann mit der Hand sein Mikrofon zur Seite.

7 mars (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/monde/pascal-bruckner-les-europeens-prenaient-la-paix-pour-la-norme-elle-n-etait-qu-une-exception-20220307>

lundi 7 mars 2022 - 20:10 UTC +01:00 2250 mots

Vox ; Vox Monde

Pascal Bruckner:

«Les Européens prenaient la paix pour la norme, elle n'était qu'une exception»

BRUCKNER, PASCAL, Devecchio, Alexandre

GRAND ENTRETIEN - Après le retrait américain, symbolisé par la débâcle de Kaboul, la violence du maître du Kremlin a poussé, contre toute attente, les nations européennes à réagir promptement et à assumer un rapport de force. L'intellectuel voit dans ce revirement des Européens un motif d'espoir.

L'auteur de l'essai *Le Sanglot de l'homme blanc* et de *La tyrannie de la pénitence* a longuement exploré la mauvaise conscience des Européens. Dans les décennies qui ont suivi la Seconde Guerre mondiale, l'ouest du Vieux Continent, porté à la repentance et à l'autoculpabilisation, est entré peu à peu dans «l'ère du post»: «La posthistoire, le postnational, le postreligieux», explique-t-il. Le philosophe voit dans l'invasion de l'Ukraine par la Russie l'événement historique qui met brutalement un terme à ces illusions.

LE FIGARO. - Après l'invasion de l'Ukraine par la Russie, l'Union européenne a réagi par des sanctions fortes et la plupart des pays européens, et de façon spectaculaire s'agissant de l'Allemagne, ont décidé d'augmenter leur budget militaire. Est-ce le début de la fin de ce que vous avez appelé, jadis, «le masochisme occidental» dans votre essai *La Tyrannie de la pénitence* ? Qu'entendiez-vous par là?

Pascal BRUCKNER. - La promptitude de la réaction européenne constitue une divine surprise. Le revirement de l'Allemagne est sidérant. Notre voisin, en recréant une armée, va probablement abandonner la malédiction métaphysique qui l'accablait depuis 1945. Il a fallu la sottise crasse de Vladimir Poutine pour que se produise ce miracle, cet événement historique stupéfiant, l'Europe unie comme un seul homme. Et ce miracle s'incarne dans un petit saltimbanque juif, devenu le nouveau Churchill du Vieux Monde: Volodymyr Zelensky, dont une partie de la famille est morte dans les camps et la vie menacée chaque jour par les tueurs du Kremlin.

Pour nous qui gardons la mémoire vive de l'Occupation, la résistance ukrainienne à Kharkiv, Kiev, Marioupol rappelle le soulèvement de la France en 1944. Poutine, comme avant lui Milosevic en Serbie, pratique l'inversion rhétorique: présenter les bourreaux comme des victimes et les victimes comme des bourreaux. Le fascisme de nos jours est antifasciste dans sa sémantique, vertigineuse supercherie. Afin de mesurer l'énormité de ce que nous vivons, il faut se souvenir que l'Europe contemporaine n'est pas née, comme les États-Unis, d'un serment collectif: tout est possible. Elle est née d'un autre serment: plus jamais ça. Plus de destructions de villes, d'épurations ethniques. Mais cette sagesse négative ne vaut que pour nous et la démocratie européenne a longtemps évoqué cette convalescence que des peuples jadis trop turbulents s'imposent après avoir perdu le goût des batailles. Assoupi par un demi-siècle de sécurité, nous nous sommes raconté un conte de fées jusqu'à ce que les attentats du 11 Septembre viennent mettre un terme à notre engourdissement. Nous avons pris la paix postérieure à 1945 pour la norme au lieu de la voir comme une longue exception. La parenthèse est fermée. Le réveil est effroyable.

Les Ukrainiens nous donnent-ils une leçon de courage et de patriotisme? Ce conflit peut-il être synonyme de sursaut pour l'Europe?

Trop longtemps, l'Europe a cessé de croire au mal, sinon dans son propre passé. Elle ne connaissait que des malentendus à résoudre par la concertation. Elle se voulait la dépositaire universelle et apostolique de la barbarie: elle seule avait commis des crimes et devait en répondre, inlassablement. L'Histoire était ce cauchemar dont nous étions ressortis, à grand-peine, une première fois en 1945, une seconde après la chute du Mur. Nous nous calfeutrions contre ce poison à coups de règles, de normes, de procédures, en nous offrant comme modèle de raison sur lequel tous les continents devraient s'aligner.

Après 1989, l'Europe de l'Ouest entra avec ferveur dans l'ère du post: la posthistoire, le postnational, le postreligieux. Les nations étaient une forme archaïque de rassemblement des individus, les frontières devaient disparaître et les religions se dissoudre comme une forme de superstition. Le concours du marché et de la démocratie libérale devait assurer paix, prospérité et sécurité. Ce fut la thèse erronée de Francis Fukuyama. Le démenti fut brutal: d'un côté, des millions d'hommes se montraient prêts à mourir pour leur dieu, de l'autre, en Europe même, un mouvement populaire clamait haut et fort que les peuples ne veulent pas s'effacer, que les frontières protègent avant de séparer, que l'identité ne relève pas seulement d'une nostalgie mais d'un souci fondamental. C'est la grande leçon de l'Ukraine, qui veut exister simultanément comme nation libre et s'intégrer à l'Union européenne pour ne pas retomber sous la coupe du grand frère moscovite. Quant à la Russie, elle a raté, par la faute de ses élites, sa sortie du communisme et se révèle rétive, pour le moment, à la démocratie. Elle n'est pas et ne sera peut-être jamais européenne.

Ne craignez-vous pas que cette volte-face de l'Union européenne soit passagère?

On peut espérer que ce soit un véritable tournant qui s'explique par plusieurs facteurs structurels: la cascade d'attentats islamistes qui ont endeuillé la France, la guerre contre Daech mais aussi la série de provocations de Moscou contre l'Ukraine en 2014 avec l'annexion de la Crimée et l'insurrection des républiques séparatistes du Donbass. Autre raison fondamentale: la défection américaine. Nous sommes vraiment à front renversé: jusque-là, l'Amérique mobilisait à tort et à travers, prônait un interventionnisme tous azimuts en Afghanistan et en Irak dont on sait les résultats calamiteux.

Si l'Europe semble renouer avec une politique de puissance, les États-Unis apparaissent, en effet, totalement désengagés aujourd'hui. Joe Biden porte-t-il une part de responsabilité dans ce conflit?

La débâcle de Kaboul en août 2021 a été une terrible leçon de choses: Oncle Sam ne veut plus se battre. L'isolationnisme inauguré par Barack Obama, et proclamé haut et fort par Donald Trump, se poursuit avec Joe Biden. Les États-Unis sont usés par trop de guerres perdues. Joe Biden, fatigué et trébuchant sur les mots, me fait penser à Roosevelt malade, à Yalta, face à Staline, et lui cédant trop de territoires. Les va-t-en-guerre d'hier sont devenus pacifistes.

Colosse fanfaron, les États-Unis ont payé très cher depuis vingt ans leur rêve de pieuse simplicité dans le culte de la nation messianique, leur croyance ingénue que tout ce qui est bon pour eux est bon pour la planète. Le shérif est aux abonnés absents. Question taraudante: l'Otan est-elle encore une assurance-vie pour les peuples qu'elle est censée protéger ou une marque désuète tout juste bonne à effrayer les enfants?

Comment expliquez-vous la haine que voue Poutine à l'Occident? Après la chute du mur de Berlin, les Occidentaux n'auraient-ils pas dû faire preuve de davantage de retenue?

Vladimir Poutine est au départ un petit kagébiste à Leipzig: il vit la chute du Mur comme un traumatisme. On se trompe en le décrivant comme un proeuropéen, poussé par nos erreurs dans les bras des Chinois. Le prince Otto de Habsbourg, qui l'a connu dans les années 1990, fit un parallèle entre la carrière de Hitler et celle du futur chef du Kremlin, qu'il qualifia de «*fonctionnaire enragé très dangereux*». Poutine veut punir l'Europe d'avoir provoqué la chute de l'URSS, «*la plus grande catastrophe géopolitique du XXe siècle*», selon lui. Comédien consommé, il a emboîné nombre de diplomates et d'intellectuels en leur servant les discours qu'ils voulaient entendre, allant jusqu'à citer Emmanuel Kant alors que le maître du Kremlin piétine l'Occident face aux Chinois! Son attitude change radicalement après l'intervention au Kosovo et les révolutions de couleur en Géorgie et en Ukraine, qu'il vit comme un encerclement et même un complot occidental. Depuis, il condamne sans relâche notre décadence morale: tous les maux dont souffre la Russie viendraient non du double héritage despotique du tsarisme et du communisme mais de l'Europe corruptrice et de l'Otan satanique. De l'Occident, symbole de la liberté et de l'esprit critique, le maître du Kremlin redoute surtout la contagion démocratique et l'exportation d'un nouveau Maïdan en Russie même.

De son passage au KGB il a gardé un principe fondateur du soviétisme: la stratégie du saucisson, qui permet de découper en tranches avant de les avaler les pays que l'on entend reconquérir: l'Ossétie et l'Abkhazie en Géorgie, la Crimée et la région du Donbass en Ukraine en 2014, la Transnistrie en Moldavie, demain peut-être, si on le laisse faire, le couloir de Suwalki reliant la Biélorussie et l'enclave russe de Kaliningrad, à la frontière de la Pologne et de la Lituanie. Tout cela au nom de l'adage bien connu: «Ce qui est à moi est à moi, ce qui est à vous est toujours négociable». Son agressivité explique les demandes d'adhésion à l'Otan de tous les pays des pourtours: aucun peuple ne peut vivre en sécurité aux frontières de la Russie actuelle sauf à se coucher. L'habileté avec laquelle Poutine a divisé de nombreux pays de l'Union, financé les partis souverainistes, prouve que son but est bien de laver l'affront de 1989. «*Les frontières de la Russie ne se terminent nulle part*», lance-t-il sous forme de boutade le 24 novembre 2016. Les menaces innombrables lancées contre nous, les tentatives d'intervention dans les élections américaines ou françaises, les multiples cyberguerres ont confirmé cette ambition.

Le 29 août 2014, il confie à Bruxelles à José Manuel Barroso, alors président de la Commission européenne, qui fait fuiter l'information: «*Si je veux, je peux être à Kiev en deux semaines.*» Tout était dit et annoncé depuis longtemps. Grand revanchard, Poutine jouit chez nous d'une popularité étonnante. Ceinture noire de judo, son autoritarisme fascine les faibles: il aime parader torse nu à cheval, jouer avec des armes, piloter un bombardier, pratiquer tous les sports. Cette hypervirilité déployée explique le culte dont jouit le Rambo moscovite, de l'extrême droite à l'extrême gauche, prosternées devant ce mâle dominant.

Est-ce simplement le retour de la guerre froide ou allons-nous devoir nous battre sur plusieurs fronts? Quels sont les nouveaux ennemis de l'Occident?

Dans tout affrontement, il faut distinguer l'ennemi principal de l'ennemi secondaire. Vladimir Poutine est aujourd'hui plus dangereux que Recep Erdogan, Daech ou al-Qaida, qui restent des menaces réelles. La position de la Turquie est intéressante: alliée de Moscou en Libye, obsédée par les Kurdes du Rojava et la haine des Arméniens, elle a pourtant condamné l'annexion de la Crimée, livré des drones à Kiev et ferme le détroit du Bosphore aux navires russes. Erdogan rêve toujours de reconstituer l'Empire ottoman, de garder le nord de Chypre et de rétablir le califat sur le monde sunnite.

Profitons de cette rivalité pour enfoncer un coin dans les relations entre Ankara et Moscou et persuadons les Chinois, aussi pragmatiques que cyniques, de ne pas s'allier à un leader égaré, à la tête d'un pays bientôt ruiné. Une course de vitesse est engagée entre les livraisons d'armes massives aux Ukrainiens et la progression des troupes d'occupation. Il faut croire Poutine sur parole quand il nous menace d'une guerre nucléaire. Notre premier devoir vis-à-vis d'un ennemi, c'est de le respecter: il dit ce qu'il fera et il fera ce qu'il dit.

Vous avez été l'un des premiers à dénoncer la menace islamiste. Les troupes tchéchènes, envoyées par Poutine en Ukraine, semblent être mues par un mélange d'islamisme et de panslavisme. Que vous inspire cette hybridation?

L'entrée en guerre des milices tchéchènes du président tueur Kadyrov et leur départ au combat aux cris d'«Allah akbar» font froid dans le dos. Poutine joue sur tous les tableaux de la terreur, pour écraser les Ukrainiens et nous intimider. Il faut continuer à lui parler tout en maintenant un rapport de force assumé.

Vladimir Poutine, c'est la rencontre, en un seul homme, de l'hypocondrie et de la paranoïa, la peur des maladies liée au venin de la rancœur. Mais il n'est pas tant fou que fanatique, persuadé du caractère messianique de la nation russe. D'une certaine façon, il a déjà perdu: il a soudé l'Ukraine et l'Europe, rétabli la légitimité de l'Otan. Il est d'autant plus dangereux qu'il est en train d'échouer et peut nous entraîner dans un chaos sacrificiel. La grande inconnue est l'attitude de nos opinions publiques, par nature versatiles, dont la solidarité inconditionnelle s'effritera devant la hausse des prix et l'afflux des réfugiés. Qui mettra une camisole de force à Poutine? Le cercle de ses proches inquiets de le voir sombrer ou un soulèvement du peuple russe, refusant avec courage de soutenir une guerre fratricide? Ce sont les seules options à même de nous éviter une course à l'abîme.

7 mars (Le Point)

https://www.lepoint.fr/editos-du-point/nicolas-baverez/baverez-la-mondialisation-est-definitivement-morte-07-03-2022-2467186_73.php

Baverez – La mondialisation est définitivement morte

ÉDITO. L'invasion de l'Ukraine par Poutine oblige l'Europe à sortir de son pacifisme béat et à mener une guerre économique pour la survie de ses valeurs.



L'Union européenne demeure le premier partenaire de la Russie avec 37 % des échanges. © GEORGES GOBET/AFP



Par Nicolas Baverez

Publié le 07/03/2022 à 11h00

Nul ne sait aujourd'hui où Vladimir Poutine s'arrêtera. **Mais il est certain que l'agression russe contre l'Ukraine clôt non seulement l'après-guerre froide mais la mondialisation**, qui s'efface devant la constitution de sphères d'influence et la guerre économique.

Les sanctions visant la Russie sont sans précédent, à la hauteur d'une attaque inédite par sa violence, son ampleur et sa duplicité depuis l'entreprise de conquête d'un espace vital par le III^e Reich d'Adolf Hitler. Les mesures arrêtées vont bien au-delà d'un embargo commercial, en visant les dirigeants russes, y compris Vladimir Poutine, les banques et les services financiers exclus du dispositif Swift, le fonds souverain et jusqu'à la Banque centrale de Russie, dont les réserves en devises sont gelées. **Elles font l'objet d'une étroite coordination entre les États-Unis, l'Union européenne, le Royaume-Uni, le Canada, la Suisse, le Japon, l'Australie et la Corée du Sud.**

Ce train de sanctions a des conséquences immédiates pour les marchés mondiaux. Elles ont une incidence sur l'Europe, où le prix de l'énergie augmente fortement, tout comme celui des métaux stratégiques, dont le rôle est vital pour l'aéronautique, l'automobile ou la transition écologique. L'agriculture n'est pas en reste. La guerre provoque une envolée des cours. **L'Europe n'échappera donc pas à une baisse de sa croissance et à une accélération de l'inflation.** Pour leur part, les marchés financiers sont sous la menace d'un **nouveau krach**, sur fond de bulles spéculatives nourries par les liquidités déversées par les banques centrales durant l'épidémie de Covid-19.

L'économie s'efface devant la violence

Les conséquences sur l'économie mondiale ne se limiteront pas à ces effets à court terme. Ces derniers seront durables et déterminants. **La mondialisation, ébranlée par le krach de 2008 et la pandémie, est définitivement morte. Elle reposait sur l'ouverture des frontières, la financiarisation et l'interconnexion des économies, les progrès de la société ouverte.** L'espoir d'une paix construite sur l'intensification du commerce et l'intégration des sociétés n'a plus cours. **L'économie s'efface devant la dynamique de la violence et la constitution de sphères d'influence largement fermées.** La priorité concerne dès lors la sécurité et la souveraineté économiques, y compris sous la forme de la **planification d'une économie de guerre** conçue pour résister aux menaces sur l'accès à l'énergie et aux matières premières, aux frappes sur les infrastructures essentielles ou aux cyberattaques.

L'Europe se trouve en première ligne face au basculement de la géo-économie mondiale. L'intégration européenne a été fondée sur le droit et le marché pour contourner l'échec politique et stratégique de la Communauté européenne de défense, en 1954. Elle **doit aujourd'hui se réinventer autour de la défense de la liberté et de la souveraineté technologique, industrielle, énergétique, alimentaire.** Cela implique de rompre avec le mercantilisme et la complaisance envers les régimes totalitaires et les démocraties, qui les ont renforcés tout en installant les démocraties dans une relation de dépendance délétère.

Une réforme du marché européen de l'énergie inévitable

L'Union européenne doit tirer toutes les conséquences de ses premiers échecs face à l'épidémie de Covid, puis de la réussite de sa mobilisation industrielle autour de la production des vaccins. **Elle demeure le premier partenaire de la Russie avec 37 % des échanges, largement devant la Chine qui représente 15 % des exportations et 20 % des importations effectuées par Moscou. La capacité à réduire la dépendance du continent vis-à-vis de Moscou dans le domaine de l'énergie et de l'alimentation sera un élément clé.** D'où la nécessité de réformer le marché européen de l'énergie pour déconnecter les prix de l'électricité de ceux du gaz. D'où **la suspension de l'arrêt des trois dernières centrales nucléaires allemandes**, la révision de la loi de programmation pour l'énergie en France qui planifiait la réduction de la production d'électricité nucléaire, la prolongation de l'exploitation des champs de gaz de la mer du Nord. **D'où la réorientation de la politique agricole commune pour viser l'autonomie alimentaire de l'Union.**

C'est bien la logique de fonctionnement du grand marché européen qu'il s'agit de repenser autour de l'impératif de la sécurité. **Cette refondation ne signifie pas l'autarcie, contrairement à la stratégie poursuivie par Vladimir Poutine en Russie.** Elle requiert une **stratégie globale** jouant sur toute la palette des instruments disponibles : protection des entreprises, des technologies et des compétences stratégiques, relocalisation des activités vitales, diversification des sources d'approvisionnement, garantie d'accès aux ressources rares. Elle appelle la mise en place d'un réseau d'accords économiques et commerciaux avec les démocraties, en Amérique du Nord mais aussi en Asie, en Amérique latine, au Moyen-Orient et en Afrique.

Nouveau contrat économique et social

Il faut également remédier d'urgence aux dérives du capitalisme financier et de l'économie numérique. Comme en 1945, la résistance aux régimes qui entendent liquider la démocratie suppose **un nouveau contrat économique et social qui limite les inégalités et restabilise la classe moyenne dans les pays développés.** Face à la menace qui pèse sur la liberté, il est par ailleurs grand temps de donner la priorité aux investissements réels pour renforcer la sécurité économique plutôt qu'à la vente d'objets de luxe virtuels dans le métavers.

Vladimir Poutine a fait basculer le monde dans une logique de guerre qui s'étend à l'économie. **Les démocraties occidentales ont perdu la mondialisation après l'avoir inventée, en cédant à la facilité des dividendes de la paix, de l'économie de bulle et des mirages du monde virtuel. Elles n'ont désormais d'autre choix que de gagner la guerre économique.**

7 mars (Le Point)

https://www.lepoint.fr/editos-du-point/strauch-bonart-le-mensonge-poutinien-terrible-heritage-du-communisme-07-03-2022-2467206_32.php

Strauch-Bonart – Le mensonge poutinien, terrible héritage du communisme

ÉDITO. En faisant passer l'attaque de l'Ukraine pour une opération pacifique, Poutine s'inscrit dans la tradition soviétique de manipulation de la vérité.



En Russie, ce sont les mensonges qui ont prévalu pour déclencher l'invasion de l'Ukraine. © SERGEY NIKOLAEV / NurPhoto / NurPhoto via AFP



Par Laetitia Strauch-Bonart

Publié le 07/03/2022 à 14h00

L'attaque russe sur le territoire ukrainien manifeste un contraste des plus étonnants entre la brutalité de l'agression et le discours qui l'entoure. Côté russe, en effet, mensonge et déni prévalent, Vladimir Poutine ayant annoncé l'envoi en Ukraine de « soldats de la paix » (*peacekeepers*) pour « dénazifier » un pays pourtant démocratique – et dont le président est juif – et défendre les russophones d'Ukraine contre un prétendu « génocide ». Avant l'invasion, le Kremlin s'est moqué à plusieurs reprises des avertissements occidentaux, qualifiant notamment d'« hystérie » la mise en garde de l'Amérique.

En 2015, le subterfuge était plus frappant encore puisque la Russie a su entretenir l'ambiguïté quant à son implication réelle dans le soulèvement séparatiste du Donbass. Pour reprendre les propos de Jean-Pierre Le Goff dans *Le Figaro*, « **l'énormité des propos et le renversement éhonté entre l'agresseur et l'agressé déstabilisent la raison et le sens du réel. C'est véritablement le monde à l'envers dans une idéologie et une propagande où ce qui est blanc est noir, où la guerre, c'est la paix, où l'agression est synonyme de libération des peuples** ».

Cette méthode rappelle pour sûr la propagande soviétique, qui faisait perpétuellement passer la morosité, la pauvreté et l'arbitraire du pouvoir pour le paradis sur terre. Cet art du mensonge pose des problèmes insondables. Dans le conflit actuel, il complique la négociation de bonne foi. Pour l'*homo sovieticus*, il ajoutait de la souffrance à la souffrance en inventant des crimes imaginaires et en niant la nocivité du régime. Mieux, en édifiant une réalité parallèle, **il s'en prenait à une composante essentielle de la dignité humaine, la capacité de jugement et sa reconnaissance par autrui**. Et ce n'est pas à Staline, mais à **Lénine** qu'il faut faire remonter ce type de gouvernement qui, comme a pu l'écrire le philosophe anglais

Roger Scruton, **a commis « la pire erreur » qu'on puisse faire en politique : « détruire les institutions et les procédures qui servent à reconnaître les erreurs ».**

La « post-vérité » est née en 1917

L'Ouest, aujourd'hui, se réveille groggy ; sans que l'establishment ait été collectivement dupe de la propagande poutinienne, certains de ses membres ont été étonnamment complaisants avec le Kremlin. Et l'on ne peut entièrement dissocier cette indifférence amicale d'une indulgence déjà présente après la Révolution russe et plus encore après 1945 : jusqu'à la chute de l'URSS et en l'absence de l'équivalent d'un procès de Nuremberg pour juger les crimes communistes, **l'empire soviétique a largement bénéficié du soutien de l'intelligentsia occidentale de gauche.** Le temps passant, elle n'a pas tant reconnu les atrocités perpétrées, **même si elles s'étaient étalées aux yeux de tous, qu'endossé de nouvelles causes.** « Pendant un temps, écrit encore Scruton, on a [...] cru que ceux qui avaient consacré leurs efforts intellectuels et politiques à blanchir l'Union soviétique ou à faire l'éloge des “républiques populaires” de Chine et du Vietnam allaient présenter des excuses. Mais ce moment de doute a été de courte durée. **En l'espace d'une décennie, l'establishment de gauche était de nouveau aux commandes, Noam Chomsky et Howard Zinn renouvelant leurs dénonciations intempestives de l'Amérique, la gauche européenne se regroupant contre le “néolibéralisme” [...], Dworkin et Habermas recevant des prix prestigieux pour leurs livres à peine lisibles mais impeccablement orthodoxes, et le vétéran communiste Eric Hobsbawm se trouvant récompensé pour une vie de loyauté indéfectible envers l'Union soviétique en étant fait “Compagnon d'honneur” par la reine. »**

Non seulement cette gauche a troqué la défense du prolétariat pour un relativisme postmoderne **fidèle au mantra de Nietzsche selon lequel « il n'y a pas de faits, seulement des interprétations »**, mais la crise de 2008 lui a permis de se refaire une virginité, **certain allant désormais jusqu'à considérer le plus sérieusement du monde le capitalisme comme violent et sauvage.** Dans ce contexte, on ne peut guère s'étonner de l'émergence, dans les années 2010, d'une droite tout aussi postmoderne que la gauche. La « post-vérité » n'est pas née en 2016 mais en 1917.

Le risque du voilement de la vérité est partout, même dans les démocraties les plus avancées. Comment le combattre ? On laissera le mot de la fin à **Soljenitsyne, dans son *Discours de Harvard* de 1978** : « La vérité commence à nous échapper à la seconde même où notre regard relâche sa tension, elle nous échappe en nous laissant l'illusion que nous continuons à la suivre. De très nombreuses dissensions viennent de là. Et il faut savoir aussi que la vérité est rarement douce au palais : elle est presque toujours amère. »

7 mars (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/idees/article/2022/03/07/la-guerre-en-ukraine-souligne-l-urgence-d-un-reveil-des-democraties_6116396_3232.html

La guerre en Ukraine souligne l'urgence d'un réveil des démocraties

Derrière l'invasion russe, se joue une lutte entre deux modèles de société. Les régimes autocratiques gagnent du terrain au moment où Moscou espère instaurer un « nouveau monde ».

Par [Gilles Paris](#) (Editorialiste)

Publié aujourd'hui à 01h53, mis à jour à 06h03

Analyse. Le sommet virtuel pour la démocratie convoqué par le président américain, Joe Biden, en décembre 2021 avait déçu. La liste des invités, parfois controversés, comme la platitude des propos échangés avaient conduit à classer parmi les fausses bonnes idées l'initiative avancée par le démocrate pendant la campagne présidentielle de 2020. Voilà pourtant que, trois mois plus tard, l'assaut brutal donné par le président russe, Vladimir Poutine, à un Etat souverain, l'Ukraine, après la tentation de son dépeçage, illustrée par la reconnaissance d'entités séparatistes par Moscou, lui donne un tout nouveau sens.

La séparation du monde en deux camps, celui des démocraties et celui des autocraties, se matérialise dramatiquement dans les bombardements à l'aveugle par l'armée russe des villes d'un pays qui n'a jamais menacé son puissant voisin. Le vibrant plaidoyer du président Volodymyr Zelensky en faveur d'une entrée de l'Ukraine au sein de l'Union européenne, mardi 1^{er} mars, relativise d'ailleurs la question restée virtuelle de l'adhésion de son pays à une OTAN présentée comme expansionniste. Le déclencheur de l'éviction du président prorusse Viktor Ianoukovitch, en 2014, avait déjà été son opposition à un accord d'association avec les Européens.

Derrière la guerre en cours se joue celle des modèles, et les Ukrainiens ont choisi, depuis longtemps, l'ensemble de normes qui régissent les démocraties. Celle de l'Ukraine est encore imparfaite, si on se fie à l'organisation américaine Freedom House, financée par l'Etat fédéral, mais c'est l'objectif qu'elle s'est fixé avec constance depuis plus d'une décennie, a voulu rappeler le président ukrainien.

« Viralité autocratique »

Il s'agit cependant d'un modèle sur la défensive, comme le rappellent régulièrement les états des lieux de la même institution américaine. [Il a été en recul en 2021 pour la seizième année d'affilée](#), avec soixante pays ayant enregistré un déclin, au point que l'institut V-Dem, un autre observatoire, rattaché à l'université de Göteborg, en Suède, financé notamment par la Banque mondiale, [parle désormais de « viralité autocratique »](#).

Comme l'a estimé Emmanuel Macron, le mercredi 2 mars, dans son allocution sur la guerre en Ukraine, « *la démocratie n'est plus considérée comme un régime incontestable, elle est remise en cause, sous nos yeux* ». La conquête russe de l'Ukraine signifierait un nouveau recul.

La première phrase d'une dépêche prématurément publiée par l'agence russe RIA Novosti le 26 février, sur la foi d'un effondrement instantané de l'Ukraine, le confirme à sa manière. « *Un nouveau monde naît sous nos yeux* », commence ce texte boursoufflé d'ethnonationalisme. Tel est, en tout cas, le dessein russe, celui de refermer la parenthèse ouverte par l'effondrement de l'Union soviétique. D'autres puissances, à commencer par la Chine, s'inscrivent également dans la remise en cause des normes démocratiques.

Certes, [le vote de l'Assemblée générale des Nations unies](#), le 2 mars, montre que cette naissance reste à démontrer. La Russie n'y a été soutenue que par quatre régimes parias : la Biélorussie, la Corée du Nord, l'Erythrée et la Syrie. Le défi n'en est pas moins immense, car cette guerre contre les normes qui assurent

l'équilibre, le pluralisme et l'équité au sein des Etats concerne aussi celles qui s'appliquent à l'architecture mondiale.

Qu'advient-il si une lecture tronquée de l'histoire peut servir à légitimer tous les aventurismes guerriers ? Emmanuel Macron a mis en cause, le 2 mars, « *une lecture révisionniste de l'histoire de l'Europe, qui voudrait la renvoyer aux heures les plus sombres des empires, des invasions, des exterminations* ». Le même terme avait été employé dans la vision stratégique américaine publiée en 2017 pour qualifier le revanchisme russe et chinois, comme si les injustices avérées ou fantasmées du passé en justifiaient de nouvelles.

Isolationnisme américain

La posture occidentale est d'autant plus délicate que des forces centripètes la minent en permanence. L'invasion de l'Ukraine a mis en évidence aux Etats-Unis l'existence d'un puissant courant isolationniste dont l'élection de Donald Trump, en 2016, avait été la première manifestation.

Relayée puissamment, chaque soir, par le polémiste de Fox News Tucker Carlson, cette tentation du repli continental américain, doublée d'un relativisme cynique face au drame ukrainien, rouvre la parenthèse que la victoire de 1945 et l'engagement massif des Etats-Unis dans la mise en place de mécanismes multilatéraux avaient refermée. Que se passerait-il au sein du camp des démocraties si cette aile républicaine revenait à la Maison Blanche en 2024 ?

L'Europe elle-même n'est pas épargnée, comme en atteste l'activisme des thuriféraires du président russe comme de ceux qui font de l'OTAN, alliance intrinsèquement défensive, la cause de tous les maux ukrainiens. La vigueur de la réaction de l'Union européenne (UE), la mue allemande sur les questions de défense, voire de sécurité énergétique, qui s'opère à une vitesse que rien ne laissait deviner, constituent un motif d'espoir dans un paysage sinistré. En déplaçant le combat sur le terrain de l'efficacité, un souci maintes fois exprimé par Joe Biden, l'UE entend démontrer que son modèle n'a rien à envier sur ce point aux régimes verticaux.

Si le président des Etats-Unis maintient la réunion de chefs d'Etat et de gouvernement, prévue au printemps [pour prendre la suite du sommet de décembre](#), qui avait surtout engendré la frustration, celle-ci pourrait symboliser un réveil des démocraties face aux périls qui les menacent. Il est grand temps qu'elles rompent avec le recroquevillement.

Gilles Paris(Editorialiste)

7 mars (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/election-presidentielle-2022/article/2022/03/07/presidentielle-2022-le-pari-risque-de-marion-marechal-chez-eric-zemmour_6116403_6059010.html

Présidentielle 2022 : le pari risqué de Marion Maréchal chez Eric Zemmour

A 32 ans, l'ancienne députée du Vaucluse a officialisé son ralliement au candidat d'extrême droite, entérinant sa rupture avec Marine Le Pen et le Rassemblement national.

Par [Franck Johannès](#) et [Ivanne Trippenbach](#)

Publié aujourd'hui à 04h29, mis à jour à 08h16



Marion Maréchal officialise son soutien à Eric Zemmour, lors du meeting de ce dernier à Toulon, le 6 mars 2022. AGNES DHERBEYS / MYOP POUR « LE MONDE »

Voilà venu le moment de Marion Maréchal. « *Quand la France donne rendez-vous, on ne tergiverse pas, on y va ! Alors je suis là !* », a-t-elle lancé depuis l'estrade du Zénith à Toulon, dimanche 6 mars, en ralliant Eric Zemmour (Reconquête !). Mais beaucoup se demandent, jusqu'aux proches de la jeune femme, ce qu'elle vient faire dans cette galère. La guerre en Ukraine et l'indulgence que manifeste le candidat nationaliste pour le président russe, Vladimir Poutine, ont fait baisser les intentions de vote en sa faveur. Le discours de l'ancienne députée du Vaucluse n'était retransmis sur aucune chaîne de télévision, en raison du temps de parole d'Eric Zemmour déjà écoulé. « *Je ne comprends pas. Ni le lieu ni le timing* », souffle son ami François de Voyer.

Ces derniers jours, Marion Maréchal semblait dos au mur. Alors qu'elle avait quitté la politique en 2017, lâchant ses équipes en pleines législatives en Provence-Alpes-Côte-d'Azur, elle a fort mal géré son retour, en janvier, distillant maladroitement de petites confidences, sans trancher, assurant que la politique « *la titillait* », mais qu'elle ne voulait pas « *recréer des fractures familiales* ». Elle ne soutiendrait pas sa tante, Marine Le Pen, prévenait-elle toutefois, en dépit de sa promesse de se porter vers « *le mieux placé* ». L'effet de surprise s'est depuis évaporé ; son ralliement ne faisait plus de doute. Pressée par l'équipe Zemmour d'accélérer au motif qu'« *il y a une campagne à mener* », Marion Maréchal n'avait en réalité plus le choix. « *Je ne vais pas vous mentir, il fut difficile de prendre cette décision* », a-t-elle lancé dimanche.

Fascination pour Poutine

Des ressorts idéologiques l'ont poussée à sauter le pas. Sa ligne politique la porte vers Eric Zemmour, dont elle est bien plus proche que de Marine Le Pen : catholique traditionaliste, identitaire, réactionnaire sur les questions de société, libérale en économie, elle partage avec lui son obsession pour l'islam et l'immigration. Elle s'est rendue en Hongrie avec Eric Zemmour, leur modèle commun d'Etat illibéral. « *On s'aime bien*, avait dit le précandidat après un déjeuner avec elle et des membres du gouvernement hongrois. *Cela fait des années qu'on se voit en tête-à-tête.* »

Elle partage avec lui, et de longue date, la même fascination pour Vladimir Poutine, qu'elle défend en toute occasion. « *Ce qui est sûr, c'est que M. Poutine est un patriote. Il défend les intérêts de son pays. Et je dois dire que ça fonctionne plutôt bien*, disait, en février 2014, la jeune députée sur i-Télé. *La Russie, contrairement à ce qu'on dit, n'est pas une dictature.* » Invitée régulière de l'ambassade russe à Paris, elle s'était rendue en 2019 au forum économique de Yalta, en Crimée – la péninsule ukrainienne annexée par Moscou en 2014 –, après avoir tenu une conférence à Saint-Pétersbourg, et a noué à Moscou de solides amitiés avec des oligarques proches du Kremlin.

Marion Maréchal n'a pas davantage qu'Eric Zemmour la fibre républicaine. Dimanche, elle a surenchéri en concluant son discours d'un inhabituel : « *Vive les Français et vive la France !* » « *La France n'est pas que la République*, disait-elle à la revue *Charles*, en mai 2015. *C'est un régime politique, et il y a des monarchies qui sont plus démocratiques que certaines républiques. Je ne comprends pas cette obsession pour la République. Pour moi, la République ne prime pas sur la France.* »

La plus jeune députée, en 2012, de toute l'histoire de la République était en passe de se faire oublier. Le 28 septembre 2019, Eric Zemmour lui avait volé la vedette avec son discours crépusculaire à la « convention de la droite », pourtant organisée par ses amis. En dépit de régulières piqûres de rappel dans les médias, Marion Maréchal regardait le film politique se dérouler sans elle. Alors qu'elle mise désormais sur la recomposition d'une « *grande union à droite* » après 2022, la bataille pour le leadership s'annonce rude, faite d'étincelles entre elle, Eric Zemmour et sa directrice stratégique, Sarah Knafo. Dimanche, elle a insisté sur son indépendance et se garde de passer par l'adhésion au parti Reconquête !

Une « sorte de bouée de sauvetage »

Reste une raison moins glorieuse : Marion Maréchal a besoin d'argent. Contrairement à ses déclarations enthousiastes, son très droitier Institut des sciences sociales, économiques et politiques (Issep), qu'elle a fondé à Lyon en 2018 et dont elle est la directrice générale, est une catastrophe économique. Elle se félicite d'avoir formé 338 étudiants, avec une équipe de 5 salariés, 59 intervenants en magistère et 23 en formation continue, mais ne survit que par les dons d'aimables mécènes qui ne sauraient être éternels. 87,4 % du chiffre d'affaires de l'Issep est constitué par « *des ressources liées à la générosité du public* », les revenus tirés des étudiants ont baissé en un an de 28,8 %, alors que les charges de l'institut ont augmenté de 48,5 %. Une partie de l'équipe ne se paie pas, 2 385 heures en 2021 relèvent du « *bénévolat* », indique l'audit d'un cabinet d'expertise lyonnais.

Son ralliement risque de ne guère bousculer les équilibres, à présent que tous ses proches ont rejoint Eric Zemmour depuis des mois. Au Rassemblement national (RN), on s'affiche serein. « *C'est une tentative désespérée de sauver la campagne d'Eric Zemmour*, a déclaré, vendredi 4 mars, le président du parti, Jordan Bardella. *Sa campagne patauge, et l'actualité rappelle aux Français que l'élection présidentielle, c'est quelque chose de sérieux, que ce n'est pas un exercice de jouissance, pas un spectacle.* » Le RN ajoute qu'il ne s'agit pas d'un ralliement, puisque Marion Maréchal a quitté le parti depuis cinq ans...

Blessée, [Marine Le Pen se fait néanmoins cruelle](#). « *La pauvre Marion est transformée en sorte de bouée de sauvetage d'une campagne qui est en train de s'effondrer sur elle-même*, a-t-elle persiflé, samedi dans le Gard. *C'est dommage parce qu'elle mérite mieux que ça.* » Il n'est pas non plus certain que les électeurs de la droite extrême, à un mois du scrutin, apprécient la manœuvre ou la négociation de quelques places au soleil pour les législatives. Si bien qu'à propos de la « *Jeanne d'Arc* » du camp nationaliste, les plus pessimistes évoquent un « *suicide politique* ».

Franck Johannès et Ivonne Trippenbach

7 mars (Figaro Madame)

<https://madame.lefigaro.fr/societe/actu/carriere-ou-maternite-en-allemande-l-ombre-de-la-mere-corbeau-plane-sur-les-femmes-20220304>

Carrière ou maternité : en Allemagne, l'ombre de la «mère corbeau» plane sur les femmes

Par Anne Vidalie

Publié le 04/03/2022 à 05:00

Entre la garde des enfants et les horaires de l'école, l'équation est compliquée pour les mères qui travaillent. *Getty Images via AFP*

En Allemagne, être mère a longtemps rimé avec foyer ou travail à temps partiel. Grâce à une politique de quotas et d'ouvertures de crèches, une nouvelle génération de femmes parvient à s'imposer dans les entreprises et en politique.

Huit femmes, huit hommes. Olaf Scholz, le nouveau chancelier allemand, a tenu parole : ses ministres portent la parité en étendard. Pour la première fois, les Affaires étrangères sont entre des mains féminines. Celles d'Annalena Baerbock, 41 ans, mère de deux filles et coprésidente du parti écologiste, Die Grünen. Autre quadra et autre première, à Berlin cette fois : la ville-État est désormais dirigée par Franziska Giffey, 43 ans, ancienne ministre de la Famille et mère d'un garçon.

La disparité Est-Ouest

Baerbock et Giffey, visages souriants de l'égalité des genres dans un pays qui a longtemps cantonné les mères au foyer ? La sociologue Jutta Allmendinger, 65 ans, n'y croit pas. «L'Allemagne a du retard, martèle-t-elle. Ici, la reconnaissance de la capacité des femmes à diriger n'est pas profondément enracinée.» Elle en sait quelque chose, elle qui fut également «la première à la tête de». Dans l'ordre : l'Institut de recherches sur le marché du travail et l'emploi, la Société allemande de sociologie, puis le prestigieux Centre des sciences sociales de Berlin. Ce qui la préoccupe aujourd'hui, ce sont les retombées de la pandémie de Covid. «Cette crise, via la fermeture des crèches et des écoles, a entraîné un retour à la répartition traditionnelle des rôles entre les sexes», analyse-t-elle.

Une enquête du DIW, l'institut de recherche économique allemand, a fait frémir les féministes. Les chercheurs ont scruté les états d'âme de l'opinion sur la question des mères qui conjuguent travail et vie de famille. Résultat : alors qu'en 2016, 60 % des pères s'y disaient très favorables, ils n'étaient plus que 56 % l'an dernier. Pis, 38 % des personnes interrogées pensent que, oui, un jeune enfant dont la mère travaille en souffrira sûrement.

La parité au sommet : le président allemand, Frank-Walter Steinmeier (au centre), le chancelier Olaf Scholz (à sa droite) et les seize membres de ce premier gouvernement à égalité hommes-femmes. *AFP*

Avec ou sans virus, le combat est encore loin d'être gagné sur le front de la conciliation travail-maternité. Pas étonnant, donc, que seulement 37 % des mères d'enfants de moins de 3 ans aient un emploi, que le taux de natalité culmine à 1,5 enfant par femme, qu'une sur cinq n'ait pas de progéniture, et qu'une diplômée sur quatre renonce à la maternité.

L'ennui, c'est que cette démographie met un peu plus en péril une croissance déjà menacée par l'inexorable déclin de la population active. Voilà pourquoi l'Allemagne s'est décidée, il y a une grosse décennie, à mettre les bouchées doubles pour faciliter la vie des mères qui travaillent. Les seize Länder (les États fédérés) ont construit des crèches à tour de bras, portant ainsi de 17,6 % à 35 % le nombre de moins de 3 ans accueillis

dans l'une de ces structures ou chez une assistante maternelle. Mais il faudra faire plus, car 49 % des parents de jeunes enfants souhaitent une place en crèche ou chez une nourrice.

À l'Est, l'exode des bras et des cerveaux qui a précédé la construction du mur en 1961 n'a pas laissé le choix aux femmes : il fallait qu'elles travaillent

MARTINA KOCH

Les familles sont mieux loties dans l'ex-RDA, où 52 % des enfants en bas âge bénéficient d'un mode de garde – ils ne sont que 31 % dans l'ancienne RFA, et même 29 % seulement dans la très industrielle Rhénanie-du-Nord-Westphalie. «À l'Est, l'exode des bras et des cerveaux qui a précédé la construction du mur en 1961 n'a pas laissé le choix aux femmes : il fallait qu'elles travaillent», explique Martina Koch, 55 ans, directrice associée au cabinet de conseil EY à Francfort, qui a grandi à Berlin-Est.

La difficile gestion du temps

À l'Ouest, mieux vaut vivre dans une grande ville. «Nous avons un très bon système de crèche à Hambourg, se réjouit Jonna Hessbrüggen, 52 ans, mère de deux enfants de 6 et 8 ans. Les cinq premières heures quotidiennes sont gratuites, repas compris. Au-delà, le coût maximum est fixé à 204 euros par mois.» Certes, elle a d'abord dû produire l'indispensable *Kita-Gutschein*, ce document, qui, délivré aux parents à la condition qu'ils aient un emploi ou soient en formation, détermine le nombre d'heures auxquelles ils ont droit. Mais les horaires d'ouverture obligent les parents à une course quotidienne. Dans son livre *Das Unwohlsein der modernen Mutter* («Le malaise des mères modernes», Éd. Rowohlt, non traduit), la journaliste berlinoise Mareice Kaiser raconte avec drôlerie comment, sur son vélo, elle grille joyeusement les feux rouges pour récupérer sa fille avant 16 heures, tout en ruminant sa frustration : «On parle d'équilibre travail et vie privée, c'est de déséquilibre qu'on devrait parler.»

Une fois les enfants entrés à l'école, c'est pire, car la fin des classes sonne avant l'heure du déjeuner dans beaucoup d'établissements. Plus pour longtemps a promis le gouvernement : à partir de 2026, les élèves entrant en primaire seront accueillis toute la journée. Le nombre de places dans les établissements offrant cette possibilité a beau avoir été multiplié par presque trois depuis 2006, le compte est loin d'être bon. 78 % des écoliers en bénéficient à l'Est, seulement 43 % à l'Ouest. À l'exception de Hambourg, en tête du palmarès national avec 92 % d'inscrits à plein temps. Pour le plus grand bonheur de Jonna : «Ma fille de 8 ans a le choix, l'après-midi, entre de multiples activités : cirque, yoga, cours de cuisine ou d'informatique, éducation à l'environnement ou apprentissage d'un instrument de musique», énumère cette consultante, spécialiste de la gestion du changement, à son compte depuis trois ans. Comme presque toutes ses amies avec enfants, elle travaille à temps partiel, environ 24 heures par semaine : «Le temps plein, c'est trop difficile.» L'Allemagne est le paradis des horaires allégés. Une loi de 2011 permet aux salariés d'exiger une réduction de leur temps de présence. Une autre, adoptée huit ans plus tard, leur garantit le retour à plein temps quand ils le souhaitent. Près d'une femme sur deux exerce son activité à temps partiel – les Françaises ne sont que 29 % à en faire autant. Erica Rosa, 45 ans, Brésilienne installée à Hambourg, a des étoiles dans les yeux quand elle parle de son pays d'adoption. En reconversion (rémunérée) dans la couture, cette infirmière souhaite combiner à l'avenir ses deux passions. «Et c'est possible, s'émerveille-t-elle. L'hôpital me propose de reprendre mon service à 30%.»

L'ombre de la mauvaise mère

Quelques heureuses parviennent à conjuguer temps partiel et poste à responsabilités. «C'est le cas d'environ 15 % des cadres dirigeantes», estime Anja Karlshaus, 48 ans, professeur à la Cologne Business School, doyenne du département gestion et mère de quatre ados. Elle-même travaille à 75 % – «Enfin, sur le

papier !» La Munichoise Friederike Woermann-Seiger, 52 ans, dont vingt-deux au cabinet de conseil Roland Berger, a diminué ses horaires de 20 % à l'arrivée du deuxième de ses trois enfants. Ce qui ne l'a pas empêchée d'être nommée à la tête de l'unité de développement des talents trois ans plus tard. «Il était important pour moi de montrer à ma famille que j'avais du temps pour eux. Même si, pour cela, je devais me remettre au boulot tard le soir», raconte-t-elle.

Il était important pour moi de montrer à ma famille que j'avais du temps pour eux. Même si, pour cela, je devais me remettre au boulot tard le soir

FRIEDERIKE WOERMANN-SEIGER

Malgré tout, nombre d'Allemandes peinent à se défaire d'un sentiment de culpabilité. Sur elles plane l'ombre de la *Rabenmutter*, cette «mère corbeau » qui sacrifie le bien-être de sa nichée à sa carrière. «J'ai souvent ressenti ce reproche implicite», témoigne Simone Wamsteker, 54 ans, qui se qualifie elle-même d'«oiseau rare ». Mère divorcée de trois filles, elle est DRH de la société de conseil Detecon depuis un an. À temps (très) plein. «Il n'est pas encore pleinement admis, en Allemagne, qu'une femme prenne du plaisir dans son travail et s'épanouisse grâce à lui», décrypte-t-elle.

Beaucoup jettent l'éponge, parfois à contrecœur. Après la naissance de son quatrième enfant, Unda Karlshaus, 52 ans, s'est résolue à dire adieu au géant du conseil Accenture, à son joli poste de *senior manager* et à son temps partiel. Elle a repris des études avant de fonder une petite société de gestion immobilière à Hanovre. «Cela m'offre une totale flexibilité de mon temps et de mon organisation», se félicite-t-elle.

Gare à celles, pressées de retourner au bureau, qui bouderaient *l'Elternzeit*, le congé parental de douze mois créé par une loi de 2007 et rémunéré à hauteur de 65 % du salaire net, jusqu'à un montant maximum de 1850 euros. Elles sont d'ailleurs peu nombreuses à s'y risquer, puisque à peine 2 % des enfants de moins d'un an sont gardés à l'extérieur du foyer.

Franziska Giffey maire de Berlin : “Les femmes hautement qualifiées sont nombreuses en Allemagne”

Madame Figaro.- Dans l'ex-RDA, où vous êtes née, les femmes concilient mieux qu'à l'Ouest famille et travail...Franziska Giffey.- Oui, à l'Est, il était plus naturel pour une femme d'avoir les mêmes droits qu'un homme et de travailler. Même si c'était aux mères que le travail du foyer incombait. Le système de garde d'enfants y est resté meilleur que dans l'ex-RFA. Les femmes y sont souvent à plein temps, et elles accèdent donc davantage aux postes de direction. **Les Allemandes sont encore moins présentes que les Françaises dans les cercles du pouvoir. Pourquoi ?** Le modèle de la famille traditionnelle domine toujours à l'Ouest : l'homme est souvent le pilier financier de la maison, la femme n'est plus cantonnée à la maison, mais elle exerce fréquemment son activité à temps partiel. Notre système fiscal favorise d'ailleurs ce schéma. Par ailleurs, nos capacités d'accueil des jeunes enfants laissent encore à désirer, et ce sont essentiellement les mères qui prennent le congé parental. Il leur est donc plus difficile de faire carrière. **Les quotas qui obligent à féminiser les instances dirigeantes sont-ils efficaces ?** Ce sont des signaux forts, même s'il ne faut pas surestimer leur impact. En effet, la loi de 2016, qui impose 30 % de femmes dans les conseils de surveillance, ne s'applique qu'à 105 entreprises, celle qui concerne les comités de direction (et que j'ai portée en tant que ministre de la Famille) à 65 sociétés. Mais nous avons besoin d'une telle législation pour promouvoir la parité. Les femmes hautement qualifiées sont nombreuses en Allemagne, et les entreprises qui n'utilisent pas leur potentiel se nuisent à elles-mêmes.

le partage du pouvoir

Et elles ont bien raison, d'après l'expérimentation rapportée par la sociologue Jutta Allmendinger. L'objectif de cette étude édifiante ? Analyser les réactions d'employeurs confrontés aux candidatures de jeunes mères ayant suspendu leur activité pendant dix mois pour les unes, deux mois seulement pour les autres. «Ils convoquent bien plus volontiers les premières à un entretien d'embauche, constate la sociologue. Les autres leur semblent trop ambitieuses et susceptibles de manquer d'esprit d'équipe.» Conclusion désabusée de Mareice Kaiser : «Bien sûr qu'une mère peut travailler. Mais elle est priée de ne pas avoir les dents trop longues.»

Les statistiques le confirment. Selon Destatis, l'Insee allemand, 28 % des postes de direction sont occupés par des femmes, le même chiffre qu'il y a dix ans. C'est moins qu'en Lettonie (47 %), qu'en Pologne (44 %) ou qu'en Suède (42 %). Moins qu'en France aussi (35 %). «Plus la taille de l'entreprise augmente, moins elles sont nombreuses, pointe Anja Karlshaus : 21 % dans les sociétés employant de 200 à 500 salariés et 15 % au-delà.»

La situation n'est pas plus rose en politique. L'ancienne ministre Ursula von der Leyen, actuelle présidente de la Commission européenne et mère de sept enfants, reste une curiosité nationale. Sigmar Gabriel, l'ex-chef des sociaux-démocrates, aussi : ses trois mois de congé paternité, après la naissance de sa deuxième fille, ont mis Berlin en émoi. Dans les rangs des députés du cru 2021, on dénombre 35 % de femmes. Elles sont très minoritaires du côté des chrétiens-démocrates (24 %), des libéraux (24 %) et de la droite populiste de l'AfD (13 %). Comme dans les conseils municipaux (27 %) et parmi les maires (10 %). La faute à l'absence de quotas en politique. «Deux Länder ont tenté de faire passer des lois imposant la parité, mais elles ont été jugées anticonstitutionnelles», explique Marie-Alix Ebner von Eschenbach, 48 ans. Cette juriste et politologue berlinoise, mère de trois filles, connaît le sujet par cœur. Elle préside l'association FidAR dont les 1200 membres militent en faveur d'une présence féminine accrue dans les cénacles du pouvoir économique. Depuis 2016, la loi impose aux plus grandes entreprises allemandes, privées et publiques, d'accueillir au moins 30 % de femmes dans leurs conseils de surveillance. À partir de l'été prochain, celles dont le comité de direction compte plus de trois membres devront réserver un siège à une femme. «Je pensais que nous n'aurions pas besoin de ces quotas, reconnaît la cheffe de FidAR. Mais les politiques uniquement basées sur les mesures volontaires ont échoué.»

La peur du gendarme fait des miracles : la participation féminine aux comités de direction est déjà passée de 11,5 % à presque 15 % en un an dans les 200 premières sociétés du pays. Avant même l'entrée en vigueur de la loi. «Le vivier existe, je vois beaucoup de femmes à la tête de services importants, comme la recherche et le développement, souligne Elfriede Eckl, 58 ans, responsable du bureau d'EY à Francfort. Les quotas peuvent les aider à franchir la dernière marche.» Sans avoir à tirer un trait sur la maternité.

7 mars (The Economist)

[https://www.economist.com/leaders/2022/03/06/how-to-help-ukraine-as-vladimir-putin-bombards-its-cities?utm_content=article-link-1&etear=nl today 1&utm_campaign=r.the-economist-today&utm_medium=email.internal-newsletter.np&utm_source=salesforce-marketing-cloud&utm_term=3/6/2022&utm_id=1070789](https://www.economist.com/leaders/2022/03/06/how-to-help-ukraine-as-vladimir-putin-bombards-its-cities?utm_content=article-link-1&etear=nl%20today%201&utm_campaign=r.the-economist-today&utm_medium=email.internal-newsletter.np&utm_source=salesforce-marketing-cloud&utm_term=3/6/2022&utm_id=1070789)

Ukraine and NATO

How to help Ukraine as Vladimir Putin bombards its cities

A no-fly zone would not just be dangerous, it would also be futile



Mar 6th 2022

Ukraine's president, Volodymyr Zelensky, has called for one. His enemy, Vladimir Putin, has condemned the idea. A [no-fly zone](#) is becoming a measure of how fervently you support Mr Zelensky and his brave compatriots. Who could be against protecting Ukrainian civilians from Russian bombing that counts as a war crime? Besides, a no-fly zone would let Ukrainian troops strike at Russian convoys without the threat of an aerial attack. It is an alluring proposal. It is also wrong-headed.

Calls for NATO to impose a no-fly zone are growing louder because, in the second week of war, Russia has switched tactics. After the failure of its initial lightning assault, through a combination of Ukrainian courage and resourcefulness and Russian incompetence, Mr Putin is resorting to the murderous use of brute force. Russian armour has made most ground in the south, having burst out from Crimea and from Donbas in the east. Progress in the north is slow, but the aim is clearly for troops coming from Belarus and the east to encircle the capital Kyiv, besiege it and, if necessary, pummel it into submission.

The worse the war goes for Mr Putin, the more he will resort to terrorising Ukrainian civilians—and seek to present their leaders with the agonising choice between surrender or mass slaughter. People are already suffering grievously in cities like Kharkiv and Chernihiv, where they are being bombarded indiscriminately, including with cluster bombs, which inflict heavy casualties by spreading explosives over a wide area. Aerial attacks have been reported in Zhytomyr, Bucha and Irpin and other towns surrounding Kyiv. A ceasefire in Mariupol, on the Sea of Azov, to give residents safe passage, broke down when Russian forces resumed their barrage after just 45 minutes.

The proponents of a no-fly zone, including Ukraine's government, argue that preventing Russia from using its aircraft or drones would protect civilians against these merciless tactics. Some NATO members enforced a no-fly zone over parts of Iraq in the 1990s and later that decade over Bosnia and in 2011 over Libya during the overthrow of its dictator, Muammar Qaddafi. NATO should impose one today, too, they say.

They think that a no-fly zone would not only fulfil a humanitarian imperative, but it would also make sense for NATO. Tactically, they say, it would deprive Mr Putin of an important weapon, buy Ukrainian forces time to resupply and give them more freedom to attack Russian columns. A no-fly zone would be strategically valuable, too, they argue. Mr Putin has made clear that one of his aims is to wreck NATO, by pushing the United States out of Europe. That is much less likely if the invasion of Ukraine fails.

The support for these arguments is likely to grow with the killing in Ukrainian cities. And every right-thinking person should be in favour of seeing Mr Zelensky and his people defeat Mr Putin's armies. However, the closer you look, the more it is apparent that a no-fly zone would not only fail to bring this about, but also court catastrophe.

For one thing, it would do little or nothing to further its main aim, of protecting Ukrainian civilians. Russia is relying chiefly on artillery and missiles to attack Ukrainian cities. To the extent that it is using air power, its commanders would simply shift more of their effort to ground-based weapons. Having accepted that the killing of civilians is morally unacceptable, would NATO be able to stand back as the slaughter continued?

In the past no-fly zones have not been tightly enforced, because patrolling large parts of the skies is costly and difficult. To do so would also lead to direct conflict between Russia and America. NATO aircraft—which here means the US Air Force—would first need to destroy Russian air-defence systems. If, as is likely, Russian aircraft continued to fly regardless, then NATO would have to start shooting them out of the sky.

Mr Putin seems to believe that he is already at war with NATO. If he will not stop at Ukraine, he must be defeated militarily. Why not get it over with now, while he is struggling?

The answer is that there is a world of difference between diplomatic and logistical support for Ukraine and outright combat with Russia. Mr Putin has already shown that, faced with a setback on the battlefield, his instinct is to escalate. If NATO starts shooting down Russia's air force, it is inviting him to raise the stakes by, for instance, shelling the alliance's frontline states. NATO could find itself in the position where it, too, has to escalate in response, so as to preserve the credibility of the pledge that an attack on one member is an attack on all, the cornerstone of the alliance.

Be under no illusions, such an escalation could lead to nuclear war, especially if—as is likely—Mr Putin felt the need to compensate for Russia's defeat in a conventional exchange. Russia's president has already threatened to use nuclear weapons. There has also been speculation that he could be preparing a chemical attack. The logic of escalation requires each side to meet an assault by retaliating. It can easily become a test of which side is most willing to go to the greatest extreme.

By upholding the distinction between fighting Russia and supporting Ukraine, NATO limits the risk of such an escalation, even if it does not remove it entirely. That is because NATO is signalling that there are limits to its involvement, and because Russia cannot so easily slide from action inside Ukraine to action inside NATO.

By contrast, a no-fly zone makes war in NATO's frontline states a continuation of the war in Ukraine. It courts catastrophe without even holding out the promise of bringing material help to Mr Zelensky and his forces.

NATO is already supplying Ukraine with lethal weapons and imposing harsh sanctions on Russia. It can and should do more. One idea is for Poland to give Ukraine some of its old Soviet-made fighter aircraft. It could also bolster Ukrainian air-defences with longer-range systems than the portable Stinger missiles they have received so far. Both would help more than asking NATO pilots to do the job for them.

Another good idea would be to degrade Russia's economy further by imposing embargoes on buying Russian oil and gas. The current sanctions avoid energy, but Russia desperately needs hard currency from oil and gas exports to pay for its imports, because existing sanctions have frozen its reserves.

Both arms supplies and an embargo also risk escalation. And sanctions on Russian energy would come at a high price to the world economy. But they entail less risk and a lower price than a no-fly zone would. What is more, they might actually work

7 mars (Epoch-é)

<https://epoch-e.fr/2021/05/22/le-probleme-de-lenterinement-par-le-dictionnaire-des-mots-englobants-promus-par-les-minorites-agissantes-le-cas-du-terme-islamophobe/>

LE PROBLEME DE L'ENTERINEMENT PAR LE DICTIONNAIRE DES MOTS ENGLOBANTS PROMUS PAR LES MINORITES AGISSANTES : L'EXEMPLE DU MOT « ISLAMOPHOBE »

Jean-François Le Drian 22 Mai 2021 islam



Le terme « #islamophobie » a été imposé par les islamistes avec pour objectif d'interdire toute forme de critique à l'égard de l'islam radical, sous couvert d'une défense -fallacieuse- de la religion musulmane. 5/11

20:40 · 29/03/2021 · Twitter Web App

Il y a peu, lors d'une discussion avec une personne qui traitait d'islamophobes ceux qui critiquaient l'orthodoxie sunnite, je lui indiquai que le terme « islamophobe » signifiait étymologiquement « peur de l'islam », puisque le vocable « phobia » était issu du grec ancien φόβος phóbos, signifiant « effroi, peur ».

Elle me rétorqua que le dictionnaire « Le petit Robert » définissait ce terme comme le fait d'être « hostile à l'islam et aux musulmans. ».

Je lui répondis que les dictionnaires se contentaient d'entériner les usages et notre conversation s'arrêta là.

Cet exemple d'échange très révélateur permet selon moi de mettre en évidence un mécanisme et de soulever un problème important.

Le mécanisme est simple. Des minorités agissantes inventent un mot et lui attache une signification de leur choix. Ce mot est utilisé, répété puis médiatisé. Les journalistes, qui ne se soucient peu de cohérence et d'étymologie, reprennent alors en boucle le mot ainsi créé. Les lexicographes remarquent cet usage et finalement font entrer ce mot usité par une petite partie de la population dans le dictionnaire.



Quel est le problème ?

Le problème avec le mot « islamophobe » est qu'il est englobant et est attaché à plusieurs signifiés, à plusieurs sens. Une personne islamophobe serait hostile à l'Islam et aux musulmans, comme si ces deux dispositions d'esprit allaient de pair.

Pourtant, à titre personnel, j'ai des amis qui détestent la religion catholique, mais qui m'aiment, et pourtant, je suis catholique. Enfin, certaines personnes ont peur de l'Islam, mais détestent-elles l'Islam pour autant.

Ma mère a peur des chats, mais ne les détestent pas.

En réalité, le mot islamophobe pourrait être décomposé comme il suit :

Sens	Statut juridique	Proposition de signifiant
Peur de l'Islam	Expression publique de ce sentiment autorisée	Islamophobe
Peur des musulmans	Expression publique de ce sentiment autorisée	Musulmanophobe
Détestation de l'Islam	Expression publique de ce sentiment autorisée	Misislam (comme misanthrope)
Détestation des musulmans	Expression publique de ce sentiment prohibée	Misomusulman (comme misogynne)

En réalité, cet exercice pourrait faire rire, mais il pose un problème que Wittgenstein soulevait en son temps, à savoir que la plupart des problèmes insolubles sont liés à un problème linguistique, et l'espèce, sémantique.



SG-CIPDR  @SG_CIP... · 29/03/2021 ···

En réponse à @SG_CIPDR

Le terme « [#islamophobie](#) » sert à introduire un « délit de blasphème », qui n'existe pas dans notre pays. Les conséquences peuvent en être dramatiques. 6/11

 62

 202

 519



Le mécanisme et le problème étant expliqués, voici la solution que je propose :

Il appartiendrait selon moi à l'Etat, lorsque ses services constatent l'apparition d'un mot dont l'usage fait polémique et lorsque ce mot intègre un faible degré d'ingénierie linguistique (non sens étymologique par exemple) de par son caractère trop englobant ou dont l'usage est susceptible de mélanger du licite et de l'illicite, de saisir l'académie française d'une mission d'ingénierie linguistique.

Ainsi pour le cas du mot « islamophobe », l'académie française devrait être missionnée afin de créer quatre mots supplémentaires attachés aux quatre signifiés décrits ci-avant.

Ce procédé aboutirait à un enrichissement de la langue et non à son appauvrissement, étant précisé que l'appauvrissement d'une langue génère l'appauvrissement ou le contrôle de la pensée comme l'illustre la novlangue dans le roman « 1984 » écrit par Georges ORWELL.

Ainsi la définition du mot « islamophobe » figurant dans le dictionnaire pourrait figurer de la manière suivante :

Islamophobe adjectif et nom :

Nom résultant d'un usage répété signifiant : « Hostile à l'Islam et aux musulmans » . (On ne touche donc pas à la définition d'usage).

Compte tenu du caractère englobant de ce mot, l'académie française recommande de distinguer les significations de ce mot en ayant recours aux mots suivants : Islamophobe, Musulmanophobe, Misislam, Misomusulman.

D'une manière générale, il est précisé que les mots imprécis dont l'usage est entériné par le dictionnaire ne doivent surtout pas disparaître afin qu'en aucun cas l'Etat puisse insidieusement choisir le vocabulaire usité par les citoyens.

Ce mode opératoire devrait être inscrit dans la loi et pourrait s'appliquer à bien d'autres domaines de sorte d'enrichir le vocabulaire, le rendre plus précis et ainsi limiter les phénomènes de polarisation grâce à l'usage de termes précis et nuancés.

7 mars (Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/monde/nicolas-baverez-la-france-au-defi-du-rearmement-20220306>

Opinions

La France au défi du réarmement

Baverez, Nicolas

L'invasion de l'Ukraine par la Russie et le recours de Vladimir Poutine à la menace nucléaire bouleversent la sécurité de la France et de l'Europe. Le retour de la guerre au coeur de notre continent matérialise l'ambition des nouveaux empires autoritaires de s'étendre par la force et d'annihiler la démocratie. Il dévoile tous les ressorts des conflits hybrides, qui ne se limitent pas à la contrainte militaire et utilisent aussi les armes économique, cybernétique et informationnelle. La guerre est interconnectée ; elle implique la population civile, à la fois victime et instrument de pression ; elle se joue sur le théâtre d'opérations mais aussi dans les opinions.

L'agression de l'Ukraine est un électrochoc pour l'Europe et les Européens, qui ne l'avaient ni anticipée, ni préparée. La France avait certes résisté aux illusions de la fin de l'histoire, en maintenant une capacité de dissuasion nucléaire, en conservant un modèle complet d'armée, en entretenant une culture opérationnelle forgée par les interventions extérieures. Mais elle a sacrifié l'État régalien à son État-providence jusqu'à compromettre sa capacité à assurer sa sécurité intérieure et extérieure. Le prochain quinquennat devra donc être placé sous le signe du réarmement. Et en premier lieu du réarmement militaire.

La priorité a été donnée depuis des années à la lutte contre le djihadisme. Les armées ont supporté l'essentiel des plans d'économies budgétaires. Leur format a été réduit au-delà du raisonnable : elles alignaient, en 2021, 203 000 hommes et 41 000 réservistes contre 453 000 hommes et 420 000 réservistes en 1991 ; depuis cette même année, le nombre de chars a diminué de 1 349 à 222, celui des avions de combat de 686 à 254, celui des grands bâtiments de surface de 37 à 19.

Le surengagement des forces armées, avec 30 000 soldats déployés en permanence, s'est traduit par une usure accélérée des hommes et des matériels et une insuffisance chronique de l'entraînement. Par ailleurs, les lacunes capacitaires se sont accumulées dans des secteurs clés comme les drones, les frappes en profondeur, le transport aérien, le cyber ou la guerre de l'information - massivement gagnée par la Russie en Afrique.

La guerre d'Ukraine impose donc à la France, comme à ses partenaires européens, une révision drastique de sa posture militaire. Le combat de haute intensité doit être replacé en tête des priorités, mais il a vocation à s'inscrire dans une doctrine globale qui coordonne tous les acteurs et les facteurs de puissance, des armées aux collectivités locales, aux entreprises et aux citoyens, du recours à la force et à la lutte informationnelle jusqu'à la planification d'une économie de guerre et à la résilience de la société.

D'où la modernisation de la dissuasion nucléaire. D'où l'augmentation du format des armées et la révision, à la hausse, des contrats opérationnels, à commencer par celui portant sur la haute intensité qui est limité à la mobilisation de 15 000 hommes en six mois. D'où l'indispensable amélioration de la disponibilité des matériels et de l'entraînement, ainsi que la reconstitution des stocks de munitions et de pièces détachées limités à quelques jours. D'où un plan d'équipement pour porter le parc d'avions de l'armée de l'air à 215, celui des frégates à 18, tout en comblant le retard accumulé en matière d'hélicoptères et de drones. D'où le durcissement des systèmes d'information et de commandement ainsi que les progrès dans la guerre de l'information. D'où un effort massif d'innovation dans l'espace et dans les technologies de l'avenir comme les missiles hypervéloces, les canons électromagnétiques ou laser, les applications de l'intelligence artificielle.

La France ne peut échapper à une révision immédiate à la hausse du budget de la défense, fixé à 41 milliards d'euros en 2022. Les progressions de 3 milliards d'euros par an prévues par la loi de programmation militaire de 2023 à 2025 devront être doublées pour répondre aux besoins les plus urgents en matière de disponibilité des matériels, de reconstitution des stocks de munitions et de pièces de rechange, de rapatriement des forces et des équipements déployés au Mali. Il reviendra enfin aux deux prochaines lois de programmation militaire de poursuivre cet effort avec un réinvestissement de l'ordre de 50 milliards d'euros. Et ce en étroite coordination avec nos partenaires européens et nos alliés de l'Otan.

Le réarmement est aussi économique, politique et moral. Il engage la nation tout entière. Après la pandémie, l'invasion de l'Ukraine nous rappelle le prix de la liberté, le devoir des citoyens d'être prêts à accepter des sacrifices

pour la sauvegarder, le rôle essentiel de l'État pour garantir la sécurité qui en est la condition. « *La défense, rappelait de Gaulle dans son discours de Bayeux, c'est la première raison d'être de l'État. Il n'y peut manquer sans se détruire lui-même.* »

Blumenkinder im Kriegszustand : Warum ich für den Frieden demonstriere – und trotzdem für Aufrüstung bin

- Von [Julia Schaaf](#)
- -Aktualisiert am 07.03.2022-05:37



Zehntausende gehen gegen Putins Überfall auf die Straße, und die Politik beschließt eine Kehrtwende in der Sicherheitspolitik: Berlin vergangenen Sonntag, vor dem sowjetischen Ehrenmal. Bild: dpa

Unsere Autorin war immer Pazifistin. Angesichts der Lage in der Ukraine muss sie ihr Weltbild neu sortieren: War sie naiv? Passen Friedenstauben und Panzer zusammen?

Ich stehe vor dem Brandenburger Tor und kämpfe mit den Tränen. Ich habe zu diesem Zeitpunkt noch nicht begriffen, dass der Krieg in der Ukraine mir abverlangt wird, mein Weltbild vom Kopf auf die Füße zu stellen. Aber vielleicht fühle ich mich gerade deshalb so hilflos. Wer weiß.

Es ist Freitag Abend, Tag zwei nach der russischen Invasion. Der Berliner Chorverband und der Landesmusikrat haben dazu aufgerufen, für den Frieden zu musizieren. Mir ist klar, dass einer wie Putin es allenfalls lachhaft findet, wenn 3000 Leute in der deutschen Hauptstadt ausgerechnet „Imagine“ singen. Trotzdem habe ich Noten ausgedruckt und stehe mit ein paar Freundinnen in der Kälte. Mit dem 24. Februar ist die deutsche Friedensbewegung schlagartig zu neuem Leben erwacht, auch wenn Demonstrationen in der Berichterstattung weniger als politischer Ausdruck gesehen werden denn als Versuch einer gemeinschaftlichen Verarbeitung der eigenen Bestürzung. Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht – zu Recht – die Verzweiflung von Männern und Frauen mit ukrainischen Wurzeln, die von der Not ihrer Angehörigen und Freunde mitunter nur tausend Kilometer entfernt berichten.

Auch vor dem Brandenburger Tor schreit jetzt die Vorsitzende eines Deutsch-Ukrainischen Kulturvereins ins Mikrofon. Es ist ein Appell, den Angegriffenen in der Ukraine anstelle lauwarmer Solidaritätsbekundungen echte Unterstützung zukommen zu lassen. Bitterkeit, Schmerz und Zorn gellen über den Platz. Meine Freundin hält ihrem kleinen Sohn die Ohren zu. Applaus. Ich klatsche nicht mit. Ich bin heilfroh, dass mein Land und der gesamte Westen besonnen genug sind, sich nicht in eine militärische Konfrontation verwickeln zu lassen, die sich zum Dritten Weltkrieg auswachsen würde.

Ich würde am liebsten den Fernseher anbrüllen: Flieht doch!

Dann singen wir: „Sag mir, wo die Blumen sind“. Ich fand diese Hymne der Flower-Power-Bewegung schon als Jugendliche so schlicht, dass ich nicht gedacht hätte, sie je wieder anzustimmen. Jetzt versagt mir die

Stimme. Die hinteren Strophen hatte ich einfach vergessen. „Wo sind sie geblie-hie-ben?“ Blumen, Mädchen, Frauen. Dann Männer. Soldaten. Gräber. Ein banaler Folksong führt mir die unerbittliche Logik des Krieges vor Augen. Ich denke an die ukrainischen Väter, Ehemänner und Söhne, die ihre Kinder, Frauen und Mütter an die Grenze in Sicherheit bringen, um dann in ihre Städte und Dörfer zurückzukehren. Wenn ich solche Berichte sehe, würde ich am liebsten den Fernseher anbrüllen: Flieht doch auch! Alles andere ist der sichere Tod! **Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass man lieber kämpft, als wegzurennen.** Nun dürfen erwachsene Männer gar nicht mehr ausreisen. Diese Nachrichten aus der Ukraine ständig, ich kann das alles nicht fassen. Und dann schafft es ein bescheuerter Song, die vergessenen Ängste meiner Jugend aufzurühren.

Ich bin ein Kind der Achtzigerjahre. Im Schlepptau meiner Eltern nahm ich an Menschen- und Lichterketten teil, lange bevor ich Biertrinken lustig fand und zum ersten Mal einen Jungen küsste.



[„Im Schlepptau meiner Eltern nahm ich an Menschenketten teil, lange bevor ich zum ersten Mal einen Jungen küsste“: Menschenkette zwischen den Botschaften der USA und der Sowjetunion in Bonn, Oktober 1983. : Bild: Picture Alliance](#)

[Kalter Krieg](#), das bedeutete für mich, mit klopfendem Herzen in meinem Kinderzimmer zu liegen, wenn über dem Haus das Dröhnen eines Flugzeugs zu hören war. Ich fürchtete tatsächlich, im nächsten Moment könnte eine Bombe meine Familie auslöschen. Dabei tröstete ich mich mit dem beunruhigenden Wissen, im Zweifelsfall fiel die Bombe besser direkt auf einen drauf. Lieber Druckwelle und Hitze als ein Strahlentod auf Raten. Für uns Kinder des Kalten Krieges, die mit Gudrun-Pausewang-Büchern aufwuchsen, war die Bedrohung durch einen Atomkrieg konkret. Als Jugendliche trug ich Tag und Nacht ein Lederband mit einer kleinen Friedenstaube aus Emaille um den Hals. Bekenntnis und Beschwörung zugleich.

Ich bin nicht naiv. **Der Pazifismus jener Zeit, der mein Selbstverständnis gründete, erwies sich später als pragmatisch und anpassungsfähig. Kosovo-Krieg, 9/11 und die Erkenntnis, dass die Sicherheit Deutschlands auch am Hindukusch verteidigt werde: Die wenigen Jungs in meinem Umfeld, die den Wehrdienst nicht verweigerten, hatten wir seinerzeit als prinzipienlose Waffennarren verachtet. Inzwischen blicke ich mit einer Mischung aus Respekt und Dankbarkeit auf die Bundeswehr.** Der habituelle Antiamerikanismus der westdeutschen Linken ist zumindest in meinem Fall mit den Jahren verblasst. Eine Russland-Versteherin war ich nie. **Demos halte ich seit damals für überschätzt.**

Für die Kinder heute war Krieg eine historische Kategorie

Die Grundgewissheiten meiner Jugend jedoch haben den gesellschaftlichen Mainstream geprägt. In keiner Sekunde meines Lebens habe ich daran gezweifelt, dass Diplomatie, eine enge wirtschaftliche Verflechtung und die Abwesenheit von Waffen den Weltfrieden besser sichern als das Gleichgewicht des Schreckens meiner Kindheit. **Aus der Verantwortung der deutschen Vergangenheit und den Erfolgen einer Dialog- und Abrüstungspolitik, wie wir sie seinerzeit herbeidemonstrieren wollten, war eine Weltordnung entstanden, in der es sich vergleichsweise angstfrei leben ließ.** Meine Kinder sind nicht nur in einem wiedervereinigten

Deutschland geboren. Für sie war Krieg eine historische Kategorie – oder zumindest unvorstellbar weit weg. Sogar die friedliche Nutzung der Atomkraft ist inzwischen Geschichte. Niemand würde diese Mädchen und Jungen mit Gudrun Pausewang ängstigen.

„Wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht“: Als Außenministerin [Annalena Baerbock](#) am Morgen des 24. Februar diesen Satz der Sätze sagt, reibe ich mir noch fassungslos die Augen. Erst die Ereignisse drei Tage später wecken mich so richtig auf. Ein Sonnensontag; während ich warme Sachen für die Friedensdemonstration auf der Straße des 17. Juni zusammensuche, läuft **die Sondersitzung des Bundestages, die schon bald als historisch gelten wird. Der Bundeskanzler kündigt nicht nur Waffenlieferungen an die Ukraine an, sondern auch eine Stärkung der Bundeswehr in beispiellosem Umfang. Ich höre Worte wie Schutz, Verteidigung, nukleare Teilhabe. Und ich merke, ich finde das richtig. Ich gehe schon wieder auf eine Demo als Zeichen gegen den Krieg und will – Aufrüstung.**



[In der Bundeswehr sah die Friedensbewegung der Achtziger nichts Gutes: Demonstration in Bonn gegen das öffentliche Rekrutengelöbnis, 1980. : Bild: Picture Alliance](#)

Regenbogenflaggen, Pappschilder auf Russisch und selbstgebastelte Friedenstauben zwischen Siegestäule und Brandenburger Tor. Noch besser gefallen mir die Kreationen in Blau-Gelb. War mir noch gar nicht aufgefallen, dass diese extrastabilen Industrie-Gummihandschuhe zufällig die ukrainischen Nationalfarben haben. Aus den Lautsprechern sagt ein Greenpeace-Funktionär, der Protest jetzt dürfe keine Eintagsfliege sein, wir müssten langfristig Druck auf unsere Regierung ausüben, schnellstmöglich an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Ich schüttelte den Kopf. Hat der von all den diplomatischen Bemühungen der vergangenen Wochen nichts mitbekommen? Egal. Am Tag vier nach Putins Angriff geht es um ein Zeichen, nicht um unterschiedliche Positionen. Die Polizei spricht von mehr als 100.000 Teilnehmern, die Veranstalter jubeln über das Fünffache. Ich stelle mir die Luftbilder vor und wünsche mir, aus allen Hauptstädten dieser Welt möge ein ähnliches Signal an die Menschen in der Ukraine und in Russland gehen.

Als wir abseits der Versammlung vor einem Kaffeestand Schlange stehen – warum soll es einem beim Demonstrieren nicht gut gehen? –, fragt der erwachsene Sohn einer Freundin: **Warum hat man diesem Putin überhaupt so lange vertraut?**

Für einen Moment herrscht Schweigen. **Da steht ein junger Mann Mitte zwanzig, der auf drei Kontinenten gelebt hat und vegane, gluten- und zuckerfreie Kuchen backen kann.** Seine Generation hat Fridays for Future erfunden und mit der eindringlichen Warnung vor der Klimakatastrophe ein Gehör gefunden, das mein Achtzigerjahre-Ich vor Neid erblassen lässt. Ich mache also einen auf „Omma erzählt vom (Kalten) Krieg“: Rufe in Erinnerung, dass wir seinerzeit nicht wussten, ob wir mehr Angst vor den Politikern und Militärs in Ost oder West haben sollten.

Dass wir unsere eigene Führung förmlich anflehten, im Zweifelsfall den ersten Schritt zu tun. Dass die Entspannungspolitik zwischen den Blockmächten erst dann zu einem wirklichen Aufatmen führte, als das gegenseitige Misstrauen der Überzeugung wich, dass man gewisse Werte teilte und sich auf gemeinsame Regeln verständigen konnte. „I hope the Russians love their children too“, hatte Sting gesungen. **Drei Jahrzehnte lang schien es nun für alle Seiten das Vernünftigste, auf Kooperation zu setzen und Konflikte am Verhandlungstisch zu lösen – auf dass alle in Frieden und Wohlstand leben könnten.**

Die Ächtung von Gewalt bestimmt in Deutschland seither nicht nur die Außen- und Sicherheitspolitik. Sie ist tief in unser gesellschaftliches Gewebe eingesickert. Schon in der Kita wird die Stoppregel eingeübt: Wer seine persönlichen Grenzen verletzt sieht, soll das möglichst klar kommunizieren, während der gesamten Truppe beigebracht wird, entsprechende Signale zu achten. Schüler lernen, wie man Kritik wertschätzend formuliert.

Das Prinzip, Konflikte gewaltfrei zu lösen, prägt das gesellschaftliche Miteinander

Viele Jugendliche und junge Erwachsene engagieren sich in einem umfassenderen Sinn für die Anerkennung unterschiedlichster Identitäten als je zuvor. Ganz gleich ob cis oder non-binär, welche Migrationsgeschichte oder Opfererfahrung auch immer –, in einer freien, friedlichen Gesellschaft soll jeder zu seinem Recht kommen. Derweil treibt der Anspruch auf Gleichberechtigung und Gerechtigkeit junge Paare dazu, um neue Familien- und Rollenmodelle zu ringen. Wem das zu schwierig wird, der geht zum Mediator oder trennt sich friedlich. Gewaltfreie Kommunikation hat nichts mit internationalen Beziehungen zu tun, sondern gilt als Rezept für die Mikrokonflikte des Alltags.

Ist das jetzt alles passé? Was ist mit Jesus, Gandhi, Martin Luther King – lagen sie alle falsch?

Die Menschenmenge im Tiergarten wird für eine Minute stumm, um an die Männer, Frauen und Kinder in der Ukraine zu denken. Jetzt, an diesem Sonntagmittag, suchen sie in Scharen in U-Bahn-Stationen Schutz. Hunderttausende sind auf der Flucht. Viele fürchten um ihr Leben. Ein Teil kämpft. In den folgenden Tagen wird die Lage schlimmer. Immer mehr Menschen sterben.

Meine Welt steht kopf. Ich zweifle nicht an der Kraft der westlichen Demokratien, an gewaltfreier Erziehung und der herrlichen Freiheit, über Gendersternchen zu streiten. **Aber die 180-Grad-Wende in unserer Außen- und Sicherheitspolitik stellt auch meine persönlichen Überzeugungen infrage.** Politiker, Historiker und Kommentatoren beschwören jetzt das Ende einer regelbasierten Weltordnung, die auf wechselseitigem Vertrauen fußte, Win-win für alle statt Gewinner und Verlierer. Einige feixen, sie hätten immer gewusst, dass das nicht funktioniert. Ich lasse ihnen diesen Punkt, auch wenn ich ihre Selbstgerechtigkeit schwer erträglich finde. Gerade die Geschlossenheit des Westens in dieser Weltkrise führt uns doch vor Augen, wozu unsere Werte und Prinzipien fähig sind.



[„Ich wünsche mir, aus allen Hauptstädten dieser Welt möge ein ähnliches Signal an die Menschen in der Ukraine und in Russland gehen“: Friedensdemonstration in Berlin am 27. Februar. : Bild: EPA](#)

Ich bin immer noch für Frieden. Aber ich sehne mich auch nach der Stärke, dieses Bekenntnis absichern zu können. Für eine friedliche Welt zu kämpfen: Was gehört da neuerdings dazu? Sicherlich nicht, einem Putin auch die andere Wange hinzuhalten. Es gilt, sich auf neue Fragen einzustellen. Vielleicht ist bald Schluss mit Großdemos, weil es eine Friedensbewegung zerreißt, wenn sie Panzer, Kampjets und atomare Abschreckung befworten soll. **Vielleicht muss sich das Land der Pazifisten damit anfreunden, dass Soldat ein gängiger Berufswunsch sein könnte.**

Und vielleicht ist diese Entwicklung auch völlig angemessen, weil die Generation der Verantwortlichen heute nicht aus Altnazis und Kriegstreibern besteht, sondern von denselben Erfahrungen geprägt ist wie ich – und man ihr Besonnenheit zutrauen kann. „Imagine all the people, livin’ life in peace?“ Wer kein Träumer sein will, dem wird seit dem 24. Februar vor Augen geführt: Wir müssen uns dafür wappnen, dass es skrupellose Despoten gibt, die internationale Stoppregeln ungefähr so lächerlich finden wie singende Blumenkinder.

Vielleicht ist es an der Zeit, meine Kette mit der Friedenstaube wieder hervorzukramen. Ich glaube, sie braucht einen neuen Platz.

7 mars (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/wie-es-zu-russlands-rueckstaendiger-wirtschaft-kam-17856329.html?premium>

Russland im falschen Jahrhundert : Nur Gewalt im Angebot

- Von Vinzenz Hedinger
- -Aktualisiert am 07.03.2022-07:09



Nicht ohne mein Handy: Das einzige, was die Welt von Russland kaufen will, sind Rohstoffe. Das wird das Land nun in eine heikle Position bringen. Bild: EPA

Russland ist der große Verlierer der Globalisierung: Statt in Technologie investierte die Elite in Luxuskonsum. Nun hat das Land nichts, was die Welt kaufen will, außer Rohstoffe. Ein Gastbeitrag.

„Hier ist unsere Antwort auf die amerikanischen Sanktionen! Wir haben keine Angst vor euch! Wir werden ohne eure netten hübschen Sachen leben!“ Dieser Tweet, der ein Video kommentiert, in dem ein russischer Vater mit seinem Sohn aus Protest gegen den Rückzug von Apple aus Russland ein [iPad](#) mit dem Hammer zerstört und das mit einem iPhone aufzeichnet, weist auf einen wichtigen Aspekt von Putins Aggression gegen die Ukraine und auf eine Quelle seines Drangs nach territorialer Expansion. 1991 verlor Russland nicht nur ein Imperium. Das Land machte sich auf den Weg, zum größten Verlierer der zweiten Globalisierung zu werden.

Im Jahr 1984 nahm Jesse Jackson bei seiner ersten Präsidentschaftskampagne Reagans protektionistischen „Buy American Act“ von 1982 ins Visier. Er fragte das Publikum bei einer Debatte, wer im Saal einen japanischen Videorecorder besitze, damals das Neuste in der Unterhaltungselektronik. Viele hoben ihre Hand. Dann fragte Jackson, wer eine amerikanische Cruise Missile habe. Jacksons Argument war klar: Die amerikanische Industrieproduktion war im [Kalten Krieg](#) auf Rüstung fokussiert. Japanische Konsumelektronik hingegen stand für das, wonach der Markt verlangte, und für die Richtung, in die sich die Wirtschaft entwickeln sollte. Nach dem Ende des Kalten Kriegs passte sich Amerika rasch an. Teilweise durch die Übernahme von Rüstungstechnik – das Internet basiert auf dem Arpa-Net des Militärs – etablierten sich Marken wie Microsoft, Apple, Amazon und Netflix als Weltmarktführer für Informationstechnologie und im Bereich der konsumorientierten Plattform-Ökonomie.

Die u-Kurve der Wertschöpfung

Die zweite Globalisierung, die um 1990 einsetzt, ist ein wichtiger Faktor dieser Transformation. Die GATT-Verträge und die daraus entstandene [WTO](#) schufen einen globalen Wirtschaftsraum mit niedrigen Schwellen für Handel. Globale Wertschöpfungsketten, in denen die Produktion in Niedriglohnländer ausgelagert

wurde, während Entwicklung, Design und Verkauf der Produkte in den Hochlohnländern blieben, ersetzen bald das Modell der Fabrik an einem Ort in der Nähe von Rohstoffen und/oder Märkten der klassischen Industrieordnung. Die Verteilung der Wertschöpfung entlang dieser Ketten verläuft in einer u-förmigen Kurve. Am höchsten sind die Profite am Anfang bei Entwicklung und Design und am Ende im Verkauf, am niedrigsten in der Mitte bei der Produktion – man denke an Entwicklung, Herstellung und Verkauf eines iPhones.

Worauf es in der globalisierten Wirtschaft ankommt, ist die Entwicklung und Kontrolle von „brands“, von globalen Marken etwa für technologisch anspruchsvolle Konsumprodukte. Innerhalb dieses Systems stieg China zur Wirtschaftsmacht auf, indem es das Südkorea der Sechziger- bis Achtzigerjahre nachahmte: Sich als Billiglohn-Produktionsstandort in die globalen Wertschöpfungsketten einzuklinken, um dann möglichst schnell selbst globale Marken wie [Huawei](#) zu entwickeln. China verstand, dass es darum ging, vom Scheitelpunkt der U-Kurve zu den Patent-/Design- und Verkaufsenden der Kurve zu kommen.

© Twitter

Nichts Vergleichbares passierte in Russland. Als Billiglohn-Produktionsstandort fiel Russland aus geographischen Gründen aus. Globale Wertschöpfungsketten basieren auf Containerlogistik auf dem Seeweg, und zu Russlands Lageproblemen zählt seit je der Mangel an permanent eisfreien Häfen. Überlandtransporte sind aufgrund großer Distanzen und schlechter Infrastruktur teuer. So positionierte sich Russland nach dem Kalten Krieg nicht als eine der Fabriken der Welt, sondern als eine ihrer Tankstellen. Aber statt die Erlöse aus dem Rohstoffhandel zu verteilen oder in Technologien mit Entwicklungspotential zu investieren, gaben die neuen Eigentümer des Landes, die Oligarchen, ihr Geld für ostentativen Konsum und teure Luxusgüter aus: Fußballclubs, Yachten, Liegenschaften in London, am Mittelmeer, in Dubai, New York oder Miami. Die weniger Vermögenden ahmten sie darin nach.

Nicht einmal Marktführer beim Wodka

Russland verrannte sich in den Neunzigerjahren in der strukturellen Falle einer rohstoffbasierten Export- in Verbindung mit einer Konsumgüterimport-Wirtschaft. Verschärft wurde das Problem durch die Finanzpolitik der russischen Regierung. Der Preis für die friktionslose Eingliederung Russlands ins globale Wirtschaftssystem bestand, wie der Finanz- und Wirtschaftshistoriker Adam Tooze es formuliert, bei aller antiamerikanischen Rhetorik im mustergültigen Festhalten an einer konservativen Geld- und Finanzpolitik. Staatlich finanzierte Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in großem Umfang, die der Sowjetunion im Kalten Krieg lange erlaubt hatten, kompetitiv zu bleiben, fielen aus.

Der über Rohstoff Erlöse und eine konservative Fiskalpolitik ermöglichte Zugang zu globalen Konsumgütern verdeckte die Tatsache, dass Russland außer Rohstoffen nichts produzierte, was die Welt kaufen wollte. Dass Russland das sowjetische Nukleararsenal erbte, kam erschwerend hinzu. Die Möglichkeit, die Menschheit komplett auszulöschen, mag Gangstern und Geheimpolizisten, die an das Regieren durch Gewaltandrohung gewohnt sind, attraktiv erscheinen. Sie schafft aber keinen Anreiz über die „soft power“-Vorzüge globaler Marken nachzudenken, geschweige denn eine Politik zu verfolgen, die deren Entstehung begünstigen würde.



[Die Sowjetunion verfügte über eine voll entwickelte, eigenständige Luftfahrtindustrie und baute mit der Tupolev 144 sogar ein Gegenstück zur Concorde \(ebenso unwirtschaftlich und noch störungsanfälliger\). : Bild: picture alliance/dpa/TASS](#)

So umfasst das aktuelle Sanktionsregime denn auch keine Konsumgüter, es gibt ja keine, deren Verzicht durchgesetzt werden müsste. Als politisch bewusster Konsument konnte man in Europa in den Achtzigerjahren noch gegen Apartheid kämpfen, indem man keine Granny-Smith-Äpfel kaufte. Russland wiederum ist noch nicht einmal Weltmarktführer für Wodka (die bekannteste Wodka-Marke kommt aus Schweden). Wie sehr Russland von importierter Technologie abhängig ist, erkennt man auch daran, dass Apple Teile des russischen Alltags lahmlegen konnte, indem es Apple Pay deaktivierte. Silicon-Valley-Apps ersetzen in Russland auf ähnliche Weise öffentliche Infrastruktur wie in Nigeria, wo alle Kommunikation über Whatsapp läuft.

Zusammenbruch der zivilen Luftfahrt

Ein weiteres Beispiel ist die Luftfahrtindustrie. Insbesondere die zivile Luftfahrt ist eine Technologie, die ein Höchstmaß an technischer und Organisationskompetenz erfordert. Wer zivile Luftfahrtsysteme aufbauen und unterhalten kann und vor allem wer Flugzeuge ohne Beitrag von Dritten zu bauen und zu betreiben versteht, kontrolliert ein wichtiges Element der Technologie, auf der die globalisierte Wirtschaft basiert. Aktuell sind nur Europa und Amerika, nur [Airbus](#) und Boeing in dieser Position. Brasilien verfügt über eine wichtige Industrie für kleinere Verkehrsflugzeuge, die Volksrepublik China bemüht sich, eine solche aufzubauen, aber beide bleiben auf europäische und amerikanische Technologiepartner angewiesen.



[Das Bolschoi-Theater ist eindrucksvoll, doch nach einem russischen „Squid Game“, TikTok oder Nollywood sucht man vergeblich. : Bild: picture alliance / dpa](#)

Die Sowjetunion verfügte über eine voll entwickelte, eigenständige Luftfahrtindustrie und baute mit der Tupolev 144 sogar ein Gegenstück zur Concorde (ebenso unwirtschaftlich und noch störungsanfälliger). Jetzt beschränkt sich das Angebot auf einen Sukhoi-Mittelstrecken-Jet, der französische und englische Triebwerke einsetzt. Die Entscheidung von [Boeing](#) und Airbus, Aeroflot als Teil der Sanktionen nicht mehr mit Ersatzteilen zu beliefern, dürfte daher binnen weniger Wochen zum Zusammenbruch der Zivilluftfahrt in Russland führen. Die Golfstaaten bereiten sich seit Längerem mit dem Aufbau von Fluglinien und Drehkreuzen auf die Zeit nach dem Ende fossiler Brennstoffe vor, wobei sie ihren Standortvorteil nutzen: Mehr als sechzig Prozent der Weltbevölkerung leben in einem Radius von acht Flugstunden um den Persischen Golf. Die Türkei verfolgt mit dem neuen Großflughafen in Istanbul eine ähnliche Strategie. Russland hingegen macht hier wieder die Geographie einen Strich durch die Rechnung: zu weit nördlich, zu dünn besiedelt.

Putin-Kitsch taugt nicht als Kulturexport

Auch der Kulturbetrieb und die Medien stecken in nicht skalierbaren Formaten aus dem neunzehnten Jahrhundert fest und sind für den Export ungeeignet. Das Bolschoi-Theater ist eindrucksvoll, doch nach einem russischen „Squid Game“, TikTok oder Nollywood sucht man vergeblich. Wie zu Sowjetzeiten ist die breitenwirksame Filmproduktion koordiniert mit staatlicher Propaganda – man denke an Nikita Michalkovs Wandel vom Cannes-tauglichen Autorenfilmer zum Regime-Regisseur unter Putin –, aber es fehlt die künstlerische Qualität von Eisenstein, Vertov oder Esfir Shub. Der wichtigste Output der elektronischen Medien ist die staatliche Propaganda, wobei eine aggressiv antiwestliche und bloß reaktive Identitätspolitik den Platz der doch noch etwas weltgängigeren internationalistischen Revolutionsrhetorik der Zwanzigerjahre eingenommen hat. Der Putin-Kitsch, wie es Karl Schlögel nennt, findet zwar an den äußersten Rändern des politischen Spektrums im Westen großen Anklang, aber als Grundlage eines Geschäftsmodells für eine globale „content“-Industrie, die es mit Hollywood, Bollywood, türkischen Fernsehserien oder der südkoreanischen Film- und Musikindustrie aufnehmen könnte, taugt er nicht. So bleiben der wichtigste Kulturexport Russlands seit dem Ende des Kalten Krieges die Twitter-Trolle, die im Internet Stimmung für Trump und Brexit und gegen die EU und die Covid-Impfung machen, dafür aber auch wieder auf amerikanische Technologie angewiesen sind.

Was uns zurück zu Putin bringt. In einer Welt, in der die Macht in der Kontrolle von „brands“ liegt, von globalen Marken, strebt der russische Diktator nach Macht durch die Kontrolle von Land. Er ist einem geopolitischen Denken verpflichtet, das im Anschluss an den englischen Geographen Halford Mackinder davon ausgeht, die Kontrolle der eurasischen Landmasse sei Grundlage künftiger Weltherrschaft. Russland war immer schon eine Kolonialmacht auf eigenem Gebiet – Alexander Etkind spricht von „interner Kolonisierung“. Aber Putins Chefideologe, der faschistische Philosoph Alexander Dugin, hat Mackinders Theorie zu einer politischen Programmatik der Landnahme ausgearbeitet, die darüber hinausgeht und die Putin nun umsetzt. Die Geopolitik des einundzwanzigsten Jahrhunderts aber ist eben nicht mehr eine des Landes, sondern eine der globalen Marken. Mackinders amerikanischer Widerpart Alfred Thayer Mahan hat in seinem Buch „The Influence of Sea Power upon History“ von 1890 die Grundlage für die Seedoktrin der amerikanischen Navy gelegt, die mit ihren Flugzeugträger-Verbänden heute die Weltmeere beherrscht und damit potentiell alle Küstengebiete.

Thayer Mahans Konzept von Geopolitik passt zu jenem parteiübergreifenden Konsens, der seit den Neunzigerjahren besteht und auf offene Märkte für amerikanische Exportgüter abzielt. Die amerikanische Marine ist die globale Schutzmacht der Container-Schifffahrt, die vollständig von Firmen aus mit Amerika alliierten Ländern dominiert wird (Mærsk aus Dänemark, MSC aus Italien mit Steuersitz in Genf, CMA-CGM aus Frankreich und Hapag-Lloyd aus Deutschland kommen zusammen auf mehr als fünfzig Prozent Weltmarktanteil; zu den Top Acht zählen ferner Evergreen aus Taiwan, HMM aus Südkorea, One aus Japan sowie als einziger nichtalliiertes Akteur Cosco aus China).

Die neue Seidenstraße Chinas ist ein Versuch, diese Abhängigkeit von einer von Amerika und ihren Alliierten kontrollierten maritimen Infrastruktur des Welthandels zu verringern. Russland ist Teil dieses Vorhabens, wie übrigens auch die Ukraine, aus der China achtzehn Prozent seiner Getreideimporte bezieht. Aber auch ein privilegierter Zugang zur neuen Seidenstraße löst nicht Putins Problem, dass er nichts im Angebot hat, das die Welt kaufen will – es sei denn, man ist ein Tyrannen-Kollege à la Assad, der jemanden sucht, der für ihn das eigene Volk mit militärischer Gewalt unterdrückt.

Das ist der Grund, weshalb der Vater, der mit dem Hammer vor laufender Kamera sein iPad zerlegt, aber ein iPhone und Twitter braucht, um seinen Protest in die Welt hinauszutragen, ein perfektes Bild jenes Russlands abgibt, das Putin zu verantworten hat und das uns nun in der Ukraine gegenübersteht.

Vinzenz Hediger ist Professor für Filmwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt.

Charlemagne

With war at its doors, Europe discovers a capacity for action

Germany signals the dawn of a new era



Mar 5th 2022

Given the dauntingly long and complex compound-nouns that abound in German, *Wende* might sound like a modest concept. Yet a *Wende*—a watershed, a turning-point, the crossing of a Rubicon—is a big, important, intimidating thing. It is when deeply held beliefs are discarded for what was once unthinkable. As communism crumbled it was *die Wende* that made reunification inevitable, sweeping away the assumption that Germany would remain permanently split into East and West. The *Energiewende* marked the rash decision a decade ago to ditch nuclear power, to be replaced partly with renewables but also with coal and more Russian gas. Carmakers speak of a *Verkehrswende*, or transport revolution, which will send the combustion engines at the core of their business to the scrapheap.

Europe today is going through its own *Wende*. Much of what was accepted as fact before Russia invaded Ukraine on February 24th now seems hopelessly outdated. The eu, at its heart a “peace project”, now dabbles in the vocabulary of war. A continent often hobbled by its propensity to squabble has found a common voice. Once-great powers, mindful of their slipping role in the world and thus fearful of the future, have seemed oddly at ease as decades of geopolitics have unfolded in mere days. European institutions more typically absorbed by the harmonisation of phone-charger regulations have found themselves plotting the best way to get fighter jets into the hands of the Ukrainian air force.

At the crux of the *Wende* is Germany. That was something few had expected. Whereas other European allies echoed America’s calls for biting sanctions against Russia, Germany initially preferred not to push too hard, lest its own industry and households feel the pain. When Olaf Scholz, the chancellor, delayed the start-up of Nord Stream 2, a gas pipeline from Russia, it was hailed as an uncharacteristically resolute step. Ever mindful of its history, Germany indulged in an earnest pacifism that meant not only refusing to deliver weapons to Ukraine, but also blocking others from passing on German-made kit. The new leader seemed

wedded to the incrementalist ways of Angela Merkel, his predecessor, who during the euro-zone crisis perfected the art of putting off decisions for as long as possible.

And then, no longer. A special Sunday session of parliament on February 27th started with a tradition-defying standing ovation for the Ukrainian ambassador. By the time Mr Scholz was done with his speech, quite a few more traditions had fallen by the wayside. What he proposed was no less than a *Zeitenwende*, a shift in the times, a new epoch. Defence spending would quickly be raised to nato's target of 2% of gdp—a level that defies the notion of Germany as somehow exempt from playing a full role in the world. Forget the ban on other countries passing on German arms; Germany decided to send materiel directly to Ukraine. Even sacrosanct budget-balancing rules turned out to be no obstacle to extra cash for the army. Two new gas-import terminals will reduce dependence on Russian energy. “What Olaf Scholz announced was the biggest sea-change of German policy since reunification,” says Tyson Barker of the German Council on Foreign Relations.

The entry into this “new era”, as Mr Scholz put it, means that what seemed tolerable before can no longer be countenanced. Once criticised privately and in hushed tones, Gerhard Schröder, a former chancellor who has become a shill for Russian energy, was denounced publicly—including by former allies in his own party. (Also, the staff in his taxpayer-funded office quit.) *Ostpolitik*, the decades-old strategy of dealing with Russia based in part on the hope that gas pipelines could promote mutual dependence and therefore peace, is now dead. The self-serving notion that Germany could hold its nose as it traded with despots—that it could bring about “change through trade”—took a possibly fatal hit. Chinese diplomats will wonder what this means for their relationships with Germany and Europe.

The magic of the moment

A sort of *Europawende* is the inevitable corollary of Germany's new tack. For decades the eu's biggest member has been self-effacing. Being constructive in Europe, its voice merely one of many, was Germany's way of showing penitence for the second world war. Now it may have no choice but to take on the big role the eu needs it to play. In his speech Mr Scholz recycled language long used by France about the need for Europe to be “sovereign”. It cannot be so without Germany pushing its weight about.

The rest of Europe seems equally game for change. Plenty of sacred cows from across the continent were slaughtered along with German ones. The eu budget will be used to fund the purchase of weapons for the first time. Scandinavian countries overcame their own pacifism to arm Ukraine; in Sweden and Finland public opinion shifted strongly in favour of joining nato. Poland, in recent years an avid sower of discord in the union, pushed for co-operation against Mr Putin. Hungary could have derailed eu sanctions with its veto, yet decided to play along. And whereas the arrival of a wave of war refugees in 2015 prompted a crisis (as many member states demanded everyone but themselves do more), this time plans to take in millions of desperate Ukrainians were hatched in harmony. Ukraine demanded fast-track membership of the eu—and found support in many national capitals.

This is heart-warming stuff. There is a resolve among European diplomats converging on Brussels that Charlemagne has never previously felt. Some of it may not pan out: Ukraine will not be an eu member any time soon, and the idea of sending fighter jets there fizzled within days. Still, Europe is grinding through gears it did not know it had. Later it will ask itself where it went wrong, what mistakes landed Europe in the terrible crisis that is suddenly changing everything. But for now the mood is of a continent that is in mid-*Wende*, and embracing it.

Moskau übt scharfe Kritik an Bundesregierung

Salzburger Nachrichten, 05.03.2022

Das russische Außenministerium hat am Samstagnachmittag in einer vor dem Ukraine-Krieg nur schwer vorstellbaren Schärfe Aussagen von Bundeskanzler Karl Nehammer und Außenminister Alexander Schallenberg (beide ÖVP) kritisiert. Österreichische Amtsträger hätten in den vergangenen Tagen "einseitige und empörende Aussagen" zur Situation in der Ukraine getätigt, hieß in einer in sozialen Netzwerken verbreiteten Erklärung. Österreichs Außenministerium verwies auf das Völkerrecht.

Aussagen Nehammers und Schallenbergs verärgern Moskau

Der Bundeskanzler eines "scheinbar neutralen Österreich", Karl Nehammer, habe am 27. Februar in einem Fernsehinterview sowie in einer Pressekonferenz am 1. März in einer "emotionalen antirussischen Rhetorik" der Führung Russlands eine einseitige Entfesselung eines Kriegs, die Verletzung des internationalen humanitären Rechts und sogar Kriegsverbrechen sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen, referierte das russische Außenministerium.

Zudem habe Nehammer erklärt, dass die Neutralität Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg durch sowjetische Kommunisten "aufgezwungen" worden sei. Das Außenamt wolle in diesem Zusammenhang aber erinnern, dass der Staatsvertrag mit den Alliierten im Jahr 1955 nur aufgrund der Befreiung durch die Rote Armee möglich geworden sei. "Die Befreiung des Territoriums dieses Landes (Österreich, Anm.) hatte einen hohen Preis - mehr als 26.000 Soldaten sind dabei gefallen", hieß es.

Moskau kritisierte gleichzeitig auch Außenminister Schallenberg, der bei der Pressekonferenz am 1. März "absurde Anschuldigungen" gegen Russland erhoben habe, darunter den Vorwurf, die gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur zerstört zu haben.

"Wir verurteilen entschieden derartige unbegründete Aussagen und Einschätzungen", erklärte das russische Außenministerium. Dadurch würden ernste Zweifel an der Qualität von Wiens

"Neutralität" aufkommen, die in der letzten Zeit merklich abnehme und erodiere. Man werde das in Zukunft berücksichtigen, schloss die Erklärung.

Österreichs Außenministerium (BMEIA) regierte auf dem Kurznachrichtendienst Twitter mit folgender Botschaft, die am Samstagabend auf Deutsch und Russisch gepostet wurde: "Österreich ist militärisch gesehen ein neutraler Staat. Aber wir sind politisch niemals neutral, wenn es um die Achtung des Völkerrechts geht. Wir sind keineswegs neutral gegenüber Gewalt und wir werden nie schweigen, wenn die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit eines Staates angegriffen wird. Dagegen werden wir immer und auf allen Ebenen entschieden auftreten. Die Einhaltung des Völkerrechts, insbesondere der Bestimmungen des humanitären Völkerrechts, ist unsere rote Linie."

Opinions

Ukraine : comment en est-on arrivé là ?

Ferry, Luc

Le monde libre, unanime, condamne à juste titre la brutalité et la folie de l'intervention russe en Ukraine. Face à cette guerre aussi douloureuse qu'inexcusable, les réponses les plus fortes sont désormais légitimes. Cela doit-il nous interdire de réfléchir aux responsabilités qui sont les nôtres ? Certains pensent pouvoir tout expliquer par la personnalité de Poutine, son autoritarisme et son rêve fou de reconstituer la Grande Russie. Je crains que les choses ne soient plus compliquées, que les anathèmes moralisants, quelle que soit leur part de vérité, interdisent de comprendre le fond de l'affaire. Pour commencer, nous aurions dû nous opposer, comme Nicolas Sarkozy et Angela Merkel le demandaient, à la promesse faite par l'Otan en 2008 d'intégrer l'Ukraine. Il fallait à la place organiser une grande conférence sur la sécurité en Europe. Ce fut un casus belli pour la Russie et, loin de protéger l'Ukraine, on la mettait en danger. Du reste, le président Zelensky lui-même se dit aujourd'hui prêt à discuter d'un « statut neutre » de son pays. Nous aurions dû ensuite veiller à l'application des accords de Minsk, qui prévoyaient des élections libres et une réforme constitutionnelle pour les régions russophones de Donetsk et de Louhansk. Rien ne fut fait, alors qu'il était évident qu'après l'indépendance de l'Ukraine en 1991 les oblasts du Sud-Est entreraient en sécession de sorte que le conflit du Donbass prendrait autant d'allure d'une guerre civile que d'une intrusion russe. Enfin, nous aurions dû être attentifs aux signaux (investissements militaires, précautions financières), qui indiquaient que la Russie préparait une guerre, et tout tenter pour l'arrimer à l'Europe sur le plan économique, culturel et universitaire. Nous avons fait l'inverse. Ces observations n'excusent en rien Poutine, et la situation, maintenant, est désastreuse. Pour l'Ukraine, évidemment, mais aussi pour l'Europe, que les sanctions pénaliseront presque autant que la Russie ; désastreuse aussi pour cette dernière, désormais affublée d'un président qui suscite l'hostilité irréversible du monde libre. Mais il y a pire, bien pire : nous assistons à la naissance d'un monstre sino-russe qui sera militairement le plus redoutable et le moins démocratique de la planète. Que faire ? Les sanctions ne peuvent qu'osciller entre le trop et le trop peu. Elles auront un impact sur l'économie et le peuple russe, mais, à court terme, peu sur ses dirigeants. Engager des forces de l'Otan au risque d'une guerre nucléaire ? Personne n'y songe. Intégrer l'Ukraine dans l'UE, y importer la guerre ? Est-ce compatible avec le statut de neutralité qu'évoque Zelensky ? Il faut pour le moins clarifier. Armer l'Ukraine ? Oui, mais seulement si l'objectif est clair et les armes adaptées : il ne s'agit pas d'augmenter la guerre et ses souffrances, ni d'alimenter l'illusion d'une victoire sur l'armée Russe, mais de rendre impossible, car trop coûteuse, une occupation de l'Ukraine. La priorité est maintenant de cerner ce que Poutine veut vraiment. On a bien compris qu'il voulait terroriser l'UE, venger son pays qu'il juge méprisé par elle depuis vingt-cinq ans. C'est fait. Certains pensent qu'il rêve de reconstituer la sphère d'influence de l'URSS en occupant l'Ukraine. S'il est clair que Poutine veut se débarrasser de Zelensky par tous les moyens et qu'il faut tout faire pour l'en empêcher, une occupation de l'Ukraine serait pure folie : envahir est une chose, occuper en est une autre. Ce qu'il vise avant tout, comme en Ossétie ou en Crimée, c'est à réintégrer les populations russes que la chute de l'URSS a abandonnées dans les pays qui se sont émancipés. C'est bien sûr contraire au principe de la souveraineté des États. Reste que c'est la réalité de l'histoire et que, si on organisait des élections libres dans ces territoires russophiles, il est probable qu'une majorité demanderait l'indépendance, voire un rattachement à la « mère patrie ». Voilà pourquoi la seule solution résidait dans une organisation fédérale, dans une autonomie institutionnelle de ces régions, réforme d'ailleurs esquissée par les accords de Minsk, mais jamais appliquée. Est-il trop tard ? C'est probable. L'avenir nous le dira, mais nous aurions pu et dû tout faire pour prévenir cette rupture de la Russie avec l'UE. Emmanuel Macron a eu raison de parler à Poutine. Il va falloir continuer, comme Zelensky lui-même le demande avec calme et courage, aider l'Ukraine, bien sûr, mais parler aussi au peuple russe, car la Russie, qu'on le veuille ou non, restera notre voisin.

6 mars (The Economist)

<https://www.economist.com/leaders/2022/03/05/france-needs-a-proper-debate-ahead-of-its-presidential-election>

Macron, and on

France needs a proper debate ahead of its presidential election

But time is running out



Mar 5th 2022

Five years ago a little-known former economy minister won the French presidency in his first bid for elected office. Emmanuel Macron, then 39, became the country's youngest leader since Napoleon Bonaparte. On April 10th and 24th France will hold its next two-round presidential election. Mr Macron hopes to defy precedent again by securing a second term. This would be quite a feat. For the past 20 years no French president has been re-elected. Only two, François Mitterrand and Jacques Chirac, have won a second term since Charles de Gaulle in 1965.

Mr Macron is nonetheless the strong favourite. Our model gives him an 88% probability of re-election, even though he has yet to hold a rally or take to the campaign trail. Mr Macron has had a lot on, softening the impact (successfully) of a surge in covid-19 cases in January and then (unsuccessfully) trying to talk Vladimir Putin out of going to war. But this is making for an [odd campaign](#), as his rivals criss-cross France and take part in endless tv debates without the one candidate they all denounce. Assuming he declares by the legal deadline on March 4th, Mr Macron has just five weeks to lay out what he wants to do with a second term, and how he plans to do it.

On Mr Macron's watch the French economy has become more business-friendly, enterprising and job-creating, and less heavily taxed. Having promised to spend "whatever it costs" during the pandemic, he has kept people in jobs and firms in business. The rich have gained from his tax cuts and other policies, but so has everyone else: average net household incomes have increased across every income decile. Gay and single women can now get free ivf treatment; 300,000 school pupils, free breakfasts. Abroad, Mr Macron's cherished idea of fostering European "strategic sovereignty" may get some impetus from Germany's recent decision to increase spending dramatically on defence.

Yet the record is far from faultless. Mr Macron's diplomatic efforts have been energetic, but the results mixed. He failed to coax Mr Putin to behave better, or to stop France's counter-terrorism operation in Mali from unravelling. At home, the president's haughty governing style has not united France: nearly half of voters plan to back a candidate from one or other political extreme, just as they did in 2017. Above all, there is unfinished business. France needs to reform pensions to persuade people to keep working for longer. It

also needs to get public finances under control without harming the economy or denting incomes. It is one of the more indebted countries in the euro zone.

Such measures will require plenty of hard choices and unpopular decisions. A second-term president, forbidden constitutionally from running again immediately, could afford to be unpopular. But Mr Macron, even if he is re-elected, may lose his parliamentary majority at legislative elections in June. Moreover there is precious little time for voters to engage in a serious debate about these choices. So far the campaign has been mediocre, framed by the identity politics and toxic diatribes against immigration of the candidates on the nationalist hard right, Eric Zemmour and Marine Le Pen. If Mr Macron faces either in the run-off, his probable victory would owe as much to those who want to keep them out as those who want him in.

The horrifying spectacle of war on Europe's eastern flank will draw attention away from the vote. Yet, as the euro zone's second-biggest economy and the eu's only serious military power, France matters more than most. An upset cannot be ruled out. Mr Macron, of all people, knows the value of transparency and clarity before an election. In 2017 he broke with tradition and told the French before they voted that he would swiftly pass decrees to loosen the labour market—measures that helped encourage the private-sector job-creation now benefiting the economy. Unless he embraces a proper debate in the short time left before the vote, he will find it a whole lot harder, if he is re-elected, to finish what he has begun.

6 mars (Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/antiracisme-diversite-defense-des-droits-des-minorites-la-folie-woke-en-entreprise-20220304>

vendredi 4 mars 2022 - 06:00 UTC +01:00 1746 mots

Vox ; Vox Société

Antiracisme, diversité, défense des droits des minorités... La folie woke en entreprise

de Montalembert, Ghislain

FIGAROVOX/ENTRETIEN - Les grandes entreprises se mettent à l'heure du woke, révèle Anne de Guigné, journaliste au *Figaro Économie*, dans un livre-enquête saisissant sur cette nouvelle religion qui envahit maintenant le monde du travail.

LE FIGARO MAGAZINE. - Née au sein de la société américaine pour dénoncer le racisme et les discriminations envers les minorités, la vague woke est-elle en train de gagner les entreprises?

Anne de GUIGNÉ. - C'est évident. Aux États-Unis, les entreprises ont depuis dix ans fait une entrée fracassante en politique. Plus récemment, leurs engagements ont eu tendance à épouser la vague woke, dans le sens où elles prêtent une intense attention aux questions identitaires. Ainsi, d'ici quelques mois, les groupes cotés au Nasdaq devront spécifier la race/ethnie et l'orientation sexuelle de tous les membres de leur conseil d'administration, dans le but de respecter, dans un second temps, des quotas de diversité. Des entreprises comme Disney ou Coca-Cola invitent, dans des formations officielles, leurs salariés blancs à méditer sur les privilèges que leur octroie leur race.

L'Europe se convertit aussi rapidement à cette nouvelle religion. Lufthansa a ainsi demandé, en juillet 2021, à ses employés de bannir l'expression «mesdames et messieurs» afin de privilégier un discours qui s'adresse à tous les passagers, et notamment à ceux qui ne se reconnaissent dans aucune de ces catégories. En signe de protestation après la mort aux États-Unis en mai 2020 de George Floyd - un Afro-Américain mort suite à son interpellation violente par des policiers blancs -, Lego a de son côté courageusement décidé de suspendre les publicités pour ses petites voitures de police.

Le mouvement arrive-t-il en France?

Oui, d'abord par les entreprises américaines qui importent à Paris leurs codes: célébration continue des minorités, signalement du genre (He/She) sur les signatures des e-mails, formations antiracistes... Les groupes français, qui dépendent du marché américain, suivent. Ainsi dans une présentation aux analystes et journalistes l'été dernier, Sanofi a tenu d'emblée à préciser le nombre de ses salariés de couleur noire aux États-Unis. La vague est puissante, mais en France elle se heurte au fond de culture universaliste du pays, qui explique que de nombreux patrons considèrent encore avec la plus grande réticence ce mouvement. Il ne leur sera toutefois pas facile d'y résister.

Les entreprises ambitionnent-elles d'influencer nos comportements?

Je crois que dans le fond, elles s'en moquent, mais elles ont compris que la morale faisait vendre. L'hiver dernier, Uber a envoyé une charte à ses clients dans laquelle elle leur demandait de s'engager à ne jamais tenir de propos homophobes dans le cadre de leur vie privée. Bien sûr, ce type de propos est inacceptable, mais est-ce vraiment à Uber de venir nous expliquer comment nous comporter? L'entreprise ferait sans doute mieux de se soucier en priorité de la formation de ses chauffeurs, dont le comportement irrespectueux a plusieurs fois été épinglé pour discrimination envers des couples homosexuels.

Notre époque a basculé dans un étonnant puritanisme. Aujourd'hui, la plupart des marques ne cherchent plus à doper leurs ventes en associant leurs produits à une promesse de plaisir, séduction, confiance en soi, bonne santé, ou que sais-je... Elles ne parlent plus que de bien et de mal. Avec tel shampoing, vous luttez contre les discriminations en consommant tel café, vous acquérez le statut d'individu responsable.

Pourquoi cela vous choque-t-il?

L'hypocrisie ne me choque pas en soi. Je crains en revanche que cette confusion généralisée entre valeurs et marketing participe à l'atomisation de nos sociétés. L'entreprise peut participer à l'intérêt général, mais elle ne peut pas le définir. C'est le rôle du Parlement. Il n'y a pas besoin de convoquer Pascal pour comprendre que la politique et la recherche de la rentabilité relèvent de deux sphères différentes. Des modèles hybrides mêlant profit et engagement, comme l'entreprise à mission en France, se développent peu à peu. Ils fonctionnent très bien quand l'entreprise se fixe un objectif précis d'action, lié à sa sphère de production. On attendra par exemple davantage que Coca-Cola se préoccupe de l'épidémie d'obésité provoquée par la consommation massive de sodas en Occident que de la formation de ses troupes aux théories du privilège blanc.

Certaines des valeurs défendues par les multinationales, sur l'inclusion et le genre notamment, sont ouvertement progressistes et même parfois en avance sur la société ou les lois en vigueur. Pourquoi cette course en avant?

Les multinationales cherchent à cerner le dénominateur commun des aspirations de la classe moyenne et supérieure mondialisée, leurs clients, et en priorité de la jeune génération! Ces aspirations sont aujourd'hui clairement progressistes.

D'où la tentation des groupes de toujours chercher à préempter les lois. Cette tension se lit par exemple en France sur le sujet de la GPA, autorisée aux États-Unis mais pas dans l'Hexagone. Une subtilité sur laquelle les multinationales ont tendance à s'asseoir.

Cette homogénéisation du droit par les grandes entreprises pose des questions de souveraineté. Je crains aussi qu'elle fragilise les socles nationaux et menace d'accentuer encore la scission entre consommateurs aisés et classes populaires, réputées plus conservatrices. Avec l'épisode des «gillets jaunes», la France a pu mesurer la sensibilité de la question.

Comment expliquez-vous cette incursion croissante des entreprises sur le terrain des valeurs?

L'explication tient d'abord au fait que les États n'ont plus les moyens de répondre aux grands défis de notre époque et au premier d'entre eux, la transition écologique. Les plus grandes entreprises sont désormais plus puissantes que les États. Et spontanément la société civile se tourne vers elles pour résoudre des questions qui étaient autrefois l'apanage du politique. La bascule est particulièrement frappante dans le secteur du numérique où Facebook, Google ou encore Apple règnent sur de véritables empires planétaires. Désormais, ce sont ces groupes qui définissent les contours de la liberté d'expression dans le monde occidental, comme on l'a vu après l'assaut du Capitole, quand Twitter et Facebook ont décidé de bloquer les comptes de Donald Trump. Suite à cet épisode, Facebook a répondu aux critiques, en se dotant d'une espèce de cour constitutionnelle privative chargée de juger les décisions du groupe. À défaut de régulation forte de la puissance publique, on laisse donc à une entreprise le soin de fixer son propre droit!

Au-delà de cette question, je crois que la montée en puissance des entreprises sur le terrain de l'éthique et des valeurs s'explique aussi simplement par l'effondrement brutal des grandes institutions (partis politiques, syndicats, religions...) qui structuraient auparavant le débat idéologique.

C'est finalement une victoire pour les entreprises: elles sont un bastion solide, qui inspire encore confiance...

C'est une victoire, mais de court terme, je pense. Le capitalisme a besoin de la démocratie pour se protéger de ses propres excès. L'entreprise n'est pas armée pour organiser la vie commune et définir l'intérêt général. Or, c'est un peu ce qu'on lui demande aujourd'hui, qu'il s'agisse des consommateurs qui réclament des produits éthiques, ou des salariés qui, en quête de sens et rêvant d'avoir un impact positif sur la société, attendent de leur employeur qu'il porte les valeurs qui les animent. Des attentes que le télétravail, en brouillant un peu plus la frontière entre vie privée et vie publique, devrait encore renforcer. La jeunesse, notamment, est tout autant qu'avant éprise d'idéal et d'engagement qu'autrefois. Elle se tourne simplement désormais vers l'entreprise, faute d'alternative.

Avec le concept de responsabilité sociale des entreprises (RSE), n'a-t-on pas incité ces dernières à prendre des engagements sociétaux?

À la suite de la crise de 2008, qui a démontré de façon flagrante les limites et les excès du capitalisme financier, une réflexion de fond a été engagée sur la manière de réguler le fonctionnement des entreprises. D'où l'émergence de la notion de RSE, qui signifie au départ que les entreprises doivent prendre en compte l'impact social et environnemental de leur activité. Mais depuis deux-trois ans, de plus en plus de grands groupes assimilent cette question de la responsabilité à la défense d'un agenda politique.

Aux États-Unis, à la demande de la société civile, des groupes n'hésitent pas à menacer de boycott des États (fédérés) dont ils jugent les lois non conformes aux valeurs qu'ils défendent. Cette politisation du capitalisme bouscule l'ordre démocratique,

transformant peu à peu l'acte d'achat en geste politique. De nombreux Américains choisissent désormais leur fast-food en fonction des idées politiques affichées par la marque. Par une icône, Google permet encore aux consommateurs, depuis 2020, d'identifier les commerces tenus par des personnes noires afin de les privilégier. Même le supermarché devient un lieu d'expression de ses luttes! Il me paraît dangereux de transformer ainsi la carte bancaire en bulletin de vote.

Comment résister à la déferlante woke en Europe?

L'Europe doit défendre sa propre culture sur cette question de la responsabilité des entreprises. Et c'est tout l'enjeu de la directive sur la normalisation du reporting extra-financier des entreprises, que Paris a négocié de près. Historiquement, suivant la tradition ordo-libérale allemande, l'Europe a toujours défendu une ligne plus sociale que sociétale. C'est un sujet particulièrement sensible pour la France, qui s'est construite depuis plus de deux siècles sur un modèle d'intégration universaliste, qui s'oppose frontalement à la vision communautariste américaine et à la cristallisation des identités sur les questions de race et d'orientation sexuelle. En France, traditionnellement, la gestion de la diversité passe ainsi par la distinction entre les sphères publique et privée. Maintenir une telle distinction paraît certes de plus en plus ardu dans la société contemporaine. Peut-être que le modèle français va devoir s'adapter, du moins à la marge, mais les entreprises ne peuvent pas conduire seules ce débat important.

6 mars (Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/politique/jean-pierre-jouyet-la-france-son-royaume-son-monarque-20220304>

Le Figaro et vous, samedi 5 mars 2022 1097 mots, p. 39

JEAN-PIERRE JOUYET

LA FRANCE, SON ROYAUME, SON MONARQUE

REBOND APRÈS AVOIR ÉTÉ DIRECTEUR DU TRÉSOR, SECRÉTAIRE GÉNÉRAL DE L'ÉLYSÉE, MINISTRE ET AMBASSADEUR, CELUI QUI FUT AUSSI L'UN DES MENTORS D'EMMANUEL MACRON PUBLIE UN LIVRE DANS LEQUEL IL MET EN LUMIÈRE LES PERMANENCES DE L'HISTOIRE DE FRANCE.

On le rencontre dans un restaurant du 16^e arrondissement qui a des allures de cantine chabrolienne. Un lieu protégé des regards extérieurs par d'épais doubles rideaux à des années-lumière des cantines véganes chics en vogue. Rien d'étonnant : Jean-Pierre Jouyet n'a pas coutume de faire semblant d'être un autre. Fils d'un notaire normand ayant gravi tous les échelons de la haute fonction publique, il est un bourgeois qui s'assume. Un serviteur de l'État aux allures de prélat qui a été au plus près du pouvoir. Au point d'avoir pu, un temps, influencer les grandes décisions tout en étant l'un des maîtres d'oeuvre, une sorte de super-DRH de la haute administration française.

Depuis ses débuts comme chef de cabinet de Jacques Delors à la Commission européenne, en passant par la direction du Trésor et de la Caisse des dépôts, l'Autorité des marchés financiers, le secrétariat général de l'Élysée sous Hollande, l'ambassade de France à Londres, sans oublier un passage comme secrétaire d'État aux Affaires européennes dans le gouvernement Fillon et la présidence de la puissante Inspection des finances, ses fonctions passées ont follement passionné Jean-Pierre Jouyet. Mais elles sont toujours allées de pair chez lui avec une cordialité non feinte, une certaine liberté de parole et - aussi surprenant que cela puisse paraître - une forme de candeur. Sans surprise, on voit ainsi passer dans son regard comme une lueur attristée quand on lui demande s'il a vu récemment Emmanuel Macron, qu'il a très largement contribué à porter au pouvoir. La réponse est non. Évidemment. Car ainsi va la vie. Car c'était écrit, serait-on tenté d'écrire.

Jouyet n'est pourtant pas en colère : c'est un homme au caractère tempéré. Un énarque qui aurait rêvé de faire Normale Sup, un fervent catholique plutôt méfiant face à une laïcité de combat et, surtout, un personnage plus enclin à la concorde, à la recherche de la conciliation qu'à la rupture et qui se retrouve de ce fait quelque peu désemparé en ces temps de radicalité. Non, il n'est pas en colère, Jouyet, juste triste. Triste de voir que son ancien protégé, qu'il a présenté à François Hollande et dont il a poussé la candidature à Bercy en 2014 avant de l'encourager à se présenter à la présidentielle, l'a effacé. Le faisant passer « *du statut de mentor à celui d'infréquentable, (...) devenu gênant, encombrant* », comme il l'écrivait dans son précédent livre. Il n'a pas changé d'avis : « *Si, dans l'Ancien Régime, et contrairement à aujourd'hui, les rois désignaient des dauphins, ils n'aimaient cependant pas avoir de parrains et ont toujours tenté de s'en débarrasser. Louis XIV l'a fait avec Fouquet, Louis XV avec Choiseul* » et Macron avec lui...

Un peu éloigné de ce petit monde économique-politico-médiatique qu'il fréquente toujours mais avec moins de gourmandise, Jouyet, aujourd'hui administrateur de l'assureur Covéa, n'a cependant pas perdu le goût de la chose publique. Il le dit sans détour : « *Ce qui me manque, c'est de ne plus servir l'État. J'adore la politique et elle me manque, en termes de conseil.* » Observant avec quelque inquiétude la défiance des Français vis-à-vis de la classe politique, cette « *révolte silencieuse qui peut se transformer sans prévenir* », il a donc décidé de parler politique à sa manière. En écrivant. Dans son dernier livre, *Notre vieux royaume* (Albin Michel), cet ami de François Hollande explore ainsi cette continuité monarchique très française qu'Emmanuel Macron n'a pas rompue : « *Notre monarque actuel, alors qu'il parlait de concrétiser un « nouveau monde », est resté dans l'ancien monde* », tranche Jouyet.

La France victime d'une gouvernance ultra-centralisée

Selon lui, la France est ainsi toujours victime d'une gouvernance ultra-centralisée accélérée avec l'instauration du quinquennat, qui a conduit à « *concentrer toutes les décisions à l'Élysée, ce qui n'était pas le cas sous de Gaulle* ». Le pouvoir horizontal promis pendant la campagne ? « *Il n'y a pas eu de référendum d'initiative populaire, de réflexion sur la proximité et les relations avec les institutions locales* », relève-t-il. Une situation qui n'est pas uniquement le fait du roi, mais s'explique aussi par l'âme même des Français. Un peuple Janus, impétueux et imprévisible, capable de se soulever contre le pouvoir en place comme de se livrer aux

mains d'un « sauveur » . Un peuple dont l'ADN semble éternel, immuable malgré les changements de régime. Malgré la Révolution. Ainsi, tout comme Emmanuel Macron, qui avait, en 2015, constaté « *le vide émotionnel, imaginaire et collectif* » entraîné par l'absence de la figure du roi après 1789, Jouyet remarque que l'on ne peut effacer la France de l'Ancien Régime. « *Les Français sont ambivalents, ils veulent une personne d'autorité, incarnant le pouvoir et aiment aussi que l'on fasse attention à leur condition. Les régions aiment bien avoir leur indépendance, mais le pouvoir passe toujours par Paris.* »

Cette continuité monarchique française, qui va de pair avec une propension à dépenser plus que de raison, doit-elle cesser ? Jean-Pierre Jouyet, favorable à l'instauration d'une plus grande proximité entre élus de terrain et ministres comme à la fin de l'interdiction du cumul des mandats de député et de maire, en est convaincu, regrettant que la France vive toujours avec une administration d'Ancien Régime. « *Ces institutions sont un atout et une fierté, mais aussi un fardeau. Le problème de la France, c'est que l'on n'a pas l'habitude d'y réformer en continu et en profondeur à cause de notre histoire, de crainte que cela ne permette pas au monarque de rester au pouvoir. Après les « gilets jaunes », le grand débat national n'a pas débouché sur des réformes.* »

Une concentration du pouvoir exacerbée par la guerre en Ukraine, qui accentue encore le rôle central du chef de l'État, son « côté monarchique » . « *Dans ce type de crise, encore plus que d'ordinaire, tout s'ordonne autour du président* » , relève Jouyet, qui se réjouit cependant de voir « *la manière dont cette crise transforme l'Europe* » . « *Ce qui m'a le plus impressionné, c'est la rapidité et l'unanimité de la réaction européenne concernant les sanctions vis-à-vis de la Russie et l'achat de matériel militaire en soutien à l'Ukraine.* » Et d'ajouter : « *On a vu apparaître une nouvelle Europe extrêmement vivante, très politique et s'affranchissant de son caractère bureaucratique. Je n'aurais jamais imaginé que l'Europe de la défense se constituerait aussi vite sous l'impulsion de la présidente de la Commission européenne et de la présidence française de l'Union européenne.* » Une présidence européenne assurée par Emmanuel Macron, que Jouyet critique sans s'en détacher totalement. Sentimental un jour, sentimental toujours...

6 mars (Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/international/les-missiles-javelin-stinger-et-nlaw-cauchemar-des-forces-russes-20220305>

samedi 5 mars 2022 - 20:33 UTC +01:00 734 mots

Actualité ; International

Les missiles Javelin, Stinger et NLAW, cauchemar des forces russes

DÉCRYPTAGE - Ravitaillée par l'Occident, l'Ukraine utilise ces missiles pour ralentir l'offensive russe, infligeant des pertes matérielles et humaines importantes.

La fumée noire s'élève derrière le cimetière, forme un champignon sur le lieu de l'impact. Quelques secondes auparavant, un missile frappe un hélicoptère de face et provoque sa chute. L'authenticité de cette vidéo, partagée par un journaliste du *Kyiv Independent*, ne peut être vérifiée, mais elle décrit un phénomène rapporté par plusieurs observateurs : la supériorité militaire de la Russie n'est pas encore totale.

Près de 60 chars et plus de 355 véhicules russes auraient été détruits, ont déclaré les autorités ukrainiennes mercredi 2 mars. Afin de ralentir l'invasion de l'Ukraine, l'Occident lui livre des armes. L'Allemagne, dans une décision historique, a envoyé 500 missiles Stinger la semaine dernière et a annoncé l'envoi de 2700 missiles supplémentaires. « *Ces livraisons ne suffiront certainement pas à renverser le rapport global des forces, mais elles pourront compenser une partie des déficiences ukrainiennes* », assurait au *Figaro* Jean-Sylvestre Mongrenier, chercheur à l'Institut français de géopolitique, quelques jours après le déclenchement de l'invasion.

«Saint Javelin, protégez l'Ukraine»

L'offensive éclair imaginée par la Russie a échoué, les images de blindés détruits et d'aéronefs russes abattus se succèdent. Si les griffes de l'ours russe enserrant toujours davantage l'Ukraine, l'offensive est ralentie. Un ralentissement qui tient en partie à l'utilisation massive de ces missiles antiaériens (Stinger) et antichar (NLAW et Javelin).

« *Ces armes peuvent jouer un rôle dans le conflit. Néanmoins, à la vue du nombre de matériels russes, elles peuvent favoriser un freinage de l'invasion, que nous observons, mais pas son arrêt* », prévient Olivier Kempf, chercheur associé à la Fondation pour la Recherche Stratégique. « *Elles sont déjà un cauchemar pour les Russes, de même que l'artillerie russe est un cauchemar pour les Ukrainiens* », ajoute l'historien militaire Cédric Mas. Le missile antichar américain est même devenu un symbole de résistance, amplement partagé. Une parodie d'icône montre la Vierge, tenant un Javelin, accompagné du message : « *Saint Javelin, protégez l'Ukraine* ».

Les livraisons d'armes avaient commencé avant l'invasion. Kiev avait commandé pour 47 millions de dollars de Javelin en 2018, puis 180 missiles en 2021 et 300 en janvier. L'Estonie et les États-Unis ont ensuite fourni de nombreux missiles de ce type. Les Javelin ont d'ores et déjà prouvé leur efficacité. Au cours de la Seconde Guerre du Golfe, ils ont été utilisés contre des chars T-72... d'origine russe. Tiré par un soldat ou monté sur un véhicule, il vise les parties supérieures du blindé, plus vulnérables. « *C'est la raison pour laquelle des images de blindés russes déployés avec des grillages métalliques, voire des sommiers au-dessus des toits, ont été vues* », décrypte Cédric Mas. Les NLAW (Next Generation Light Antitank Weapon) britanniques produisent également de nombreux dégâts sur les blindés russes.

« *En 1979, les Américains avaient livré des Stinger aux Afghans pour lutter contre les forces armées russes* », rappelle Olivier Kempf. Ces missiles antiaériens ont permis aux moudjahidines de lutter efficacement contre l'emploi massif d'aéronefs soviétiques. Une aide décisive. « *Ces missiles sont très puissants, particulièrement contre les hélicoptères qui sont très utilisés dans la doctrine russe. Les Stinger créent un danger permanent* », souligne Cédric Mas.

Des armes qui ne permettent toutefois pas de contre-attaquer

« *Il n'y a pas d'armes miracles. En réalité, l'arme n'est rien, ce qui compte c'est l'opérateur. En l'occurrence, l'Ukraine dispose d'opérateurs formés à ces armes* », ajoute Cédric Mas qui insiste sur la formation nécessaire pour manipuler ce type d'armement moderne.

Si les livraisons se poursuivent, elles ne permettront cependant pas à l'armée ukrainienne de contre-attaquer. « *Ces armes vont permettre d'infliger des pertes à un ennemi, mais pas de porter le feu sur lui. On peut le détruire, mais pas préparer une attaque. Abattre des avions n'a pas la même portée que disposer de sa propre aviation pour bombarder des colonnes de chars immobiles* », ajoute-t-il en référence à la longue colonne de blindés russes descendue depuis la Biélorussie vers Kiev.

Pour autant, ces armes peuvent permettre à une résistance obstinée de continuer à infliger des pertes notables à une armée d'occupation. Par le passé, en Afghanistan notamment, ce type d'arme a permis le harcèlement de forces militaires pourtant mieux équipées et plus puissantes. Provoquant, à terme, leur départ.

5 mars (Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/international/nucleaire-il-faut-garder-a-l-esprit-la-possibilite-d-une-escalade-20220304>

Le Figaro, samedi 5 mars 2022 1032 mots, p. 3

Acton :

« Il faut garder à l'esprit la possibilité d'une escalade »

JAMES ACTON est codirecteur du programme de politique nucléaire au Carnegie Endowment for International Peace, spécialiste des risques d'escalade des armes conventionnelles avancées et du contrôle des armements.

LE FIGARO. - La guerre en Ukraine peut-elle déboucher sur un conflit nucléaire ?

James ACTON. - Je ne pense pas qu'une guerre nucléaire soit imminente, mais je pense que nous devons prendre ces déclarations très au sérieux et garder à l'esprit la possibilité d'une escalade nucléaire à tout moment. Il faut se rappeler que, du point de vue de Poutine, l'invasion de l'Ukraine ne se passe pas très bien. Il a lancé une guerre d'agression illégale, mais l'opération ne se déroule pas comme il l'avait prévu. Il ne bénéficie pas du soutien total de son opinion publique, et il a sous-estimé l'union de l'Occident, ainsi que l'ampleur des sanctions qui lui ont été imposées. Dans la situation actuelle, le scénario le plus favorable pour lui est celui d'une victoire après un conflit long et sanglant. Et même dans ce cas, la situation resterait complexe : les Russes se retrouveraient à occuper un pays largement détruit, dont la population leur serait largement hostile. Et il s'agit là du meilleur scénario. Les autres hypothèses, comme celle d'une impasse militaire ou d'une destitution, sont encore plus défavorables. Toutefois, si Poutine est dos au mur et qu'il considère que sa situation est désespérée, il est tout à fait possible qu'il ait recours à l'utilisation d'armes nucléaires tactiques sur le théâtre ukrainien pour sortir de l'impasse stratégique. Cependant, l'utilisation tactique d'armes nucléaires n'existe pas. Il s'agit toujours d'armes ayant un effet stratégique.

Quel serait leur rôle en Ukraine ?

La Russie dispose d'une force nucléaire stratégique, destinée à la dissuasion, mais aussi d'armes nucléaires tactiques, ou plutôt de théâtre, de plus courte portée. L'hypothèse inquiétante serait que Poutine en soit réduit à utiliser ces armes pour terrifier tout le monde et forcer l'Ukraine à négocier. En employant une arme nucléaire en Ukraine, il mettrait les États-Unis, qu'il considère plus importants que l'Otan, ou du moins les principaux pays de l'Alliance, dans une position très délicate. Washington serait confronté à de mauvais choix, comme s'impliquer directement dans le conflit ou s'en laver les mains. Dans tous les cas, il s'agirait d'une décision difficile et inconfortable pour les États-Unis. Poutine ne prendrait pas une telle décision à la légère. L'utilisation d'armes nucléaires serait également un acte très grave pour lui. Mais s'il se sent directement menacé, il n'est pas impossible qu'il y ait recours.

Un incident peut-il déclencher une escalade nucléaire entre la Russie et les États-Unis ?

Je ne suis pas très préoccupé par cette possibilité. Un incident imprévu, tel qu'un avion russe abattu par l'Otan ou un avion de l'Otan abattu par la Russie, pourrait se produire, mais il est peu probable que cela conduise à une escalade nucléaire. De tels incidents se sont produits dans le passé sans qu'il y ait eu de représailles. L'Otan et les États-Unis ne sont pas non plus directement impliqués dans le conflit ukrainien, ce qui réduit les risques. Je suis plus préoccupé par d'autres formes de malentendus, comme une erreur de jugement. Si l'Otan et les États-Unis étaient impliqués dans le conflit, la probabilité de perceptions erronées qui pourraient conduire à une escalade par inadvertance serait plus grande.

Comme par exemple ?

Un malentendu inquiétant pourrait survenir si Poutine pense que nous voulons un changement de régime à Moscou. Des déclarations telles que celle du ministre français de l'Économie, expliquant que l'objectif de l'Occident est de détruire l'économie russe, sont une source potentielle de mauvaise interprétation. Si Poutine s'imagine que c'est son pouvoir qui est menacé, il risque de devenir encore plus dangereux. Ce genre de déclaration est très imprudent. Même si, là encore, le fait que les États-Unis et l'Otan ne soient pas directement impliqués dans le conflit atténue le danger.

Comment être sûr qu'il n'y a pas de mauvaises perceptions de Moscou ?

Je pense qu'il est essentiel de donner à Poutine une voie vers la désescalade. En particulier, en faisant comprendre que les sanctions peuvent être levées en cas de cessez-le-feu. Nous devons nous assurer que ce message est parfaitement clair. Je suis particulièrement préoccupé par le fait que Poutine puisse percevoir certaines sanctions, telles que celles visant la Banque centrale russe, comme une arme pour renverser son régime, une impression manifestement renforcée par les déclarations irréflechies de certains responsables occidentaux. Il faut dire à Poutine que s'il renonce à son opération en Ukraine, les sanctions seront automatiquement levées. Je pense qu'il est important que le message soit également transmis aux Ukrainiens, en leur conseillant de modérer leurs exigences. Ils doivent savoir que des questions telles que l'occupation du Donbass ou l'annexion de la Crimée devront être négociées séparément et ne doivent pas être liées à la dernière série de sanctions. Washington devrait insister discrètement auprès de Kiev sur le fait qu'il ne faut pas essayer d'utiliser les sanctions de la banque centrale comme levier pour que la Russie rende la Crimée.

Comment aider l'Ukraine sans risquer que Poutine ne l'interprète comme une implication de l'Otan ?

L'Occident doit être très judicieux dans sa façon d'agir dans ce conflit. Il ne s'agit pas de ne pas aider l'Ukraine, mais la livraison d'armes aux Ukrainiens doit se faire avec la plus grande circonspection et prudence (bien que je soutienne le niveau de coopération jusqu'à présent). Plus nous livrons d'armes et plus nous aidons l'Ukraine, plus le risque est grand que Moscou se sente directement menacé par un engagement de l'Otan. Nous devons toujours garder à l'esprit le risque d'escalade si Poutine se sent acculé, et veiller à lui offrir une porte de sortie.

« Si Poutine est dos au mur et qu'il considère que sa situation est désespérée, il est tout à fait possible qu'il ait recours à l'utilisation d'armes nucléaires tactiques sur le théâtre ukrainien pour sortir de l'impasse stratégique. JAMES ACTON, CODIRECTEUR DU PROGRAMME DE POLITIQUE NUCLÉAIRE AU CARNEGIE ENDOWMENT FOR INTERNATIONAL PEACE

Ästhetische Autonomie : Die Kunst in Zeiten des Krieges

- Ein Kommentar von [Jürgen Kaube](#)
- -Aktualisiert am 05.03.2022-10:34



Szene aus der Inszenierung von Schostakowitschs „Moskau, Tscherjomuschki“ am Staatstheater Augsburg
Bild: Jan-Pieter Fuhr

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine verschärft nochmals eine Frage, die auch zuvor schon im Raum stand: Kann Kunst überhaupt Politik machen, ohne aufzuhören, Kunst zu sein?

Die Kunst ist frei, die Künstler sind es nicht. Sie müssen von etwas leben, sie hängen politischen Meinungen an, sind womöglich religiös oder gerade verliebt oder zerstritten. Vor allem blicken sie, auch wenn es ungern zugegeben wird, auf ihr Publikum. Das alles kann auf ihre Arbeit einwirken. Betrachtet man die einzelnen Schriftsteller, Maler oder Musiker, stößt man deshalb auf die vielfältigsten Abhängigkeiten.

Die Frage ist, ob man diese Abhängigkeiten auch in ihren Werken findet. Je eindeutiger sich dort ihr Kontostand oder ihre politischen Ansichten ermitteln lassen, desto stärker droht die Gefahr, dass die Werke nicht der Kunst, sondern dem Kitsch zugeschlagen werden müssen. Künstler können ihre Bilder „Elegie auf die Spanische Republik“ nennen.

Sie mögen Stücke und Gedichte schreiben, die den Kommunismus oder die Nation voranbringen sollen. Sie können den Satz einer Symphonie, die der Erinnerung an Lenin gewidmet ist, „Morgenröte der Menschheit“ übertiteln. Ob die jeweiligen Werke Bestand haben, entscheidet sich unabhängig von solchen Deklarationen. Wir müssten uns andernfalls von vielem abwenden, was [Bertolt Brecht](#), Louis Aragon, Ezra Pound oder Richard Strauss hervorgebracht haben.

Jetzt ist Krieg, und also wird die Frage nach der Autonomie der Kunst konkret. Russische Künstler, vor allem solche, die sich in der Nähe Putins bewegen, sehen sich dem Verlangen ausgesetzt, sie möchten sich von ihm und dem Krieg gegen die Ukraine distanzieren. Niemand würde wohl sagen, dass den Münchner Dirigaten Valery Gergievs diese Nähe anzumerken war. Umgekehrt wussten auch vor Jahren schon alle, auch die Münchner Stadtverwaltung, um sie und die Bereitschaft des Dirigenten, in symbolischen Konzerten und Stellungnahmen den Musikanten des Kreml zu geben. Das hat ihm, so skandalös es im Einzelnen war, bis vor Kurzem nicht geschadet.

Ästhetische Ansprüche werden herabgesetzt

Die Toleranz wird also knapper, die eigene Heuchelei wird dabei in Kauf genommen. Das gilt umgekehrt auch für manche preiswerte Solidarität, die sich jetzt im konzertanten Abspielen der ukrainischen

Nationalhymne und dem Dekorieren von Webseiten in Blau-Gelb äußert. Der Beitrag der Kunst in Zeiten des Krieges wird mangels anderer Möglichkeiten im Anstecken deklarativer Fähnchen gefunden.

Das setzt fort, was auch schon vor dem verbrecherischen Angriff auf die Ukraine eine weitverbreitete Haltung war. Die ästhetischen Ansprüche werden zugunsten der moralischen und massenmedial wirksamen herabgesetzt. Kunst, heißt es beispielsweise in den Programmsprüchen der „Documenta 15“, fuße auf „Grundsätzen wie Kollektivität, gemeinschaftlichem Ressourcenaufbau und gerechter Verteilung“. Kunst ist, in anderen Worten, gar nichts anderes als Politik, nur ohne Mehrheiten. Kunst, das sind Künstler, die sich für etwas Gutes oder gegen etwas Schlechtes außerhalb der Kunst einsetzen. Und wenn sie es Klavier spielend oder malend nicht tun können, dann eben durch begleitende Verbreitung ihrer Ansichten.

Nur eine Angeberei

Darin stecken zwei Probleme. Das eine besteht in der Vereinfachung solcher Kunst. Moralische Kommunikation ist nicht schwierig. Außer bei Dostojewski, was seine Werke ihrerseits schwierig, vieldeutig, gedankenschwer macht. Insofern gehört es zu den Minigrotesken dieser Tage, dass in Mailand gerade der Versuch unternommen wurde, ausgerechnet ein Seminar zu Dostojewski vom universitären Lehrplan zu nehmen: weil der Autor Russe war. Wodurch aber sollte unschwierige, sofort Kopfnicken auslösende, moralisch einwandfreie Kunst unser Interesse gewinnen?

Das andere Problem besteht darin, dass die Kunst ja gar keine Probleme lösen kann, außer bestenfalls den eigenen, wofür sie mehr Zeit braucht als eine Woche. Die Morgenröte der Menschheit wird nicht durch Konzerte befördert. Wenn die Künstler, wie jedes verständige Individuum, ihre Abscheu gegenüber dem böartigen Tyrannen mitteilen, heißt das darum noch gar nichts: weder für die Kunst noch für die Tyrannei. Der Spruch, alles sei politisch, ist in diesem Zusammenhang nur eine Angeberei.

In der Freiheit der Kunst gegenüber den politischen Ansichten ihrer Produzenten kann allerdings auch ein Problem stecken. In Augsburg wurde gerade eine Operette Schostakowitschs abgesagt. Nicht, weil der Komponist ein Russe und erpresster Künstler der Stalinzeit war. Sondern weil ukrainisch- und russischstämmige Mitglieder des Ensembles unter den Umständen des Krieges sich nicht imstande sahen, das Stück über Wohnungssuche im nachstalinistischen Moskau aufzuführen. Es war ihnen nicht nach etwas Heiterem zumute. Der Krieg verändert als Einbruch der Zeit in das Spiel die Wahrnehmung eines Werks. Das ist ein ästhetisches Argument und verdient darum Respek

Baverez – Qui osera parler de compétitivité ?

ÉDITO. Il est beaucoup question du pouvoir d'achat dans la campagne électorale, mais son amélioration ne passera pas par plus de dépenses ou de dette.



Le pouvoir d'achat au cœur de la campagne. © DANIEL REINHARDT/ DPA Picture-Alliance via AFP

Par Nicolas Baverez

Publié le 04/03/2022 à 10h00

Un spectre hante la campagne présidentielle : le pouvoir d'achat. La quête frénétique de mesures immédiates pour limiter les effets de l'inflation conduit les candidats à multiplier les propositions démagogiques, depuis la hausse du smic au blocage des prix, en passant par la baisse des impôts ou des charges sociales financée par la dette publique. Ils s'inscrivent ainsi dans la continuité de trois décennies, durant lesquelles la progression du niveau de vie a été obtenue soit par des facteurs extérieurs – baisses de prix impulsées par la mondialisation, les importations venues de Chine et les services numériques gratuits –, soit de manière artificielle par la distribution de transferts financés à crédit.

Le pouvoir d'achat, dans notre pays, a ainsi été déconnecté de sa véritable source dans une économie de marché : les gains de productivité et la compétitivité, c'est-à-dire la performance dans la concurrence internationale tant à l'exportation que sur le marché intérieur.

La France bénéficie aujourd'hui d'un *momentum* favorable, au confluent du Brexit, qui réoriente les flux de capitaux vers l'Union européenne, de la relocalisation de la production des biens essentiels dont l'épidémie de Covid et les tensions internationales ont montré la nécessité, enfin d'une attractivité retrouvée pour les investisseurs en raison de la qualité des infrastructures, de l'émergence d'un écosystème favorable à l'innovation et du soutien des pouvoirs publics. Mais tout reste suspendu à l'impératif de compétitivité. Or celle-ci continue à se dégrader de façon inquiétante.

Le recul de la compétitivité française s'est accéléré avec l'épidémie de Covid. En témoigne le déficit commercial, qui a atteint un niveau historique de 85 milliards d'euros, en hausse de 27 milliards d'euros par rapport à 2019, dernière année avant la crise. L'excédent du solde des services, qui atteint 36 milliards d'euros, ne permet pas de rééquilibrer la balance des biens et services, dont le déficit s'établit à 1,5 % du PIB.

Décrochage

Loin d'être conjoncturel, lié à l'épidémie qui a touché des pôles d'excellence comme l'aéronautique ou l'automobile, l'affaiblissement de notre compétitivité est structurel. En effet, les parts de marché françaises ne cessent de diminuer tant dans le monde – où elles ont régressé de 6,3 % à 2,7 % depuis 1990 – que dans la zone euro – où nos exportations ont chuté de 17,6 % à 12,6 % depuis 2000. La fragilisation de nos

échanges pour toutes les catégories de produits contraste non seulement avec la performance historique des exportations allemandes, qui se sont établies à 1 375 milliards d'euros en 2021, mais aussi avec l'excédent commercial de 50 milliards d'euros de l'Italie ou la réduction du déficit espagnol à 29 milliards en 2021 contre 35 milliards en 2019.

Le décrochage de la compétitivité française trouve son origine à la fois dans des prix trop élevés, une qualité insuffisante, une spécialisation sectorielle et géographique défavorable. Il est directement lié à la désindustrialisation, comme le souligne le déficit de 68 milliards des échanges de produits manufacturés. La part de l'industrie française a en effet été réduite de 24 % à moins de 10 % du PIB depuis 1980, avec des effets dévastateurs tant pour les exportations que pour l'innovation et pour l'emploi.

Cette dégradation participe du modèle économique insoutenable de notre pays, fondé sur le seul moteur d'une consommation financée par les transferts sociaux et par la dette publique. Ses effets ont été masqués par le passage à l'euro et le long cycle de baisse des taux d'intérêt, qui a réduit la charge de la dette alors même que son montant explosait. Mais le retour de l'inflation provoque une hausse des taux d'intérêt, qui pourrait placer la France au cours des prochaines années dans la situation dramatique éprouvée par l'Italie en 2011.

Modernisation radicale de l'État

Les efforts entrepris pour diminuer le poids des charges depuis 2014 ont permis de freiner la désindustrialisation. Ils ont été prolongés par la baisse de 10 milliards des impôts de production en 2021 dans le cadre du plan de relance. Pour autant, cette fiscalité très pénalisante pour l'activité sur le territoire national continue à représenter 3,1 % du PIB contre 1,5 % du PIB dans la zone euro et 0,5 % en Allemagne. Elle devrait à tout le moins être ramenée dans la moyenne européenne, soit une perte de recettes de 39 milliards qui a vocation à être financée non pas par un déficit supplémentaire mais par une diminution des dépenses publiques. De manière générale, la compétitivité de notre pays passe par une modernisation radicale de l'État, afin de diminuer le niveau record des dépenses publiques (56 % du PIB) et surtout d'en améliorer l'efficacité.

Le second axe concerne la remontée en gamme de l'économie française dans les secteurs clés du XXI^e siècle : la connaissance, le numérique, la transition écologique, l'intelligence des réseaux et des villes, l'espace. Il implique une amélioration de tous les facteurs de production : le travail grâce à un investissement massif dans l'éducation et la formation tout au long de la vie, indissociable d'une profonde réforme du système d'enseignement ; le capital avec la réorientation de l'épargne vers les fonds propres des entreprises ; l'énergie avec la révision de la stratégie absurde de sortie du nucléaire ; les infrastructures et l'innovation, enfin. Voilà le vrai antidote au mal français.

The invasion of Ukraine

When Vladimir Putin escalates his war, the world must meet him

Muttering nuclear threats, Russia's president vows to prevail in Ukraine whatever it takes



Mar 5th 2022

Marvel at the heroism and resilience of Ukraine. In the first days of war, the armoured might of Vladimir Putin shrivelled before the courage of the nation he had attacked. In the face of Mr Putin's invasion, the Ukrainian people have discovered they are ready to die for the idea that they should choose their own destiny. To a cynical dictator that must be incomprehensible. To the rest of humanity it is an inspiration.

If only this week's bravery were enough to bring the fighting to an end. Alas, Russia's president will not withdraw so easily. From the start, Mr Putin has made clear that this is a war of escalation—a hygienic word for a dirty and potentially catastrophic reality. At its most brutal, escalation means that, whatever the world does, Mr Putin threatens to be more violent and more destructive even, he growls, if that means resorting to a nuclear weapon. And so he insists that the world back off while he sharpens his knife and sets about his slaughter.

Such a retreat must not happen. Not only because to abandon Ukraine to its fate would be wrong, but also because Mr Putin will not stop there. Escalation is a narcotic. If Mr Putin prevails today, his next fix will be in Georgia, Moldova or the Baltic states. He will not stop until he is stopped.

Escalation is at the heart of this war because it is how Mr Putin tries to turn defeat into victory. The first wave of his invasion proved as rotten as the cabal who planned it—just like his earlier efforts to suborn Ukraine. Mr Putin seems to have believed his own propaganda that the territory he has invaded is not a real country. The initial assault, which led with botched helicopter strikes and raids by lightly armed units, was conceived for an adversary that would implode. Instead, Ukrainian spirits have flourished under fire. The president, Volodymyr Zelensky, has been transformed into a war leader who embodies his people's courage and defiance.

The optimism of the warmonger made Mr Putin lazy. He was so sure Ukraine would fall rapidly that he did not prepare his people for it. Some troops have been told they are on exercises, or that they will be welcomed as liberators. Citizens are not ready for a fratricidal conflict with their fellow Slavs. Having been

assured that there would be no war, much of the elite feels humiliated. They are horrified at Mr Putin's recklessness.

And Russia's president believed that the decadent West would always accommodate him. In fact, Ukraine's example has inspired marches through the capital cities of Europe. Western governments, having listened, have imposed severe sanctions. Germany, which only a week ago drew the line at sending anything more lethal than helmets, is [dispatching](#) anti-tank and anti-aircraft weapons, overturning decades of policy based on taming Russia by engaging with it.

Faced with these reverses, Mr Putin is escalating. In Ukraine he is moving to besiege the main cities and calling up his heavy armour to wantonly kill their civilian inhabitants—a war crime. At home he is bringing Russians to heel by redoubling his lies and subjecting his people to the harshest state terror since Stalin. To the West he is issuing threats of nuclear war.

The world must stand up to him, and to be credible it must demonstrate that it is willing to bleed his regime of the resources that enable him to wage war and abuse his own people even if that imposes costs on Western economies. The sanctions devised after Mr Putin annexed Crimea in 2014 were riddled with loopholes and compromises. Instead of being deterred, the Kremlin concluded that it could act with impunity. By contrast, the latest sanctions, imposed on February 28th, have crumpled the rouble and promise to cripple Russia's financial system. They are effective because they are destructive.

The danger of escalation is that this can easily become a test of who is most willing and able to go to extremes. Recent wars have been asymmetric. Al-Qaeda and Islamic State would commit any atrocity, but their power was limited. America could destroy the planet, but against foes like the Taliban in Afghanistan, nobody imagined it was willing. The invasion of Ukraine is different, because Mr Putin can charge all the way to Armageddon and he wants the world to believe he is ready to do so.

The idea of Mr Putin using a battlefield nuclear weapon is surely unlikely, but not impossible. He has, after all, just invaded his neighbour. And so the world must deter him.

Some will say there is no point in saving Ukraine only to trigger a spiral that may destroy civilisation. But that is a false choice. Mr Putin says he wants to drive nato out of the former Warsaw Pact countries and America out of Europe. If escalation serves him, the next confrontation will be even more dangerous because he will be less ready to believe that, for once, the West will stand its ground.

Others may conclude that Mr Putin is insane and deterrence is hopeless. True, his goals are abhorrent, as are his means of achieving them. Neither does he have Russia's true interests at heart. But he nonetheless has an understanding of power and how to keep it. No doubt he is alive to the language of threats.

By contrast, still others will want to short-circuit escalation, saying that Mr Putin must be stopped before it is too late. As images of suffering emerge from the ruins of Ukraine's cities, calls are going up for nato to do something, such as to create a no-fly zone. However, enforcing one requires shooting down Russian aircraft and destroying Russian air-defences. Instead, nato needs to preserve a clear line between attacking Russia and backing Ukraine, while leaving no doubt that it will defend its members. That is the best brake on escalation.

What, then, can it do to deter Mr Putin without courting devastation? Only Mr Zelensky and his people can decide how long to fight. But if Mr Putin causes a bloodbath, the West can tighten the screws. An oil-and-gas embargo would [further ruin](#) Russia's economy. Ukraine's backers can send more and better arms. nato can deploy more troops in its frontline states.

Diplomacy matters, too. At peace talks in Belarus this week Russia still made outrageous demands, but negotiations should continue because they could help avert a war of attrition. The European Union has done well to [open its arms](#) to Ukrainian refugees, who already exceed 1m. A haven can strengthen the hand of the Ukrainian negotiators, as would a path to eu membership. China and India have so far refused to condemn Mr Putin. As he escalates, they may be sufficiently alarmed to be willing to try to talk him down.

And there is work to do in Russia. Military commanders should know they will be prosecuted for war crimes using the evidence generated by innumerable smartphones. So should Mr Putin's entourage. His enforcers signed up to line their pockets in a kleptocracy, not for a ticket to The Hague. The West can discreetly assure them that, if they remove Russia's president from power, Russia will get a fresh start. However nauseating, the West should give Mr Putin a route into retirement and obscurity—just as it should give asylum to those fleeing his terror.

A palace coup may come to seem more plausible as the horror of what Mr Putin has done sinks in. The economy faces disaster. Russian military casualties are growing. Russians' Ukrainian kin are being massacred in a conflict unleashed to satisfy one man. Even now brave Russians are taking to the streets to protest against a crime that stains their country. In a deep sense, Mr Putin's needless war is one that neither he nor Russia can win.

3 mars (Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/monde/jean-pierre-le-goff-vladimir-poutine-pratique-le-mensonge-deconcertant-issu-du-communisme-totalitaire-20220303>

Le Figaro, vendredi 4 mars 2022 2100 mots, p. 18

Débats

« Poutine pratique le "mensonge déconcertant" issu du communisme totalitaire »

Le sociologue et philosophe, auteur de nombreux ouvrages remarquables tels « Mai 1968, l'héritage impossible » (La Découverte, 1998), « La Fin du village. Une histoire française » (Gallimard, 2012), « Malaise dans la démocratie » (Stock, 2016) et « La France d'hier. Récit d'un monde adolescent. Des années 1950 à Mai 68 » (Stock, 2018), analyse la stupeur provoquée, chez beaucoup d'Occidentaux, par l'invasion de l'Ukraine. Il décortique les représentations et les réflexes qui ont pu conduire certains, dans différentes familles de pensée, à sous-estimer, voire à nier, le danger que constituait Vladimir Poutine. Et l'intellectuel voit dans la réaction unanime des nations européennes face au péril un motif d'espoir.

Le Goff, Jean-Pierre, Trémolet de Villers, Vincent

LE FIGARO. - L'invasion de l'Ukraine par la Russie a surpris une grande partie des élites occidentales et plus largement. Comment expliquez-vous ce phénomène ?

Jean-Pierre LE GOFF. - L'événement une fois de plus nous désarçonne ; « l'impensable » s'est produit et pourtant on ne peut pas dire qu'il était impossible de le prévoir. Tel est, me semble-t-il, le paradoxe de notre rapport à cette agression russe au cœur même de l'Europe. Les faits sont là : l'incroyable ultimatum russe de décembre dernier exigeait le renoncement à tout élargissement de l'Otan (vers l'est, *NDLR*), l'arrêt de la coopération militaire avec les pays postsoviétiques, le retrait des armes nucléaires américaines de l'Europe et des forces armées de l'Otan aux frontières de 1997. En sachant qu'en cas de refus, les Occidentaux devront faire face « à une alternative militaire et technique ». Rien que ça !

Les services de renseignements américains faisaient connaître publiquement jour après jour les préparatifs de la guerre, mais beaucoup n'y voyaient que des mensonges semblables à ceux sur les armes de destruction massive pour justifier l'intervention américaine en Irak.

Pourtant, il y avait de quoi s'inquiéter depuis des années pour qui voulait un tant soit peu s'informer sur les discours de Poutine, sa révision de l'histoire, le réarmement et les interventions militaires, la propagande haineuse contre l'Occident... Comment dans ces conditions affirmer qu'on ne pouvait pas savoir ? Ancrée dans des schémas préconçus et cherchant à se rassurer à tout prix, **une partie des élites et de l'opinion a refusé de croire jusqu'au dernier moment à une invasion de l'Ukraine. Ce n'est pas, à mon sens, une simple affaire de méconnaissance. Il y a eu un refus d'affronter le réel, mécanisme semblable à celui que l'on a connu avec la montée de l'islamisme avant que les premiers attentats produisent leurs effets de sidération.**

Comment expliquez-vous que Poutine paraisse à ce point déconnecté du réel ?

Le discours poutinien diffère des délires politico-religieux des islamistes et nous confronte à une autre forme de déraison. Il est **marqué par le « mensonge déconcertant » issu du communisme totalitaire. L'énormité des propos et le renversement éhonté entre l'agresseur et l'agressé déstabilisent la raison et le sens du réel.** C'est véritablement « le monde à l'envers » dans une idéologie et une propagande où ce qui est blanc est noir, où la guerre, c'est la paix, où l'agression est synonyme de libération des peuples. **Pour des nouvelles générations qui n'ont pas connu le communisme et la guerre froide, cette logique est difficilement pensable.**

On a projeté nos propres cadres de pensée sur Poutine en ne comprenant pas vraiment comment il peut déraisonner de la sorte. **S'il existe bien un facteur psychologique individuel inquiétant, le phénomène ne s'y réduit pas. Celui-ci s'insère dans un système de représentations idéologiques et de croyances, dans la réécriture d'un grand récit historique dont il veut être à**

la fois l'héritier et le nouveau héros. Cette prégnance idéologique détermine un rapport au monde et un type de comportement déconnectés du réel et difficilement déracinables.

Ignorant cette logique, les pro-Poutine, ses relais et ses idiots utiles ont cherché à se mettre à tout prix « dans sa tête » en lui trouvant toujours quelques bonnes raisons. **Des vérités historiques basiques ont été oubliées ou brouillées par la même occasion : l'effondrement de l'URSS n'est pas dû à une agression mais à des causes internes à un régime qui ne tenait plus debout ; cet effondrement du communisme n'a pas été vécu comme « la plus grande catastrophe du XXe siècle » par les peuples soumis au joug soviétique mais au contraire comme une libération ; l'adhésion à l'Otan répond à une demande légitime de protection pour ne pas revivre un jour ce que ces pays ont connu. Passer outre ces vérités premières ou les considérer de fait comme secondaires, revient à ignorer la volonté de ces peuples et les traiter comme des mineurs.** C'est comme si on leur disait qu'ils auraient pu quand même faire attention à ne pas vexer leur ancien oppresseur et à ne pas trop s'en éloigner.

Une partie de la droite avait voulu voir en Poutine un rempart de civilisation face aux menaces de l'islamisme et du multiculturalisme...

On ne saurait mettre tout sur le même plan. Nous combattons par les armes le terrorisme islamiste, nous soutenons la lutte du peuple ukrainien et sommes prêts avec nos alliées à nous défendre militairement contre toute agression. Ces combats mettent très directement en jeu notre existence comme nation membre de l'Union européenne et comme civilisation.

La critique du multiculturalisme, du wokisme et d'autres idéologies, pour nécessaire qu'elle soit, relève d'un autre registre. Contrairement à ce que certains affirment allégrement, **ces idéologies ne constituent pas, à strictement parler un totalitarisme**, cette notion désignant précisément un nouveau type de régime, d'idéologie et de société apparu au XXe siècle, dont la Russie telle que la conçoit Poutine a de beaux restes. **Les idéologies nouvelles m'apparaissent avant tout comme des symptômes des sociétés démocratiques post-totalitaires qui se sont engluées dans une histoire pénitentielle et dans la mésestime de soi.** Pour nécessaire que soit leur critique, on ne saurait pour autant en faire des points de fixation qui cristallisent notre vision du monde et notre rapport au politique. **À l'aune du drame qui se joue en Ukraine, de l'agression russe et des risques de guerre mondiale, les polémiques médiatiques dans l'entre-soi me paraissent secondaires et décalées.**

Comment expliquez-vous l'aveuglement dont ont fait preuve une partie de la droite et surtout l'extrême droite ?

Celles-ci sont fascinées par Poutine depuis longtemps. Passant outre son idéologie et ses pratiques, elles l'ont considéré comme un chef d'État souverainiste qui défendrait les intérêts de son pays, oubliant au passage qu'il s'agissait de la volonté de restaurer un ancien empire en décomposition et de retrouver sa mainmise sur des pays anciennement placés sous le joug soviétique.

Bien plus encore : aussi paradoxal que cela puisse nous paraître aujourd'hui, **la Russie poutinienne a été vue par certains comme une sorte de contre-modèle de la décadence des sociétés démocratiques.** Poutine a été considéré comme celui qui incarnerait les valeurs qui nous feraient défaut. Il aurait su restaurer l'autorité de l'État, défendre les « bonnes moeurs » , rétablir les valeurs traditionnelles, voire la chrétienté... **Cette vision idéologique me semble, pour le moins, en décalage avec l'état réel de la société russe.** Par un jeu de miroirs, **l'extrême droite a vu dans la Russie poutinienne la concrétisation de ses propres rêves de restauration** et Poutine lui-même l'a confortée dans cette vision en l'instrumentalisant à son profit.

Poutine était considéré comme l'incarnation d'une « verticalité » chère à Éric Zemmour, d'une autorité et d'une puissance que ce dernier rêve de pouvoir incarner à sa façon dans un pays démocratique. Le fait que Poutine ait été élu - comme du reste d'autres dictateurs dans l'histoire - suffit aujourd'hui encore à lui discerner un brevet de « démocrate autoritaire » au moment même où la répression féroce s'abat sur les opposants, où la propagande mensongère bat son plein, où les chars russes tentent d'écraser ceux qui défendent leur liberté. Peut-on pousser plus loin l'enfermement doctrinaire et le brouillage du sens commun ?

Cet aveuglement ne concerne-t-il pas également une partie de la gauche ?

Au sein de la gauche, il existe une **sorte d'arrêt sur image sur les années 1960-1970 contre l' « impérialisme américain » dominant le monde et s'opposant à la libération des peuples.** Cet « arrêt sur image » tend à faire des États-Unis le principal fauteur de guerre et de déstabilisation. **Les interventions américaines, notamment en Afghanistan et en Irak, sont venues renforcer l'idée d'un « impérialisme américain » qui n'aurait pas changé,** appréciation qui fait fi de la nouvelle configuration internationale et de la situation des États-Unis, pays aujourd'hui profondément divisé.

Cet antiaméricanisme peut expliquer en partie les déclarations éhontées de Jean-Luc Mélenchon reprenant à son compte les justifications de Poutine au moment même où l'armée russe se massait aux frontières de l'Ukraine.

On voit également ressurgir **un vieux fond pacifiste** qui ne cesse d'appeler au dialogue et à la négociation, sans prendre en compte le rapport de force face à une logique militaire qui rappelle le mot de Staline quand on lui demandait de respecter les libertés religieuses : « *Le pape, combien de divisions ?* »

L'appel de Mélenchon à quitter l'Otan est proprement désarmant face aux menaces de Poutine. Le chantage à la guerre nucléaire visant à désarçonner les pays européens et leur opinion publique semble avoir produit ses effets : **Mélenchon prône la neutralité et le désengagement sous peine d'un enchaînement inéluctable menant à la catastrophe nucléaire. Il retrouve les accents du pacifisme des Verts allemands dans les années 1970 face à l'Union soviétique : « Plutôt rouges que morts »** . Depuis lors, ces derniers semblent avoir changé mais pas lui qui reste engoncé dans **ses dogmes ossifiés**.

Cette gauche-là et l'extrême droite se rejoignent pour dire aux Français : « Cette guerre ne nous ne concerne pas vraiment, tenons-nous tranquilles, et la paix à tout prix. » Ces oiseaux de malheurs font de nos faiblesses et de nos lâchetés un fonds de commerce électoral. Leur orientation ressemble fort à une politique de l'autruche que la guerre tôt ou tard finira par rattraper.

Mais n'est-il pas aussi facile de prendre la posture confortable du va-t-en-guerre ?

Je ne crois pas aux solutions miracles sous quelque forme que ce soit. Soutenir la lutte du peuple ukrainien, maintenir les contacts, tenter de parvenir à un cessez-le-feu, tout en développant en même temps le rapport de force pour essayer de ramener Poutine à la réalité, est une tâche, pour le moins, difficile. Mais, pour l'instant, je n'en vois pas d'autres. **Dans les circonstances présentes, cette position qui est celle du président de la République et de l'Union européenne me paraît juste et responsable.**

Quelles premières leçons tirez-vous de cette crise ?

Avec la chute du communisme sur le continent européen, s'était développée l'utopie d'un monde pacifié et unifié sous le double registre des droits de l'homme et des lois du marché. L'Union européenne s'est précisément construite dans ce contexte et a été l'un des vecteurs de cette vision du monde. Dans ces conditions, il était difficile pour nombre de citoyens des démocraties modernes d'admettre qu'elles puissent encore avoir des ennemis et que de nouvelles guerres puissent se déclencher sur le continent européen.

La guerre en Bosnie, les attentats islamistes et les premières interventions militaires russes ont commencé à mettre en question une mentalité angélique et pacifique. D'une autre manière, la **pandémie** a rappelé le tragique inhérent à notre condition dans des sociétés modernes qui rejetaient la maladie et la mort hors de leur horizon. **La guerre en Ukraine avec ses risques de déflagration constitue un coup de massue qui marque la fin d'une époque et, j'espère, de ses illusions.**

Le plus surprenant n'a pas été l'agression militaire de l'Ukraine, mais la réplique unifiée de l'Union européenne, le soutien et la solidarité au peuple ukrainien des nations qui la composent. C'est dans les épreuves partagées que se manifestent le sentiment d'une commune appartenance et des vertus que l'on pouvait croire en voie d'extinction. Se révèlent alors des personnalités hors du commun. Le courage du peuple ukrainien et celui de son président en sont des exemples frappants.

L'Union européenne a cessé d'apparaître comme un gestionnaire et un contrôleur des comptes, comme une bureaucratie sans nom et une donneuse de leçons en matière de mœurs et de culture. **Tout n'est pas réglé, tant s'en faut, mais j'espère qu'il ne s'agit pas seulement d'une parenthèse.** Pour le dire autrement, dans ce moment tragique de l'histoire où la défense de la liberté retrouve sa valeur première, **je me sens fier d'être français et européen.**

3 mars (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/frankreich-und-deutschland-ende-der-scheckbuch-diplomatie-17849541.html?premium=0xbb1e4cc014d38fa80dfc5b9f5c4c997f&GEPC=s5>

FRANKREICH UND DEUTSCHLAND:

Ende der Scheckbuch-Diplomatie

- VON JÜRGEN ALTWEGG
- -AKTUALISIERT AM 04.03.2022-08:12



Vor vierzig Jahren stritten französische Intellektuellen mit deutschen Pazifisten. Jetzt staunen sie über die „kopernikanische Revolution“ in Berlin.

Macron telefoniert mit Selenskyj und Putin. Paris schickt Waffen in die Ukraine und Soldaten nach Rumänien. Kiew aber brauche auch politische Unterstützung, schrieben zwei Tage nach Ausbruch des Krieges Intellektuelle und Europapolitiker in einem Aufruf in „Le Monde“. Auch sie wollen ein „Signal der Solidarität“ in die Ukraine senden. Sie fordern deren Anerkennung als Kandidat für den EU-Beitritt. Der Appell erinnert an Maidan in Kiew, als hundert Demonstranten erschossen wurden: „Sie starben mit der europäischen Flagge in der Hand.“

Die deutsche Präsenz beschränkt sich auf Rebecca Harms und Daniel Cohn-Bendit. Federführend sind die antitotalitären französischen Intellektuellen, etwa Raphaël Glucksmann, Abgeordneter im Europaparlament. Er ist der Sohn des verstorbenen André Glucksmann, des Autors der „Philosophie der Abschreckung“. Und **Bernard-Henri Lévy**. Lévy hatte vor dem Angriff auf die Ukraine einen offenen Brief an „mes amis allemands“ veröffentlicht. Er thematisierte das aufs Neue anschwellende Unbehagen der Franzosen. Es betraf zunächst den Umgang mit der Atomkraft. „Für die Deutschen mag sie ein Problem sein, für uns ist es die Lösung“, hatte ein französischer Politiker im Januar erklärt. Mit Putins Drohgebärden gegenüber der Ukraine flammte ein vierzig Jahre alter Streit wieder auf: „In Berlin“, fürchtete Paris, „haben die roten und grünen Pazifisten die Macht übernommen.“

In den Achtzigerjahren waren sie das Feindbild der Pariser Intellektuellen. Die Friedensbewegung hatte die größten Demonstrationen in der Bundesrepublik veranstaltet: „Schwerter zu Pflugscharen“, „Nie wieder Krieg“. Petra Kelly und General Gerd Bastian waren die Ikonen des deutschen Pazifismus. In seinem Umfeld wurde 1980 die Partei der Grünen gegründet. Sie kämpfte gegen den NATO-Doppelbeschluss, der die Nachrüstung Westeuropas mit amerikanischen Raketen vorsah. Gegen die sowjetischen SS 20 gab es keine Proteste. Von den – meist jüdischen – französischen Intellektuellen wurden die deutschen Pazifisten als „Juden des Dritten Weltkriegs“ verhöhnt.

Die guten Deutschen, die andere ihr Leben riskieren lassen

Was damit gemeint war, fasste André Gorz in Worte: „Die Sieger über Deutschland“, hielt der aus Österreich stammende marxistische Journalist und Philosoph fest, „haben ihr Ziel erreicht. Sie haben aus einem Eroberervolk gute Deutsche gemacht, die akzeptieren, dass andere für sie ihr Leben riskieren. Die jedoch nicht bereit sind, das ihre aufs Spiel zu setzen – weder für andere noch für sich selbst: Lieber rot als tot.“ Der Deutschland-Korrespondent des „Figaro“, Jean-Paul Picaper, veröffentlichte ein Buch „Das Vierte Reich der Grünen“.

Die rhetorische Kriegserklärung aus Paris war wie die Friedensbewegung eine Reaktion auf die Vergangenheit. Die Franzosen hatten Vichy verdrängt. In der Kultur herrschte nach 1945 der Marxismus. In den Fünfzigerjahren unterstützten die Intellektuellen die stalinistische Friedensbewegung – für sie zeichnete Picasso seine Taube. Erst unter dem „Schock Solschenizyn“ wandten sie sich vom Kommunismus ab. In den Siebzigern leiteten die „Neuen Philosophen“, die sich zu Stalin, Mao und Pol Pot bekannten, eine „antitotalitäre Aufklärung“ ein. Der Überwindung des Marxismus folgte die Aufarbeitung der faschistischen „französischen Ideologie“ (Lévy).

Die Pflicht auf Einmischung als Lektion aus der Vergangenheit

Zuvor hatte [André Glucksmann](#), der neben Lévy bekannteste „Nouveau philosophe“, die deutschen „Meisterdenker“ der Anstiftung zum roten und braunen Totalitarismus bezichtigt. Noch galt der Ex-Maoist Glucksmann, der bei Raymond Aron über Clausewitz promoviert wurde, als linker Autor. Seine „Philosophie der Abschreckung“ aber, seine Abrechnung mit dem Pazifismus als „deutscher Ideologie“, wollten seine Verleger nicht mehr publizieren. Sie erschien in der Deutschen Verlags-Anstalt und löste heftige Debatten aus – auch mit Kelly und Bastian. Glucksmann attackierte die Pazifisten als „Weißwäsher von Auschwitz“ und unterstellte ihnen, die Shoah mit Hiroshima zu erklären: „Eine Neuschreibung der Geschichte, wie sie allen Ideologien gemein ist.“

Glucksmann unterstützte [Jacques Chirac](#), der 1995 nach seiner Wahl zu Versuchszwecken und gegen den weltweiten Protest Atombomben zündete: „Ein Staatschef muss den Krieg vorbereiten.“ So prägend wie der Pazifismus für Deutschland wurde die Ethik des Antitotalitarismus für die französische Außenpolitik. Als Lektion aus der Vergangenheit wurde eine „Pflicht auf Einmischung“ zur Verhinderung neuer Genozide hergeleitet. Nach dem Einmarsch der Sowjetunion 1979 reiste Lévy nach Afghanistan und brachte dem Widerstand Radiosender. Er war in Begleitung des Philosophen Vladimir Jankélévitch, der die Haltung totaler Unversöhnlichkeit gegenüber der deutschen Kultur vertrat. Doch am Boykott der Olympiade von Moskau 1980 beteiligte sich Frankreich nicht – Frankreichs Kommunisten hielten es mit der Friedensbewegung.

Als sich damals in Polen [Lech Walesas](#) Gewerkschaft „Solidarnosc“ gegen das Regime auflehnte, propagierten die geläuterten und gewendeten französischen Intellektuellen den Widerstand gegen den „roten Faschismus“. München, Symbol der Kapitulation vor Hitler, wurde zum neuen Schimpfwort, „Sterben für Danzig“ zum moralischen Imperativ. Man unterstützte die Dissidenten, in Prag wurde Jacques Derrida verhaftet. Seit dem ersten Golfkrieg werden Diktatoren als Wiedergänger Hitlers bekämpft. Bis zum Angriff auf Libyen, den Lévy im Duett mit Sarkozy anzettelte und André Glucksmann unterstützte, hielten sich französische Präsidenten an die Kriterien des Antitotalitarismus. Mit einer Ausnahme: Chirac versöhnte sich als Anführer des Widerstands gegen den Einmarsch im Irak mit der Weltöffentlichkeit. Hollande wollte auch noch in Syrien eingreifen – vielleicht hätte man dort Putin stoppen können. Lévy plädiert jetzt für die Entsendung von Truppen in die Ukraine.

Macron, der gerade seine Armee aus Mali zurückzieht, hat mit dieser Politik gebrochen. Auf ihn hat Lévy keinen Einfluss. Manchmal wirkte dieser wie ein verlorener Veteran des Antitotalitarismus. Die tonangebenden Neuen Rechten hassen ihn – Éric Zemmour, der Pétain rehabilitiert, ganz besonders. Unermüdlich hat Lévy auf das der Ukraine drohende Schicksal hingewiesen. Zusammen mit Raphaël Glucksmann. Beide sind die Einzigen, die sich für die Uiguren engagieren. Auch innenpolitisch ist der antitotalitäre Reflex weitgehend verbraucht. Ein Boykott der Winterspiele in Peking stand nicht zur Debatte. Eine der übelsten Propagandaaktionen war das Interview von „L'Équipe“ mit der Tennisspielerin [Peng Shuai](#). Drei Seiten, von denen der Chefredakteur sagte, man müsse sie „zwischen den Zeilen lesen“.

In seinem Brief an seine deutschen Freunde spricht Lévy von „Neopazifisten“. Er erstellt eine Liste von Knie- und Sündenfällen. Nord Stream 2 diene dem Zweck, Polen und die Ukraine zu umgehen. [Gerhard Schröder](#)? Im Voraus gekauft, „im Nachhinein bezahlt“. Von der Loreley bis zum Holocaust-Mahnmal lässt er kein Klischee der französischen Deutschtümelei aus. Wie in Bosnien, Libyen, Afghanistan gehe es um unsere Freiheit und Sicherheit: „In Kiew schläft das Herz Europas.“

Im Gespräch mit „Le Monde“ verneinte Heinrich August Winkler die „Vorstellung einer Sonderbeziehung“ der Deutschen zu Russland. „Die prorussischsten Parteien, Die Linke und die AfD, sind es nicht aus wirtschaftlichen Gründen.“ Bei der AfD nennt er als Bezug Bismarck, bei der Linken den Zusammenbruch der Sowjetunion, Putins „größte geopolitische Katastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts“.

Für Zemmour sind Russen die verlässlicheren Partner

Auch in Frankreich ist die Russophilie auf der radikalen Linken und extremen Rechten am stärksten und hat eine lange Geschichte. Ausgerechnet die „Souveränisten“ verweigern der Ukraine ihre Souveränität. Vereinzelt wird der Konflikt mit dem Elsass und Lothringen verglichen. Sie wurden bei der Reichsgründung (in Versailles) von Bismarck annektiert: „Es brauchte zwei Weltkriege, um das Problem zu lösen.“

Für Zemmour sind die Russen die verlässlicheren Partner als die Deutschen. Er will wie Marine Le Pen und Jean-Luc Mélenchon aus der NATO austreten. Sie winden und sie wenden sich. Mit seinem Krieg hat Putin jegliches Verständnis für die „Demütigung Russlands“ verspielt – als ob man Hitler mit dem Vertrag von Versailles (oder Hiroshima) entschuldigen könnte. Der Krieg hat die Wahl entschieden. Fast schon wie Churchill sprach Macron bei der Eröffnung der Landwirtschaftsmesse zu den Bauern, die das Land ernähren. Einen anderen „Kriegsführer“ für den Frieden kann sich Frankreich nicht vorstellen. „Die Ukraine zeigt uns“, schreiben die Intellektuellen in ihrem Aufruf, „was Europäersein bedeutet: gemeinsame Werte und eine gemeinsame Geschichte. Und frei sein.“ Ihn unterstützen weitere Intellektuelle wie Robert Redeker und Luc Ferry. Sie alle staunen über die Wende in Deutschland. „Deutschland überwindet seine historische militärische Neutralität“, titelte „Libération“ und verkündet den „Anfang einer neuen Epoche“: „Die Scheckbuch-Diplomatie ist zu Ende.“ Der „Figaro“ zitiert Anna Sauerbrey, die noch vor Kurzem in der „Zeit“ geschrieben hatte, „dass keine deutsche Waffe russische Bürger töten dürfe“. Und jetzt: „Fast 500.000 Demonstranten in Berlin. 250.000 am Tag danach in Köln, hundert Milliarden für die Armee.“ Deutschland „kehrt siebzig Jahren Pazifismus“ den Rücken. Für den „Figaro“ ist es eine „kopernikanische Revolution“.

Mit der „Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ hatte die europäische Vereinigung begonnen. Es ging damals um eine Vergemeinschaftung der Rüstungsindustrie. Die Aufnahme der osteuropäischen Staaten nach dem Zerfall der Sowjetunion verhinderte wohl einen Krieg wie in Jugoslawien. Es war der erste Auslandseinsatz der Bundeswehr. Auf die damalige „Kulturrevolution“ der noch jungen Regierung mit Schröder und Außenminister Fischer erinnerte jetzt „Libération“. Deutsche und französische Soldaten kämpften Seite an Seite. In Putins Krieg gegen die Ukraine erkennt sich Europa als Schicksalsgemeinschaft. Die kopernikanische Revolution lässt den Aufbau einer europäischen Armee nicht mehr als Utopie erscheinen. Seit dem Brexit verfügt Frankreich als einziges EU-Mitglied über atomare Waffen. Es ist nicht falsch, gegen die Angst nochmals André Glucksmanns „Philosophie der Abschreckung“ zu lesen.